

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Bestellungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (selbst-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schluß-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 27. Februar 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Werbt Wahlrechtskämpfer!

Die Volksverhöhnung durch die Wahlrechtsvorlage und die über alle Massen schändliche Haltung der bürgerlichen Parteien haben unter den entrechteten Massen eine Empörung ausgelöst, wie sie seit Menschengedenken nicht zu beobachten war. Die enorme Beteiligung an den von der Sozialdemokratie veranstalteten Wahlrechtsdemonstrationen legt davon Zeugnis ab!

Aber die Teilnahme an dem Massenaufgebot in Versammlungen und auf der Straße, so notwendig und so selbstverständlich sie für jeden Entrechteten sein muß, erschöpft keineswegs die Pflichten, die jeder denkende Volksgenosse in dem Wahlrechtskampf zu erfüllen hat! Denn dieser Kampf ist nicht nur durch wichtige Massenaaktionen zu führen, sondern er erfordert auch die

Kräfteanspannung jedes einzelnen!

Der preussische Ministerpräsident, Herr v. Bethmann Hollweg, fragte kürzlich verächtlich: Was steht denn hinter der Wahlrechtsbewegung? Für diesen sich philosophisch spreizenden preussischen Oberbureaufürsten ist die Masse des Volkes offenbar nichts als eine blöckende Hammelherde, die blindlings dem Leitbock folgt.

Entrechtete!

Beweist durch

Euer persönliches Eintreten,

daß Ihr nicht das seid, was frecher Junker- und Bureaufürstehochmut in Euch sieht: politisches Herdenvieh, sondern

mündige, selbst- und kraftbewußte Staatsbürger!

Zeigt, daß Eure Empörung, Eure Kampfesglut nicht rasch verflackerndes Strohfeuer ist! Beweist, daß Ihr entschlossen seid, Einer für alle Alle und Alle für Einen im Kampfe einzustehen!

Nur die Masse ist stark, die aus Klassenbewußten, kampfbereiten Einzelnen besteht. Wie heute die Millionenheere des Militarismus nur dann Wert besitzen, wenn in ihnen die Durchbildung jedes Einzelnen bis zum äußersten entwickelt ist, so ist auch beim politischen Kampfe

Organisation und Durchbildung alles!

Deshalb ist es notwendig, daß das um seine Rechte kämpfende Volk vor allem seine Organisationen stärkt! Mitläufer und Außenseiter sind in diesen Zeiten des erbittertsten Kampfes wertloser Ballast! Nur der in die Organisation eingegliederte und geschulte Mitkämpfer vermag in jeder Lage, im Massenkampf wie im Einzelgefecht, seinen Mann zu stehen!

Darum stärkt die

Kampfformationen des Proletariats!

Werbt unablässig, mit unermüdlicher Energie und Ausdauer neue Mitglieder für die proletarischen Kampforganisationen! Jede Kompagnie, jedes Bataillon neuer Wahlrechtskämpfer erhöht die

Siegeschancen des verhöhnten und brüskierten Volkes!

Neben der Organisation gilt es dann die Agitation zu fördern! Das wichtigste Mittel der Agitation ist aber die Presse! Deshalb ist es die erste Pflicht jedes Parteigenossen, jedes entschlossenen, rührigen Wahlrechtskämpfers, der sozialdemokratischen Presse immer weitere Verbreitung zu sichern!

Den Ruf: „Werbt neue Wahlrechtskämpfer“ beherzigt deshalb nur der Genosse, der unermüdlich neue Abonnenten wirbt auf das Blatt, dessen Titel zugleich die Wahlrechtsparole enthält:

„Vorwärts!“

Der Niedergang des britischen Liberalismus.

London, 24. Februar. (Fig. Ber.)

Die Thronrede und die Adressdebatte haben dem britischen Liberalismus tiefe Wunden geschlagen. Der „starke Mann“ der liberalen Partei, der Premierminister Asquith, hat sich durch den Verlauf und das Ergebnis der Wahlen das Rückgrat brechen lassen. Die mutigen Manifeste der Minister am Vorabend der Wahlen werden hinweginterpretiert; die Parolen, die den Liberalismus vor dem Zusammenbruch retteten, werden abgeschwächt. Die große Mehrheit der Liberalen machen dem Premierminister bittere Vorwürfe: Kampf gegen die Lords oder Demission! Das ist ihr Verlangen.

Die radikalere Elemente bezeichnen die Handlungsweise des Premierministers offen als Verrat. Zwar versucht noch die liberale Presse ihre erregten Leser zu beschwichtigen, indem sie jeden Tag neue lächerlich klingende Ausreden erfindet, aber in der liberalen Wählerschaft gärt es und diese Gärung kommt auch im Verhalten der linksliberalen Parlamentsmitglieder zum Ausdruck. Die Minister erscheinen im Parlament, ohne von den üblichen Juristen ihrer Anhänger begrüßt zu werden; ein eifriger Empfang wird ihnen zuteil. Von vorne werden sie von den Konservativen angegriffen, in der Flanke haben sie die Iren und die Arbeiterpartei, und im Rücken sitzen ihnen die eigenen Parteigenossen, die das Ministerium am schärfsten angreifen. In den liberalen Klubs, deren Mitglieder bei den letzten Wahlen herkulische Anstrengungen gemacht haben, herrscht die offene Empörung. Die liberale Presse wagt es nicht, die Briefe zu veröffentlichen, die sie von ihren Lesern über den Verrat an der Wählerschaft empfängt. Rutlosigkeit und Ratlosigkeit hat sich der leitenden Personen bemächtigt.

Nicht genug, daß die von der Regierung eingeschlagene Politik nur eine Fortsetzung des elenden liberalen Scheinkampfes gegen die Lords bedeutet, dieser Scheinkampf soll auch noch durch die Hineinzerrung der Reform des Oberhauses verwickelt und abgeschwächt werden. In der Thronrede kommen die zuerst wenig beachteten Worte vor: „Dieses Haus (Oberhaus) soll so beschaffen sein usw.“ Man schließt daraus, daß die Regierung gesonnen ist, auch eine Umgestaltung der zweiten Kammer vorzunehmen. Zwar soll Asquith gestern die von Sir Charles Dilke geführte linksliberale Gruppe in bezug auf diesen Punkt beruhigt haben, die Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß einflussreiche Minister wie Sir Edward Grey und der frühere Hauptkämpfer der Liberalen Pease für die Reform des Oberhauses sind und versuchen werden, den Schachzug der Lords, die sich jetzt selbst reformieren wollen, durch eine liberale Reform des Oberhauses zu unterstützen. Daß die Reform des Oberhauses gerade das Gegenteil von dem bezeugt, was die Einschränkung des Vetorechts beabsichtigt, daß sie die Position der zweiten Kammer anstatt zu schwächen stärken wird, ist jedermann klar.

Wie nun auch die Vetobill, wenn sich die Minister schließlich geeinigt haben, ausfallen mag, eine wirksame Politik von liberaler Seite gegen die Lords ist ganz ausgeschlossen. Dem Volke ist der Mut und der Glaube an die Ehrlichkeit der liberalen Parteiführer genommen worden. Fest vertrauensvoll auf die Worte des Premierministers und seiner radikalen Kollegen, die dem Volke versicherten, daß es endlich zu einer Abrechnung mit den Lords kommen sollte, hat das englische Volk große Opfer gebracht, haben Laufende bei den letzten Wahlen ihre Existenz aufs Spiel gesetzt, hat manch einer seine Stellung eingebüßt, nur um jetzt mit der alten Verdröpfung auf die Zukunft genäht zu werden. Was ist aus all den Versprechungen und den großen Worten der Lloyd George und Churchill geworden?

Noch am 3. Dezember hatte der Schatzkanzler erklärt: „Ich würde auch nicht für eine einzige Stunde Mitglied einer Regierung bleiben, die nicht entschlossen wäre, nur dann die Staatsgeschäfte zu leiten, wenn sie alle Vollmachten zur Gewährleistung der gesetzgebenden Oberherrlichkeit des Unterhauses erhalten hat.“

Jetzt mußte Asquith gestehen, keine wirksamen Vollmachten zu besitzen und trotzdem die Regierung übernommen zu haben. Diese Uebernahme begründet aber einen so schwereren Vorwurf, als er sich dadurch der offensbaren Weigerung des Königs, die verlangten Garantien zu geben, widerstandslos unterworfen, damit aber die Macht der Krone außerordentlich gestärkt hat.

Die englische Demokratie ist so wieder einmal um die Früchte des Kampfes betrogen worden. In Ermangelung der Bürgschaft, daß die Beschlüsse der Volksvertretung in bezug auf die Einschränkung der Macht des Oberhauses auch wirksam sein werden, wird die Aktion gegen die Lords zur reinen Farce. Die Furcht vor der sie schiebenden demokratischen Masse hat die leitenden Personen der liberalen Parteien davon abgehalten, in einen ernstlichen Verfassungskampf zu treten. Wären sie zurückgetreten, so könnte man sie jetzt adnen, so hätten sie ihr Wort nicht gebrochen, so hätten sie auf die Unterstützung der Mehrheit des Volkes rechnen können. Wie die Dinge jetzt liegen, muß die liberale Partei Englands dem

verdienten Untergange entgegengehen. Vielleicht wird sich die Stimmung, die unter den liberalen gesimten Wählern herrscht, schon in allernächster Zeit offenbaren. Fünf Nachwahlen müssen stattfinden; wer wird die Wiederwahl der liberalen Minister garantieren? In einigen Tagen kommen die Wahlen zum Londoner Grafschaftsrat. Vor acht Tagen hatten die Liberalen noch die beste Aussicht, die große Schlappe, die sie bei den letzten Grafschaftswahlen erlitten, wieder gut machen zu können. Heute sind alle jene hoffnungsvollen Gemüter, die in dem Neoliberalismus den Erlöser sahen, entmutigt und verdrösst und werden nichts tun, um den Konservativen die reiche Beute der Grafschaft London streitig zu machen.

Im Parlament haben mittlerweile die Konservativen das Szepter in den Händen; wenn es ihnen paßt, werden sie diese diskreditierte Regierung nach Hanse schiden. Irländer und Arbeiterpartei versuchen noch ihr Bestes, um die Regierung voranzutreiben; die ersteren, weil sich ihnen nicht leicht wieder eine ähnliche Gelegenheit bieten dürfte, um einen Druck auf die liberale Partei auszuüben; die letzteren wünschen Neuwahlen zu vermeiden, so lange sie über keine selbständige Parteiorganisation verfügen. Leider ist dieser Wunsch auf die Stellungnahme der Partei nicht ohne Einfluß geblieben und die radikalere Ansichten Barnes und Kerr Gardies sind nicht voll befolgt worden. Das wichtigste für die Arbeiterpartei wäre jetzt, sühne und entschlossene intransigente Politik zu betreiben, um die Wählermassen, die an der liberalen Partei irre geworden sind, an sich zu fesseln. Noch ist es zu einer entschiedenen Taktik nicht zu spät, die allein verhüten kann, daß die Wähler nicht auch die Arbeiterpartei entgelten lassen, was die liberale Partei gesündigt hat.

Der Stand der Krise.

London, 26. Februar. Es wird allgemein erwartet, daß die innere Krisis am Montag, wenn Ministerpräsident Asquith seine Programmrede hält, zur Entscheidung kommen wird.

Sowohl liberale wie konservative Morgenblätter wissen heute zu melden, daß die Regierung den Forderungen ihrer Parteigänger plötzlich nachgegeben, ihren bisherigen Standpunkt, wonach sie es für verträglich hielt, schon jetzt einen Plan über die Reform des Oberhauses zu entwerfen, aufzugeben und sich statt dessen entschlossen habe, die Vetobill in den Mittelpunkt ihrer Aktion zu rücken. Trotzdem seien die Nationalisten noch immer unzufrieden, daß die Regierung sich geweigert habe, das Budget bis zur Erledigung der Vetofrage aufzuschieben. Falls sie ihren Sinn bis Montag nicht ändern, so sei es immerhin möglich, daß die Konservativen mit der Regierung stimmen, um die Annahme des Budgets zu sichern.

„Daily News“ deuten an, daß im Zusammenhange mit Asquiths Frontwechsel Änderungen im Kabinett bedorfen. Radikale Blätter wie „Weekly Journal“, „The Nation“ und „Daily News“ fordern, es solle ein Votreferendum über die Vetobill herbeigeführt werden. „Morning Leader“ behauptet, daß die Regierung diesen Schritt ernstlich in Erwägung zieht. Der konservative „Daily Telegraph“ gibt seiner Freude über die neue Haltung der Regierung Ausdruck, da sie geeignet sei, dem Plane, den die Lords selbst über die Umgestaltung des Oberhauses entwerfen, die Kunst des Volkes zu gewinnen.

Die pessimistische Auffassung der Lage wird noch verstärkt durch den Beschluß der Iren, keinen Regierungskandidaten in Großbritannien zu unterstützen, wenn die Regierung nicht vor der Einbringung des Budgets Schritte tut, um die Annahme der Vorlage, durch welche das Vetorecht des Oberhauses noch in diesem Jahre abgeschafft wird, dadurch sicher zu stellen, daß sie erklärt, daß dies auch die Bedingung für ihr Verbleiben im Amte sei.

Deute fand wieder ein Ministerrat statt, der drei Stunden dauerte.

Der Wahlrechtskampf.

Der Kuhhandel ist perfekt!

Immer deutlicher stellt sich heraus, daß der neue Antrag der Zentrumsvertreter in der Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses, die geheime Abstimmung mit der indirekten Wahl (Wiederherstellung der Wahlmännerwahlen) zu verbinden, nicht nur aus einer insamen Kompromisselei zwischen Zentrum und Konservativen beruht, sondern daß diese Parteien auch vorher mit der Regierung Fühlung genommen haben. Deutlich geht das aus dem Rückblick der letzten Nummer der „Nordd. Allgem. Ztg.“ hervor, in der zwar erklärt wird, daß die Regierung keinen Anlaß habe, schon jetzt zu diesem Beschluß Stellung zu nehmen, in der aber dann weiter angedeutet wird, daß die Regierung wegen einer Verbindung der geheimen Abstimmung mit der indirekten Wahl wohl mit sich reden lassen werde. Wirklich heißt es in dem Stanzlerblatt:

„Wer behauptet, daß die geheime Wahl durch die Verbindung mit der indirekten für den Liberalismus wertlos wird, beweist damit keineswegs, daß die direkte Wahl ohne die geheime nur ein formales Zugeständnis ist.“

Was nun schließlich die geheime Wahl betrifft, so war, wie wir oben angeführt haben, sie weder in Aussicht gestellt, noch in Aussicht genommen worden. Wie man auch über ihre theoretische Berechtigung und über ihre praktische Opportunität denken mag,

so wird doch nicht geleugnet werden können, daß sie weder die einzige wesentliche Frage ist, noch allein über den „reaktionären“ oder liberalen Charakter der Reform entscheidet. Auch diese Konsekuenz ergibt sich logischerweise aus der Kampfstellung, die die Linke gegen den Beschluß der Kommission eingenommen hat.

Dieser Beschluß hat nur provisorischen Charakter. Die Parteien, die für ihn gestimmt haben, erklärten ausdrücklich, daß ihre Stellungnahme nur eine provisorische sei. Der Beschluß stellt demnach nur eine Phase dar, der im Laufe der weiteren Verhandlungen noch andere folgen werden.

Die Regierung hat keinen Anlaß, endgültig gegenüber provisorischen Beschlüssen Stellung zu nehmen. Erst der weitere Verlauf der Verhandlungen dürfte ein Urteil über die endgültige Gestaltung der Reform und ihr Schicksal zulassen.

Der Kuhhandel ist also im wesentlichen perfekt!

Die Zustucht der Unzuständigkeit.

Im Göttinger Stadtparlament hatten die sozialdemokratischen Vertreter einen Wahlrechtsantrag eingebracht. Sofort nach Verlesung des Antrages erhob sich der Führer der Freisinnigen und verfiel in eine Rede, die er sich mit dem Gedankengang des Antrages einverstanden erklärt hatte, hinter die Städteordnung. Er hielt es für bedenklich, daß solche Angelegenheiten in den Stadtverordnetenversammlungen erörtert würden. Vergebens war der Hinweis unserer Genossen, daß doch auch in anderen Städten die Freisinnigen für solche Anträge gestimmt hätten. Als die Unterstützungsfrage gestellt wurde, erhob sich außer den sozialdemokratischen Stadtverordneten nur ein einziger Bürgerlicher. Nach der Geschäftsordnung reichte die Unterstützung nicht aus und der Antrag konnte nicht zur Verhandlung gebracht werden durch die Schuld der Freisinnigen.

Keinmal erging es einem gleichen Antrage in Brandenburg a. S. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten hatten ihn rechtzeitig eingereicht. Der Stadtverordneten-Vorsteher setzte den Antrag nicht auf die Tagesordnung, weil er „politisch“ sei. Unsere Genossen vermochten nur im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte den sozialdemokratischen Standpunkt zu wahren. Der Vorsteher, übrigens der einzige Zentrumsmann im Kollegium, lehnte es ab, einen Beschluß der Versammlung herbeizuführen, obwohl Justizrat Rischner, der stellvertretende Vorsitzende, eine Beratung für zulässig hielt.

Von den beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten in Essen wurde am Freitag ein Dringlichkeitsantrag, der eine Wahlrechtspetition forderte, im Stadtverordnetenkollegium eingebracht. Der Oberbürgermeister protestierte unter Berufung auf die Städteordnung gegen die Zulässigkeit des Antrages. Bei der Abstimmung erhoben sich für die Dringlichkeit nur unsere beiden Genossen, alle anderen Stadtverordneten, Nationalliberalen wie Zentrumskräfte, blieben stumm und belaudeten auf diese Weise ihre Wahlrechtsfeindschaft. Besonders bemerkenswert ist, daß im Stadtverordnetenkollegium auch vier sogenannte Zentrumsmänner vertreten sind, darunter der erste Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute. Auch diese Leute hielten es nicht für notwendig, für den Antrag zu stimmen.

Der Oberbürgermeister in Kiel hat in einem Schreiben an den Stadtverordneten Genossen Adler diesem mitgeteilt, daß er im Einverständnis mit dem Magistrat es ablehnen müsse, den sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen der städtischen Kollegien zu setzen. Die Ablehnung wird damit begründet, daß die Zuständigkeit der Kollegien nach der Städteordnung auf Gemeindeangelegenheiten beschränkt sei. Der Antrag habe zwar eine Form, durch die die darin bezweckte Petition auf Ablehnung der Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung und auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen als eine Wahrnehmung städtischer Interessen erscheinen soll, doch durch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes vom 10. März 1896, Band 13, Seite 89, sei städtischen Organen von Petitionieren der zweite Kreis der Gegenstände entzogen, die, wie namentlich auf dem Gebiete der Staatsverwaltung ihrer tatsächlichen und rechtlichen Natur nach die Beziehung auf eine einzelne Gemeinde ausfallen. Als ein Beispiel dieser Art bezeichnet das Oberverwaltungsgericht eine Petition um Vermehrung der Zahl der für den Umkreis einer Stadt bestimmten Reichstags- und Landtagsabgeordneten.

Arbeiter-Samariter und Straßendemonstrationen.

Vom Vorstand des Arbeiter-Samariterbundes wird uns geschrieben:

In der von der Halle'schen Polizeibehörde veröffentlichten „amtlichen Darstellung“ der blutigen Vorgänge vom 18. Februar, wird zum Ausdruck gebracht, daß ein gewalttätiger Zusammenstoß mit der Polizei beabsichtigt war, weil Mitglieder der Arbeiter-Samariter-Kolonnen mit in Ruhe waren, die später den Wertungen des Vorwurfs, die von der Polizei nicht nur liegen gelassen, sondern auch mit Füßen getreten wurden.

Dazu habe er zu erklären:

Die Mitglieder der Arbeiter-Samariterbunde angeschlossenen Kolonnen haben die Pflicht, bei allen größeren Volksversammlungen ohne einen Austrag dazu zu haben anwesend zu sein. Wenn sich dann auf dem Nachhausewege etwas Derartiges ereignet wie in Halle, so werden sie den Verletzten resp. Verunglückten Beistand leisten. Von dieser selbstverständlichen Ehrenpflicht werden sich die Arbeiter-Samariter niemals abbringen lassen. Uebrigens können sich bei allen großen Menschenansammlungen Unglücksfälle ereignen, ohne daß der Polizeifaktor in Tätigkeit zu treten braucht. Angesichts der farnosen Folgerung der Polizei interessiert uns vor allem eins: Wer hat denn die Mitglieder der patriotischen roten Kreuzkolonnen beauftragt, an den Demonstrationstagen bereit zu sein? Aus einigen Städten ist mitgeteilt worden, daß sie in Bereitschaft gehalten wurden. Verschwiegen wird in dem Polizeibericht, daß die Arbeiter-Samariter in Halle von einem Polizeikommissar beschimpft und als Spione bezeichnet worden sind, als sie zu den Verletzten durch die Polizeikette wollten. Keineswegs ist auch in Magdeburg vorgekommen; dort hinderte die Polizei die Samariter, den Verletzten Verbände anzulegen. Der Vorsitzende der dortigen Kolonne wandte sich beschwerdeführend an das Polizeipräsidium. Die Antwort steht noch aus.

Wenn noch nicht überall Arbeiter-Samariter in genügender Zahl vorhanden waren, so liegt das daran, daß die Kolonnen noch nicht diejenige Stärke haben, die sie haben müßten.

Es muß Aufgabe der organisierten Arbeiterkraft sein, die Reihen der Samariter zu stärken. Vor allen Dingen muß auf diejenigen eingewirkt werden, die, trotzdem sie politisch oder gewerkschaftlich organisiert sind, sich noch in den patriotischen Samariterkolonnen befinden.

Der reaktionäre Frankfurter Magistrat.

Das Bureau Herold meldet aus Frankfurt: Entgegen der vielfach verbreiteten Ansicht, daß die ablehnende Haltung des Magi-

strats in der Frage der Wahlrechtspetition durch einen nahezu einstimmig gefassten Beschluß herbeigeführt worden sei, erfahren wir nachträglich, daß das Stimverhältnis nur 12:7 war. Bei dieser Gelegenheit sei auch bemerkt, daß der Magistrat sich in früheren Jahren anstandslos an Eingaben, so z. B. an einer solchen gegen die Erhöhung der Getreidezölle, beteiligt hat.

Die Polizei wiederum verurteilt.

Und abermals stand die Polizei vor Gericht. Wieder wollte sie ein paar Opfer jener Schneidigkeit, mit der sie nach der Ferrer-Protestversammlung vom 19. Oktober 1900 gegen das die Strafen füllende Publikum „eingeschritten“ war, dem strafenden Arm der Gerechtigkeit überliefern. Aber wieder blühte ihrem Eifer nur der Erfolg, daß sie selber gerichtet wurde.

Nach Schluß jener Versammlung, die von einem Komitee bürgerlicher Frauen nach „Müllers Philharmonie“ einberufen worden war, wurde bekanntlich abends gegen 10 Uhr in der Köpenicker Straße an der Ecke der Wasserhauser Straße auf Befehl des Polizeihauptmanns Stephan eine ganze Gruppe von Personen kurzerhand festgenommen. Vier aus dieser Gruppe wurden am Sonnabend vom Amtsgericht Berlin-Mitte (14. Abteilung) abgeurteilt, ein Friseur Diekmann, ein Student Freidberg, ein Schriftfeger Münch, ein Kleiner Zwiwmann, die gemeinschaftlich durch ruhestörenden Lärm großen Unfug verübt und den Anordnungen der Polizei ruhig zu sein nicht Folge geleistet haben sollten. Die Anklage berief sich auf das Zeugnis der an der Festnahme beteiligten Schulkleute. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, stellte ihnen Zeugen entgegen, die das Verhalten der Angeklagten kurz vor ihrer Festnahme beobachtet hatten. Außerdem waren, wie schon in einem früheren Prozeß dieser Art, wieder der Graf Hoensbroech und die Frau Schulrat Cauer geladen, die beide an der Versammlung teilgenommen und nachher auf der Straße die Polizeiatenden mitangesehen hatten. Durch ihre Bekundungen sollte aufs neue dargetan werden, wie die Polizei sich ihr „Recht auf die Straße“ denkt, und wie durch ihr Vorgehen die Bevölkerung geradezu provoziert wird. Graf Hoensbroech war indes nicht erschienen, und schließlich wurde auch auf Vernehmung der Frau Cauer verzichtet.

Die Angeklagten erklärten sämtlich, nicht schuldig zu sein, da sie sich an keinem Lärm beteiligt hätten. Diekmann, der gar nicht in der Versammlung gewesen war, gab an, er sei aus der Neanderstraße kommend in die Menge geraten, die plötzlich von der Polizei aufgehalten worden sei, so daß er nicht vorwärts rückwärts konnte. Freidberg hatte an der Versammlung teilgenommen, wollte ruhig nach Hause gehen, wurde aber gerade durch die attackierende Polizei gehindert, sich zu entfernen. Münch war von der Jannowbrücke kommend hineingeraten, sah die Verhaftung eines Mannes, bot sich als Zeuge an und wurde dann mitverhaftet. Zwiwmann, der gleichfalls nicht an der Versammlung teilgenommen hatte, war aus völlig entgegengesetzter Richtung von der Köpenicker Straße gekommen. Dieser Angeklagte schilderte ausführlich, wie er in das Gedränge geraten sei, daß dadurch verursacht wurde, daß berittene Schulkleute, auf den Bürgersteig sprengend, die Menge vor sich hertrieben. Frauen seien dabei von den Hufen der Pferde getreten worden, so daß große Aufregung entstand und entsetztes Geschrei sich erhob. Auch von der anderen Seite sei dann eine Schuhmannskette vorgebracht, so daß es kein Vor- noch Rückwärts gab. Nun habe ein Polizeibeamter kommandiert, „die Bande zusammenzutreiben“ und „jeder sich einen zu fassen“. Zu wollte dem Gericht auch erzählen, wie die Festgenommenen auf der Wache behandelt worden seien. „Na, Ihr Kerls habt wohl wohl keine Weibe?“ habe ein Leutnant sie angeleitet. Doch der Vorsitzende winkte ab: „Schön, schön, das geht uns nichts an.“

In der Beweiserhebung fiel den Schulkleuten eine Rolle zu, um die sie nicht zu beneiden waren. Zumeist konnten sie nur bekunden, daß sie auf Befehl des Hauptmanns Stephan zugegriffen hätten. Von dem, was sie sonst noch zu wissen glaubten, schränkten sie unter dem überall nachprüfenden Verhöre des Verteidigers manches hinterher wieder ein. Auch der Vorsitzende beteiligte sich erfolgreich an diesen Bemühungen. Festgestellt wurde, daß die Schulkleute die Festgenommenen nur zur Wache gebracht hatten und die Anzeigen dann von anderen Beamten geschrieben worden waren. Die Anzeigen waren, wie der Vorsitzende feststellte, „alle über einen Leisten“ gearbeitet.

Schumann Schülle, der Freidberg stützt hatte, bekundete, daß „der ganze Haufen jedenfalls von Hauptmann Stephan aufgeführt“ worden sei, auseinanderzugehen. Er nahm das an, aber gehört hatte er es selber nicht. Er hatte auch nicht gesehen, daß Fr. mitgelärmt hätte. Aber „der Haufen war zusammen und den Haufen haben wir genommen“, sagte der Zeuge. Durch die Aussage eines kommissarisch vernommenen Fräulein Freidberg, einer Cousine des Angeklagten, die ihn begleitet hatte, wurde festgestellt, daß Fr. sich ganz ruhig verhalten hatte. Schumann Vandelsow konnte nur bekunden, daß er zwei Personen festgenommen und sonst nichts weiter gesehen habe. Im ganzen seien nur etwa 20 festgenommen worden; mehr habe man deshalb nicht festnehmen können, weil an der betreffenden Stelle nicht mehr Beamte zur Hand waren. Wachtmeister Graunder schilderte in fließendem Vortrag, der dem Zweck einer Verteidigung der Polizei dienen sollte, mit welchen Mitteln man vor dem Versammlungsorte die „Ordnung aufrechtzuerhalten“ gesucht hatte. Nach Schluß der Versammlung habe die Menge Hochrufe ausgebracht und „gejöhlt“. Besonders in dem Augenblick, wo ein Berittener mit seinem Pferde stürzte, habe sich lautes Geschrei erhoben. „Die ganze Menge“, sagte er, brach in lautes Jubel aus, so daß es nicht mehr anders ging als einzuschreiten.“

Der Verteidiger ergänzte später in seinem Plädoyer diese Darstellung durch die Angabe, daß jener Berittene gestürzt sei, als er, auf das Trottoir sprengend, eine Frau attackieren wollte. Daraus sei dann wohl die Kundgebung zu erklären, mit der das Publikum seinen Sturz begleitete. — Zeuge Graunder schilderte weiter, wie nunmehr Hauptmann Stephan durch Berittene die Menge vom Versammlungsorte bis zur Michaelisstraße drängen ließ, und zwar so rasch, daß die Fußschulkleute nicht folgen konnten. Später seien diejenigen, die dabei sich in Haustüren und Bierlokale geflüchtet hatten, wieder auf die Straße gegangen. Diese seien durch die umkehrenden Berittenen den zurückgebliebenen Fußschulkleuten „entgegengebracht“ und dann von diesen auf Stephan's Befehl festgenommen worden. „Wohin sollten denn die Leute gehen?“ fragte hier erstaut der Vorsitzende. Zeuge Friseurgehilfe Funke, der in Diekmann's Begleitung gewesen war, konnte auf die Frage des Vorsitzenden, was denn Diekmann gemacht habe, nur antworten: „Gar nichts hat er gemacht!“ Gegen den Angeklagten Münch sagte Schumann Müllerchen aus, er habe bei der Festnahme eines Mannes gedroht und geschimpft: „Nacht doch den Id, Ihr erbärmlichen Kerls! Was wollt Ihr denn von dem?“ In der An-

zeige stand hierüber kein Wort; erst jetzt nach vier Monaten wurde diese Beschuldigung vorgebracht. Müllerchen hatte sich nicht mal Notizen darüber gemacht. Nach einbringlicher Vernehmung hielt er schließlich nur noch aufrecht, Münch habe „geschrien“, sei „immer wieder vorgekommen“ und habe „sich dabei recht auffallend benommen“. Schumann Schülle, der Zwiwmann stützt hatte, behauptete, die Polizei habe Einkerkerungen vornehmen müssen, weil „die Menge sich mit Gewalt entgegenstemmt“. Daß die „Gewalt“ von der die Menge vor sich hertriebenden Polizei ausging, bestritt er; es sei ihr immer noch möglich gewesen, sich zu entfernen. Ein Zeuge Korn, der Zwi. begleitet hatte, versicherte, man habe tatsächlich nicht mehr vor- noch rückwärts gekonnt.

Gegen die Vernehmung der übrigen Zeugen, im besonderen der Frau Cauer, wehrte sich der Staatsanwalt. Anderenfalls bestünde er auf Vernehmung noch neuer Zeugen und fordere Verzigung. Er schlug vor den Hauptmann Stephan, den Leutnant Altröge und andere Polizeibeamte, außerdem jene vielgenannten Zivilpersonen, von denen die Polizei sich schon privatim hat attestieren lassen, daß sie „maßvoll gedrängt“ habe. Der Verteidiger kündigte an, eventuell gleichfalls noch neue Zeugen zu bringen. Gegen Stephan und Altröge sei Strafanzeige wegen geschwätzigen Vorgehens erstattet, da scheinbar wohl ihr Zeugnis aus. Das Gericht sah die Sache als hinreichend geklärt an und schloß die Beweisaufnahme.

Der Staatsanwalt beantragte für Diekmann und Freidberg die Freisprechung, gegen Münch und Zwiwmann je 30 M. Geldstrafe. Der Verteidiger forderte die Freisprechung für alle Angeklagten. Er wies gegen keinen sei etwas, auch nichts gegen Münch, dem — entgegen den erst jetzt aufgetauchten Angaben des Schuhmannes — durchaus zu glauben sei, daß er nur pflichtgemäß sich als Zeuge habe anbieten wollen. Er wies sei aber gegen die Polizei, daß sie ein förmliches Kesselstreben veranstaltet und dann auf Hauptmann Stephan's Kommando blind zugegriffen habe. Erst durch sie seien Ruhe und Ordnung gestört worden, und nur ihr geradezu geschwätziges Vorgehen habe gänzlich Unschuldigen diese Anklage eingebracht, so daß ihnen auch Uebernahme der notwendigen Verteidigungskosten auf die Staatskasse zugubilligen sei.

Das Gericht beschloß nach dem Antrage des Verteidigers die Freisprechung aller Angeklagten und auch die Uebernahme der Verteidigungskosten, Verurteilt wurde mithin nur — die Polizei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Februar 1910.

Landräte und Polizeispiegel.

Die Landräte und die Polizei sahen am Sonnabend auf der Anklagebank in der Prinz-Albrecht-Straße. Den Landräten wurde ihre Verteidigung recht leicht gemacht: ihre Helfershelfer schnitten dem Ankläger, unserem Genossen Vorgmann, nach bekannter Manier durch einen Schlußantrag das Wort ab, und nun konnten die Angeklagten frohlockend ausrufen, „daß das Material gegen sie von Jahr zu Jahr dürrtiger wird!“ Schlaue sind die Herren — das muß ihnen der Reich lassen — aber ob es anständig ist, alle anderen Parteien zu Worte kommen zu lassen und die Sozialdemokratie daran zu verhindern, das steht auf einem anderen Blatt. Uebrigens mußten die Landräte selber zugeben, daß sie die berufenen Hüter der Regierung gegen die staatsgefährliche Sozialdemokratie seien! Ist das nicht das Befehnis zum Parteiregiment, das in Preußen herrscht? — Beweist das nicht, daß die Landräte, die von den Steuern des Volkes befoldet werden, ihr Amt so auffassen, daß sie gegen das Volk ihre Verwaltung zu führen haben? — Der Minister mag noch so oft behaupten, daß es ein konservatives Regiment in Preußen nicht gibt, es gibt ein solches, und verkörpert wird es in der Person der Landräte.

Schlechter als den Landräten erging es der Berliner politischen Polizei; die Anklage gegen sie vertrat Genosse Liebknecht; einen Verteidiger hatte sie sich nicht besorgt: der Minister des Innern schied sich fein säuberlich aus, und der der Polizei vom Hause gestellte Offizialverteidiger Herr Stroffer ritt die Angeklagten nur noch mehr hinein. Und fürwahr, es waren schwerwiegende Anklagepunkte, die Liebknecht anzog: die Behandlung jugendlicher Sozialdemokraten als Verbrecher, die infame Art des Photographierens von vermeintlichen oder wirklichen Anarchisten, die Unterführung russischer Spigeln durch die Polizei, all' das schilderte unser Redner lebendig und frisch, und der Minister wagte nicht zu widersprechen. Ja, auf die Bemerkung, daß die Polizei mit russischen Spigeln geradezu in Kompagnie arbeitet, fand Herr Moltke kein Wort der Erwiderung. Herr Stroffer aber, der ihm zur Hilfe eilte, wurde von unserem Genossen Firsch mit leichter Mühe platt auf den Sand gefetzt und öffentlich vor dem Volke wieder einmal als Fälscher entlarvt.

Am Montag beabsichtigt das Haus die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern zu führen.

Klerikaler Arbeiterfang.

Die Politik der Zentrumspartei findet bei manchen katholischen Arbeitern des Rheinlandes immer weniger Zustimmung, besonders hat das Verhalten der Zentrumskolonnen des Reichstages bei der Beratung der letzten Reichsfinanzreform vielen Arbeitern die Augen geöffnet. Um diese Arbeiter zurückzugewinnen und bei der Zentrumsführung zu halten, suchen neuerdings die Zentrumskolonnen die katholischen Arbeitermassen bei ihren religiösen Instanzen zu paken, indem ihnen die katholische Kirche als ernstlich gefährdet durch die Agitation der immer mehr um sich greifenden atheistischen sozialistischen und liberalen Lehren hingestellt wird. Das Zentrum veranstaltet nämlich sogenannte „religiöse Sonntage“, das heißt politisch-religiöse Sonntagsversammlungen, in denen die katholische Kirche als Schutzherrin des Arbeiterstandes und der Notleidenden verherrlicht wird. Die Idee, dieses Mittel zum Wiedererlangen der verlorenen katholischen Arbeitermassen anzuwenden, geht von R.-Gladbach aus. Zu Beginn des laufenden Jahres gab die Westdeutsche Arbeiterzeitung, das in R.-Gladbach erscheinende Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, die Anregung, öffentliche Kundgebungen dieser Vereine an den ersten Sonntagen der Fastenzeit zu veranstalten. Für die Erbhörsche Köln nahm der Vorschlag bald feste Gestalt an. „Religiöse Sonntage“ sind an den ersten Sonntagen der diesjährigen Fastenzeit in Düren und anderen Orten gehalten worden. Die größte Kundgebung dieser Art war bisher wohl die Essener am letzten Sonntag. Als Zweck war anfangs angegeben worden, daß durch diese „religiösen Sonntage“, die künftig jedes Jahr sich wiederholen würden, eine Bewegung eingeleitet werden sollte, die zunächst zum Ziele habe, die katholische Arbeiterkraft unter der

Flagge ihrer katholischen Lebensideale zu sammeln, sie mit Stolz und Selbstvertrauen zu erfüllen und ihrem Kampfe Richtung zu geben. In der Essener Resolution werden die Hauptaufgaben der Teilnehmer der „religiösen Sonntage“ aufgezählt: Ausdruck der religiösen Überzeugung überall, auch nach außen hin, Ausbreitung und Ausbau der Organisationen der Katholiken, namentlich des Volksvereins und der katholischen Arbeitervereine, Verbreitung und Stärkung der christlichen Gewerkschaften, entschiedene Bekämpfung der falschen wie der farblosen Presse, Verbreitung und Unterstützung der katholischen Presse und schließlich Eintreten für die Erhaltung der konfessionellen Schule.

Sollten die katholischen Arbeiter auch gegen die Wahlrechtspolitik des Zentrums rebellieren, werden diese religiösen Sonntagsversammlungen jedenfalls noch beträchtlich vermehrt werden. In Köln sind z. B. zu morgen, am Sonntag, um die katholischen Arbeiter festzuhalten, nicht weniger als 20 solcher Versammlungen einberufen, in denen Protest erhoben werden soll gegen den „antikirchlichen“ und „antichristlichen Ansturm“. An einer dieser Versammlungen wird sogar der Kölner Erzbischof teilnehmen.

Zimmer noch Mansfelder Streikprozesse.

Die mehr als dreizehn Jahre Gefängnis, die bisher über die Mansfelder „Mehrförder“ verhängt worden sind, scheinen der Justiz immer noch nicht zu genügen, um vor der bürgerlichen Welt die Entsendung des Militärs in das Streikgebiet zu rechtfertigen. Sie fügt den zahlreichen anderen weitere Opfer hinzu.

Die Strafkammer in Eisleben hatte diesmal gegen vier des Landfriedensbruchs Beschuldigte, darunter einen 17-jährigen jungen Menschen, sowie gegen einen des Verstoßes gegen den beschäftigten § 153 der Gewerbeordnung Angeklagten zu verhandeln. Die Anklage auf Landfriedensbruch mußte bei allen vier Angeklagten fallen gelassen werden, drei von ihnen sind gänzlich freigesprochen worden und nur einer erhielt eine Woche wegen Verleumdung eines Polizisten.

Der eine Angeklagte sollte dadurch Landfriedensbruch begangen haben, daß er, im Begriff eine Beförderung für seinen kranken Sohn zu machen, nicht sofort den Anweisungen eines Feldwebels folgte. Er wurde von sechs bis acht Soldaten vom Arm seiner Frau weg arretiert. Nur, weil vor Gericht nicht bewiesen werden konnte, daß eine Aufforderung zum Auseinandergehen erfolgt sei, kam Landfriedensbruch nicht mehr in Betracht. Die anderen Anklagen standen auf noch schwächeren Füßen.

Einen Monat Gefängnis erhielt ein Vergemann, von dem zwei Arbeitswillige glauben, daß er sie getreten habe. Der Angeklagte bestritt das entschieden, gesehen haben die Arbeitswilligen die Fußtritte auch nicht, wohl aber, daß der Streikende eine „zurückziehende Bewegung“ mit dem Fuße machte. In der Urteilsbegründung führt das Gericht aus, daß es als eine durch nichts gerechtfertigte Willkür angesehen werden müßte, wenn der Angeklagte mit Geldstrafe davonkommen wäre.

Deutlicher läßt es sich wohl kaum ausdrücken, daß die Mansfelder Streikurteile aus dem Massenmüll heraus erfolgen und erfolgt sind.

Wirkungen des Branntweinbottels.

Am 1. Oktober 1909 ist das neue Branntweinsteuergesetz in Kraft getreten. Die alte Maischraumsteuer ist in Fortfall gekommen — sie betrug 10 M. pro Hektoliter — dagegen ist die Verbrauchsabgabe von 70 M. auf 125 M. erhöht worden. Keinem der neuen Verbrauchssteuergesetze haftet so der Stempel der „Zweckmäßigkeit“ an, wie gerade ihm. Das Gesetz ist durchaus der agrarischen Spirituszentrale auf den Leib geschrieben. Die Liebesgabe beruht bekanntlich darauf, daß den Schnapsbrennern ein Kontingent vorgeschrieben ist, das zu dem normalen Satz versteuert werden muß, während der Alkohol, der über dieses Quantum hinaus produziert und verkauft wird, 20 M. pro Hektoliter mehr zu zahlen hat.

1907/08 war die Differenz zwischen dem Kontingent (2,7 Millionen oder 4 1/2 Liter pro Kopf der Bevölkerung) und dem Verbrauch (rund 4 Millionen) 1,3 Millionen! Nach dem Preise des Lieferkontingents richtet sich auch der Verkaufspreis des kontingentierten Alkohols, die Preisdifferenzen machen also an jedem Hektoliter Alkohol 20 M. Extraprofit. Gelingt es, das Lieferkontingent möglichst weit ober gar ganz einzuschränken, so verschwinden die 20 M. Extragebiet, die Liebesgabe existiert nicht mehr.

Recht unangenehm ist daher den Herren der sozialdemokratischen Branntweinbottel in die Nase gefahren. Jetzt liegen die Ergebnisse seit dem 1. Oktober 1909 bis zum 31. Januar 1910 vor. Sie sind mit den vorhergegangenen Jahren in Vergleich gestellt.

Vom 1. Okt. bis 31. Januar	1905/06	1906/07	1907/08	1908/09	1909/10
Erzeugung . . .	2 076 088	1 855 818	1 871 657	2 085 653	1 708 227
Gewerblücher Verbrauch . . .	490 821	505 959	585 733	603 874	628 598
Leinwandverbrauch . . .	777 034	851 525	854 463	883 542	577 036
Ausfuhr . . .	30 088	73 090	20 618	4 123	6 878

Während also der gewerbliche Verbrauch auch nach dem 1. Oktober 1909 weiter gestiegen ist, ist der Leinwandverbrauch um rund 288 000 Hektoliter oder um 33,8 Proz. das ist ein vollen Drittel zurückgegangen!

Auf jeden Fall zeigt die Ziffer, daß der vom Letztjähriger Parteitag ausgeprochene Schnapsbottel in weitem Maße von der sozialdemokratischen Arbeiterchaft durchgeführt worden ist. Inmmerhin kann und muß der Kampf mit noch größerer Energie geführt werden. Treffen wir die Schnapsjunker am Geldbeutel, so haben wir sie an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen.

Den Beamten Gehaltszulagen — den Arbeitern Lohnabzüge.

Dieser vom meiningischen Staatsrat befolgte Devise hat am Freitag der Meiningener Landtag einen Strich durch die Rechnung gemacht. Vor einiger Zeit wurde den Arbeitern auf den staatlichen Schleferbrüchen unter Bezugnahme auf die schlechte Konjunktur ein zehnprozentiger Lohnabzug gemacht. Das hinderte die Regierung nicht, dem Landtag ein Beamtengehaltsgesetz vorzulegen, das den Beamten eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 10 Proz. bringen soll, und das, falls alle vorliegenden Anträge genehmigt werden, die Staatskasse mit circa 500 000 M. belastet. Bei der am Freitag stattgefundenen Beratung des Gesetzes wiesen unsere Genossen erneut darauf hin, wach schreiende Ungerechtfertigkeit es sei, den ohnehin schon gering bezahlten Schleferbrüchler Arbeitern Abzüge zu machen, den Beamten aber Hunderttausende zuzulegen. Unsere Fraktion beantragte bei der Position „Herzoglich-Schleferbrüchler“ allen Beamten der Schleferbrüche nicht eher eine Gehaltszulage zu gewähren, bis der den Arbeitern gemachte Lohnabzug von 10 Proz. wieder rückgängig gemacht worden ist. Auch ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten konnte das Vorgehen der Regierung nicht billigen und obwohl der Staatsminister unserem Antrag den heftigsten Widerstand entgegensetzte, wurde derselbe mit 17 gegen 7 Stimmen angenommen.

Wählen die bürgerlichen Abgeordneten sich, so muß die Regierung, will sie nicht die ganze Beamtengehaltsvorlage scheitern lassen, wohl oder übel dem Verlangen des Landtags nachkommen.

Zur heftigen Ministerkrise.

Gestern Abend empfing der Großherzog von Hessen den Staatsminister Dr. Ewald und den Ministre des Innern Dr. Braun zur

Besprechung über den Rücktritt des Finanzministers Dr. Gnaul. Wie verlautet, wird das Entlassungsgesuch des letzteren noch heute erledigt werden. Zu seinem Nachfolger soll Dr. Braun ernannt werden.

Der Arbeiterverrat des Zentrums.

München, 24. Februar 1910.
In dreitägiger Debatte wehrten sich die Vertreter der christlichen Arbeiter in der Kammer gegen den Vorwurf des Arbeiterverrats. Mit negativem Erfolge.

Zur Verhandlung stand der Antrag Rothhaupter und Genossen, den Arbeitern in den Staatsbetrieben eine Lohnaufbesserung von 25 Pf. zu gewähren. Die Vertreter des Zentrums hatten den Antrag im sozialen Ausschuss abgelehnt und mühten nun nachgedrungen ihre Stellungnahme vor aller Öffentlichkeit rechtfertigen. Sie taten das zum Teil in einer Art, die jeder christlichen Kampfweise Hohn sprach. Gleich der erste Zentrumsredner Wallerbach, Redakteur eines Arbeiterblattes, und katholischer Priester, ging in einer Weise mit der Wahrheit um, daß ihm aus den Reihen der empirischen Sozialdemokraten die Worte „Lügenpeter“, „Heuchler“ und „Schwindler“ entgegengeflüchelt wurden. Das hielt aber seine Nachfolger nicht ab, in ähnlicher Weise zu verfahren. Sie sprachen sehr viel und von allem, aber sehr wenig von dem zur Verhandlung stehenden Antrag. Sie mühten alles als richtig zugeben, was die sozialdemokratischen und auch liberalen Redner für die Notwendigkeit der Lohnerhöhung vorbrachten. Einer konstatierte sogar selbst, daß der Staat noch Schandlöhne von 2,20—2,40 M. zahle. Aber, sagte der Abgeordnete, es war zu prüfen, ob es mit dem Wohl des Vaterlandes auch vereinbar sei, den Staatsarbeitern die Lohnaufbesserung zu gewähren. Das Zentrum verneinte die Frage und stimmte die sozialdemokratischen Anträge nieder.

Von unserer Seite sprachen die Genossen Timm, Rothhaupter und Auer. Es war ihnen nicht schwer, das Bedürfnis einer Lohnerhöhung nachzuweisen. Auf den Hinweis der Zentrumsredner, daß die Sozialdemokraten auch für die Mittel sorgen sollen, wurde ihnen erwidert, daß diejenigen für die Mittel zu sorgen hätten, welche die Schuld an der Teuerung, an den Löhnen und den Finanzreformen tragen. Da konstatierte der Zentrumsabgeordnete Dauer zum allgemeinen Staunen, daß der jetzt wieder bemerkbare wirtschaftliche Aufschwung auf die Reichsfinanzreform zurückzuführen sei. Der eine Zentrumsmann sieht in dem Bier das beste Mittel zur Bekämpfung des Alkohols, der andere in einer 500 Millionen-Steuervorlage ein vorzügliches Mittel zum wirtschaftlichen Aufschwung. Wirklich, der Unfuss blüht herrlich auf dem Zentrumskader.

Da auch die Regierung gegen die sozialdemokratischen Anträge Stellung nimmt, so ist an eine Besserstellung der Arbeiter nicht zu denken. Sie mühen sich beim Zentrum dafür bedanken.

Breslauer Richter gegen Waldenburger Richter.

Der seltene Fall, daß ein schlesisches Gericht sich ostentativ gegen ein anderes schlesisches Gericht wendet, ist aus Breslau zu verzeichnen.

In Waldenburg war Genosse Schiller als verantwortlicher Redakteur der „Volksmacht“ zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er von einem Vergewaltiger Müller, Angehörigen des Fürsten Plesch, der die Hauptrolle trug an der Typhus-Epidemie in Altwasser, geschrieben hatte, er fürchte den Volkszorn und sei deshalb auf Urlaub gegangen. Der Verurteilte legte zwar Berufung ein, zog sie aber, als ihm gewisse Dinge über den Vorsitzenden der Strafkammer, Amtsrichter und Landtagsabgeordneten Krause, bekannt wurden, zurück, weil er zur Waldenburger Justiz absolut kein Vertrauen haben könne. Das Urteil selbst hatte Sch. unerhört genannt und dazu bemerkt, es spreche jedem Rechtsempfinden Hohn. Das brachte ihm nun eine Anklage wegen Richterverleumdung ein, die vor der Breslauer Strafkammer verhandelt wurde. Sch. wies nach, daß ihm das Waldenburger Gericht in beiden Instanzen jede Verteidigung unmöglich gemacht, ihm die Ladung von Zeugen und Sachverständigen grundlos verweigert und ihn so behandelt hatte, daß er nur mit größtem Mühen die Verhandlung folgen konnte. Zudem sei ihm, sagte Schiller ferner vor dem Breslauer Gericht, glaubhaft bewiesen worden, daß der Amtsrichter Krause, Mitglied des preussischen Landtags, Vorsitzender der Kommission zur Beratung der Wahlrechtsvorlage, in einem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zum Fürsten Plesch stehe und deshalb objektiv nicht urteilen könne. Deshalb habe er ja auch die Berufung zurückgezogen, weil ihm dieser Richter jedes Vertrauen zur Justiz geraubt habe. In Waldenburg könne deshalb ein Sozialdemokrat, der gegen Plesch oder seine Leute schreibe, nie sein Recht finden.

Und nun geschah etwas sehr Merkwürdiges: Das Breslauer Landgericht verurteilte zwar unseren Genossen, nicht wie der Staatsanwalt gefordert, zu zwei Monaten Gefängnis, sondern zu 100 M. Geldstrafe, erklärte aber in der Begründung, daß dem Angeklagten in Waldenburg unrecht geschehen sei. Er habe, als er das dortige Urteil unerhört und einen Hohn genannt habe, sich in berechtigter Erregung betunden und habe in Wahnehrung berechtigter Interessen gehandelt. Nur sei er dabei über die sachliche Grenze hinausgegangen, aber nicht derart, daß eine Freiheitsstrafe erwirkt sei. Das Breslauer Gericht ließ ferner durchblicken, daß das Waldenburger Gericht eigentlich hätte die Zeugen laden müssen usw. Vorher hatte der Verteidiger dem Gericht mitgeteilt, daß er erkannt gewesen sei wie noch nie über die Handlungsweise des Herrn Krause, und daß er vor diesem Richter so machtlos gewesen sei, wie noch nie in seiner ganzen Praxis.

Jetzt wird man neugierig sein können, was nun mit Herrn Krause geschehen wird. Unser Breslauer Bruderblatt teilt nämlich in seinem Bericht über die Verhandlung die für Herrn Krause und die Waldenburger Justiz so kompromittierende Stelle in Heftdruck mit. Sie lautet:

„Der Vorsitzende der Waldenburger Strafkammer, Amtsrichter Krause, habe vor Jahren sich vom alten Fürsten Plesch 3000 M. geliehen und diese nicht zurückgezahlt. Im Jahre 1907 sei ihm dann die Schuld vom gegenwärtigen Fürsten in Gnade erlassen worden.“

Unser Parteiblatt hat diesen Bericht sowohl an den Landtag wie auch an den Justizminister gesandt. Er wird beim Justizminister gleichfalls darüber Antwort zu geben haben, was er zu dieser Enthüllung sagt.

Neue Zeugen im Meineidsprozeß Schröder.

Der Essener Meineidsprozeß gegen Ludwig Schröder und Genossen wird nun doch noch wahrscheinlich eine Wiederaufnahme erfahren. Es haben sich zwei Zeugen gemeldet, die bei ihrer Vernehmung bekundet haben, daß sie gesehen hätten, daß der Gendarm Winter zuerst gegen Schröder einen Stoß geführt habe. Dies war der springende Punkt, davon Winter das Gegenteil behauptet wurde und deshalb auch die Verurteilung erfolgte. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Viktor Riemeyer in Essen, der schon früher das leider abgelehnte Wiederaufnahmeverfahren mit Eifer und Hingebung einzuleiten versucht hatte, hat sofort die notwendigen Schritte eingeleitet.

Nur noch eine kurze Spanne.

Die „Nationalzeitung“ dementiert die Meldung, daß sie am 1. April ihre Erscheinung einstellen. Sie veröffentlicht folgende Erklärung: „Die Meldung eines Depeschensbüros, daß die „Nationalzeitung“ am 1. April d. J. eingehen werde, hat verschiedenen,

und mehr oder weniger freundlich geklungenen Blättern Veranlassung gegeben, sich mit dem Schicksal der „Nationalzeitung“ zu beschäftigen. Demgegenüber erklären wir kurz und bündig, daß die Nachricht, die „Nationalzeitung“ werde am 1. April ihr Erscheinen einstellen, unrichtig ist.“

Danach hat, wie es scheint, Herr Partling sich doch nochmals bereit finden lassen, Geld herzugeben. Aber wie lange wird das vorhalten? Die „Nationalzeitung“ leidet demnach an Abonnentenschwund, daß sie doch bald das Zeilische segnen wird, wie es so schön in den pastoralen Leichenpredigten heißt. Ob sie am 1. April oder am 1. Juli verschwindet, ist schließlich nebensächlich.

Die gefürchtete weibliche Konkurrenz im Handelsgewerbe.

In der letzten Sitzung der Hamburger Bürgerschaft setzte bei der Beratung des Staatsbudgets, Titel „Verwaltung des Gewerbeschulwesens“, eine Debatte ein, in der beziehungsweise sogenannte „Freisinnige“ wieder mal ihre Mächtigkeits zum besten gaben. Von den 60 000 M. für weibliche Fortbildungsschulen wollten diese Elemente und deren Gefinnungsgeoffenen 3800 M. in Abstrich bringen, damit die Konkurrenz der Handlungsgeschäften durch weibliche Personen beschränkt werde. Einige Abgeordnete vertraten die in der Eingabe des deutschnationalen Handlungsgeschäftverbandes enthaltenen Argumente gegen die Konkurrenz der Konkurrentinnen usw. Ein besonders geistreicher Herr, ein unentwegter Freisinniger, sagte: „Der heutige Zustand führt unabweislich zur Stellunglosigkeit mancher Handlungsgeschäfte und caubt dadurch die Möglichkeit der auch den jungen Mädchen so angenehmen Heimgründung.“

Von der gleichen Qualität waren einige andere „Gründe“, die Senator Dr. Dieckel in überlegener Weise abfertigte: „Wir geben für Fortbildung der männlichen Jugend rund eine Million aus, für die weibliche 60 000 M., da muß noch die Kleinigkeit von 3800 M. getrichen und eventuell stundenlang gestritten werden. Die jungen Mädchen gehen doch nicht aus Parotte in den Beruf, sondern weil sie die Not des Lebens dazu treibt. Die Argumente des deutschnationalen Handlungsgeschäftverbandes entbehren jeder Logik. Daß die jungen Mädchen aber „physisch und moralisch verkommen“, wie es in der Eingabe heißt, ist einfach nicht wahr. Das ist eine unverantwortliche Behauptung. Wenn sie regelrecht arbeiten lernen, so tut das ihnen gut fürs ganze spätere Leben. Um aber Stellung zu erhalten, müssen sie vorgebildet sein. Die Eingaben sind vom Brotneid diktiert.“

Die Genossen Stubbe und Schaumburg unterstrichen diese Äußerungen, worauf die volle Summe bewilligt wurde.

Oesterreich.

Einigung der deutsch-bürgerlichen Parteien.

Wien, 25. Februar. Heute nachmittags fand eine Sitzung des deutschnationalen Verbandes statt, in welcher die Frage der Einigung der deutsch-freihellen Parteien zu einem einzigen gemeinsamen Verband zur Erörterung gelangte. Vorher hatten Versammlungen der deutsch-fortschrittlichen Vereinigung und der deutsch-radikalen Vereinigung stattgefunden. Auf Grund der Mitteilungen dieser Vereinbarungen hat der deutschnationale Verband einstimmig die Bildung des vorgeschlagenen Deutschen Nationalverbandes beschlossen. Morgen findet die grundlegende Versammlung des Deutschen Nationalverbandes statt, in welcher ein fünfgliedriger Vorstand gewählt werden wird.

Die zweijährige Dienstzeit.

Wien, 25. Februar. Der Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses nahm das Wehrdienstgesetz an. Im Laufe der Debatte betonte der Landesverteidigungsminister, die Vorlage über die zweijährige Dienstzeit sei bereits fertiggestellt. Ihre Einbringung hänge von der Vereinbarung mit der ungarischen Regierung und der Entscheidung über die Frage der finanziellen Deckung ab. Auch die Reform der Militärstrafprozessordnung sei nur noch von der Regelung der Frage der Gerichtsprozedur abhängig.

Frankreich.

Erbschaftsteuer und Altersversicherung.

Paris, 26. Februar. Die Deputiertenkammer hat heute bei Beratung des Finanzgesetzes einen Antrag angenommen, der vorsieht, daß die Einnahmen aus der Erhöhung der Erbschaftsteuer für die Altersversicherung der Arbeiter zurückgestellt werden sollen.

Aus der Partei.

Dankagung.

Aus Anlaß meines 70. Geburtstages sind mir aus dem In- und Auslande — ich darf ohne Übertreibung sagen, fast aus der ganzen Kulturwelt — so außerordentlich zahlreiche Glückwünsche und Zeichen der Anerkennung zugegangen, daß es ein Ding der Unmöglichkeit für mich ist, jedem einzelnen zu danken. Ich muß mich daher beschränken, auf diesem Wege allen Beteiligten — Korporationen, wie Personen — meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank auszusprechen für all das Liebe und Gute, das sie mir gewünscht und erwiesen haben.

Ich schließe in diesen Dank auch die Parteipresse des In- und Auslandes ein, die durch Kundgebungen der Sympathie und warmer Teilnahme mir und meinen Angehörigen das Gedurstagsfest versüßten.

Dank schulde ich aber auch dem Teil der bürgerlichen Presse, der unbeschadet der tiefen prinzipiellen Gegensätze, die uns trennen, es sich nicht nehmen ließ, meiner freundlich zu gedenken.

Schöneberg-Berlin, den 25. Februar 1910. E. Bebel.

Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Für die Wahlen zur Düsseldorf Stadterordnetenversammlung gilt ein Versuch von 6 M. Staatsbeamtensteuern, der höchste Satz, den die Rheinische Städteordnung kennt. Ein Antrag des sozialdemokratischen Vereins an die Stadterordnetenversammlung, den Versuch auf das gesetzliche Mindestmaß von 4 M. herabzusetzen, wurde 1906 von Zentrum und den Liberalen — unsere Genossen sind im Stadtparlament nicht vertreten — einstimmig abgelehnt. Jetzt hat der sozialdemokratische Verein seinen Antrag wiederholt, mit dem Erfolg, daß die Stadtverwaltung der am 1. März stattfindenden Stadterordnetenversammlung die Herabsetzung des Versuch auf 4 M. vorschlägt.

Sam Fortschritt der Presse. Die „Freie Presse“ zu Eibersfeld-Warmen wird vom 1. März das bisher dreimal wöchentlich erscheinende Unterhaltungsblatt täglich herausgeben. Das Blatt wird daher künftig mindestens 10 Seiten stark erscheinen.

Reichstagskandidatur. Auf einer Wahlkreis-Konferenz in Worms wurde Arbeitersekretär Genosse Engelmann als Reichstagskandidat für den Kreis Worms aufgestellt.

Kassenericht des Kassater Denkmalsfonds.

Die Verwaltung des Fonds zur Erhaltung des Denkmals für die 1849 zu Kassatt gefallenen Freiheitskämpfer gibt folgenden Bericht: Das bei der Sparlose Ähren (Waben) angelegte Guthaben von 1101,40 M. verzinst sich zu 4 Proz. während des Kontoforrent-Jahres 1909 mit 43,86 M. Die Einlagen des Fonds für die Instandhaltung des Grabes und Denkmals belaufen sich auf 98,70 M. Es bleibt für das neue Jahr ein Saldo von 1046,56 M. Die außerordentlichen Ausgaben, welche durch eine Reuevergoldung der Denkmalschrift anlässlich der 60-jährigen Gedenkfeier entstanden, sollten durch keine Zuwendungen wieder ausgeglichen werden. Beiträge sende man an Franz Peter in Ähren (Waben).

Gewerkchaftliche.

Gewerkchaftliche Unterrichtskurse.

Am Sonnabend wurde der zweite, von der Generalkommission der Gewerkschaften für das Jahr 1909/10 eingerichtete Unterrichtskursus geschlossen. Jeder Kursus währt sechs Wochen. Der erste Kursus fand in der Zeit vom 25. Oktober bis 4. Dezember 1908 statt, der zweite Kursus vom 17. Januar bis 26. Februar und der dritte Kursus wird am 30. März beginnen. Die Meldungen zur Teilnahme an den Kursen sind stets so zahlreich, daß im Interesse eines eingehenden Unterrichts oft nicht alle Meldungen berücksichtigt werden können. Der erste Kursus zählte 71 Teilnehmer, der zweiten beendete 65. Es werden Vorlesungen gehalten über: Geschichte und Theorie der deutschen Gewerkschaftsbewegung, gegnerische Gewerkschaften in Deutschland, Gewerkschaftsbewegung des Auslandes, Versicherungsgelegenheit, Strafrecht, Arbeiterrecht, gewerkschaftlichen Arbeitsvertrag, Nationalökonomie, Kartelle und Arbeitgebervereinigungen, Einführung in die Statistik, Bankwesen und Geldverkehr, Gewerbedeputation und über gewerkschaftliche Literatur. Der Unterricht für diese sämtlichen Fächer umfaßt rund 200 Stunden.

Zum ersten Male hatte die Generalkommission Ende vorigen Jahres einen Unterrichtskursus für Arbeitersekretäre eingerichtet. Während in den Kursen für Gewerkschaftsangehörige Vorlesungen über Wirtschaftslehre bevorzugt werden müssen, beschränkte sich der Kursus für die Arbeitersekretäre auf die Rechtslehre. Es wurden über Arbeiterversicherung, Staatsbürgerrecht, bürgerliches Recht, Strafrecht und Strafprozeß, Zivilrecht und das Verfahren vor den Gewerkschafts- und Kaufmannsgerichten, gewerkschaftliches Recht und über Arbeiterschutz Vorträge gehalten. Der Unterricht wurde hier hauptsächlich von Juristen erteilt. Dieser Kursus dauerte nur 4 Wochen und umfaßte 136 Stunden; er war von 26 Teilnehmern besucht.

Am Schluß jedes Kursus findet in Gegenwart der Vortragenden eine Aussprache mit den Schülern statt, in der stets zum Ausdruck kommt, daß die Schüler durch den Unterricht ihr Wissen wesentlich bereichert haben, daß sie nun im Interesse der Arbeiterbewegung und ihrer Organisation neydringend zu verteidigen wollen. Auch werden Wünsche der Kursussteilnehmer auf etwaige Änderungen des Unterrichtsplanes gern entgegengenommen, die dann der Generalkommission zur Veranschaulichung überwiesen werden. Oft wiederkehrend ist dabei der Wunsch, die Kurse zu verlängern, um die einzelnen Unterrichtsgegenstände noch ausführlicher behandeln zu können. Das damit verbundene rege Interesse an der eigenen Fortbildung der Gewerkschaftsangehörigen zeigt, welche wertvolle und nützliche Einrichtung die Generalkommission mit dieser Institution schuf.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der Eisenkonstruktionsfirma Vetter u. Schneebogel in Berlin stehen im Streik. Die Arbeit in derartigen Betrieben gehört zu den körperlich anstrengendsten in der Metallindustrie und wird am schlechtesten bezahlt. Dem gegenüber steht fest, daß die Besitzer dieser Betriebe mit die höchsten Ueberschüsse erzielen. Bisher waren diese Firmen gewöhnt, daß ihre Arbeiter mit allem zufrieden waren. Das soll jetzt anders werden. Auch in diesem Betriebe wollen die Arbeiter einen Verdienst, der wenigstens einigermaßen auskömmlich ist. Statt dessen macht die Firma Vetter u. Schneebogel von dem ohnehin geringen Verdienst der Arbeiter noch Abzüge. — Es darf wohl bestimmt erwartet werden, daß jeder Arbeiter sich bemüht, die Streikenden in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Wer nur einigermaßen die Arbeit in derartigen Betrieben kennt, sehnt sich nicht danach. — Zugug ist ferngehalten.

Der Streik der Glaser im Lager-Prismen-Sandbitat ist beendet. Die Sperre ist aufgehoben. Die rigorosesten Bestimmungen der Fabrikordnung werden abgeändert, so das Rauchverbot während der Pausen in einigen nicht feuergefährlichen Abteilungen des Betriebes, zum Beispiel in der Glaseri, ferner das frühzeitige Passieren der Pforte zum Stechen der Kontrolluhr und dergleichen. Der Streik wurde beigelegt durch Vermittlung des Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts, Herrn v. Schulz. Eine klägliche Rolle haben in diesem Kampfe zwei dort beschäftigte lokalistisch organisierte Weiglaser, die Herren Grabow und Beyer, gespielt. Wenn der Kampf auch nur in einer Abteilung des Betriebes, nämlich in der Glaseri, sich abspielte, und von den Glasern nicht verlangt wurde, daß die Angehörigen der anderen Branchen die Arbeit niederlegen sollten, so hätten diese beiden, die doch zur angelegentlich radikalsten Richtung der Gewerkschaftsbewegung zählen, mithalten müssen, denn sie gerade arbeiten in der bestreikten Abteilung. Statt dessen haben sich beide dahinter versteckt, daß sie von den Streikenden, die spontan die Arbeit niedergelegt hatten, am Tage des Ausbruchs des Streiks nicht unterrichtet wurden und nun auch nicht mithalten brauchten. Dem einen, Herrn Grabow, wurde in der gemeinsamen Betriebslösung von dem Vertreter der Metallarbeiter das Zeugnis ausgestellt, wie er hier in der Sitzung aufträte, machte es den Eindruck, er vertrete nicht die Interessen seiner Mitarbeiter, sondern die der Firma. Herr Grabow ist nebenbei bemerkt Fabrik-Ausschüßmitglied. So sieht bei diesen Leuten, welche die Zentralverbände mit den schärfsten Mitteln bekämpfen, die Solidarität zu ihren Klassenangehörigen aus.

Wegen Lohnminderungen ist die Firma Binberg, Eisenschneiderstraße 47, gestreikt. Die Bauten sind: Wismar- und Poshingerstraße, Stieglitz; Friedrichstraße, Bau Brandorf, Kaiserdomm 101; Berliner Straße 37, Wilmersdorf; Große Frankfurter Straße 44, Bau Wehnert; Beamtenhäuser Stieglitz II; Pomberger Straße, Ede Grunewaldstraße, Bau Isaac.

Verband der Tapezierer, Sektion der Kleber.

Deutsches Reich.

Die Generalversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe

tagte am Donnerstag und Freitag in Straßburg i. E. Sie sollte vornehmlich zu den neuen Tarifverhandlungen mit den Zentralverbänden Stellung nehmen. Aus der Generalversammlung, die von etwa 400 Delegierten besucht war, und deren strenge Vertraulichkeit durch alle erdenklichen Vorsichtsmaßregeln geschützt war, erfahren wir folgendes:

Die bereits bekannt gewordenen Vorschläge des Vorstandes auf Abänderung des am 31. März ablaufenden Tarifs erstreckten sich insbesondere auf den Arbeitslohn (§ 4), die Akkordarbeit (§ 5), die Agitation auf den Baustellen und den Arbeitsnachweis (§ 10). Der normale Stundenlohn soll nur mehr auf gelernte tüchtige Arbeiter zutreffen. Die Akkordarbeit soll möglichst ausgebeht werden, indem die vertragsschließenden Parteien sich ausdrücklich verpflichten, in diesem Punkte keinen Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben. Jede Agitation auf der Baustelle soll verboten sein, und die von den Arbeitgebern eingerichteten oder einzurichtenden Arbeitsnachweise sollen anerkannt und ausschließlich benutzt werden.

Am ersten Verhandlungstage befaßte sich die Generalversammlung nur mit internen Angelegenheiten, am Freitag mit der Tariffrage, auf die sich alles Interesse zugespitzt hat. Innerhalb des Arbeitgeberbundes war aber von vornherein Einigkeit nur wenig vorhanden, so daß der Vorstand eine Verschiebung der Beschlußfassung und weitere Verhandlung mit den Zentralverbänden der Gewerkschaften beantragte. Hierzu betrogen ihn also nur taktische Erwägungen, zunächst die Angst vor der Uneinigkeit in den eigenen Reihen, dann die Möglichkeit der Vermeidung eines

Konfliktes und dann der Versuch, die Sympathien des Publikums nicht zu verlieren. Eine Reihe von Delegierten wollte die Entscheidung sofort herbeiführen, aber der Vorstand verhinderte die Diskussion und setzte die Annahme einer Resolution durch, wonach die Entscheidung auf 4-5 Wochen vertagt wird. Sie soll in Dresden getroffen werden. Die Stimmung, die zum Ausdruck kam, sprach im allgemeinen aus, daß die weiteren Verhandlungen keinen Erfolg versprächen, da unbedingt Wert auf die erwähnten Abänderungen des Tarifs gelegt würde, namentlich auf die Ausdehnung der Akkordarbeit. Hierin wollen die meisten keine Nachgiebigkeit zeigen und ebentl. die Konsequenzen tragen. Nur die schon besprochenen taktischen Erwägungen veranlaßten den Ausschub.

Der Kampf im Baugewerbe — das war die allgemeine Stimmung — ist nicht zu vermeiden.

Die Verhandlungen waren mittags zu Ende.

Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe.

Am 22., 23. und 24. Februar waren die Vertreter des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe und die Vertreter der freien, christlichen und kirchlichen Dunderschen Arbeiterverbände in Frankfurt a. M. versammelt, um die örtlichen Lohnstreitigkeiten zu schlichten. Vor dieser Zusammenkunft waren bereits erledigt: Augsburg, Kottbus, Dessau, Frankfurt a. O., Pirmasens, Potsdam, Rudolstadt, Salzwedel, Wiesbaden (Damenschneider) und Jersch.

Die Verhandlungen in Frankfurt a. M. haben ein vollständig befriedigendes Resultat ergeben. Dort wurden die Lohnverhältnisse in folgenden Orten geregelt bzw. die Differenzen ausgeglichen: Apolda, Arnstadt, Bielefeld, Bonn, Brandenburg, Breslau, Krefeld, Dortmund, Erlangen, Flensburg, Gera, Gießen, Gotha, Halberstadt, Hanau, Karlsruhe, Rempten i. A., Landau i. Pfalz, Limbach, Mainz (Damenschneider), Marburg, Oldenburg im Großherzogtum, Plauen i. V., Pölnitz i. Th., Rathenow, Straubing, Witten und Juidau.

Der Gang der Verhandlungen bei Differenzen ist folgender: Es wird zunächst örtlich beraten; wenn bei diesen örtlichen Verhandlungen keine Differenzpunkte verbleiben, so ist die Sache erledigt. Sofern sich die Parteien am Ort nicht einig werden können, treten die Hauptvorstände zusammen und suchen die bestehenden Differenzen zu schlichten. Zu diesen Verhandlungen kommen außer den Hauptvorstandsvertretern noch zwei Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aus dem betreffenden Ort. Wenn die Differenzen zu groß sind, als daß sie ohne weiteres von den Hauptvorständen geschlichtet werden können, müssen die örtlichen Vertreter wieder in Verhandlungen treten; dies veranlassen die Hauptvorstände. Wenn dann noch Differenzen verbleiben, wird der letzte Rest durch die Hauptvorstandsvertreter geschlichtet. — Auf dieser Grundlage ist die Einigung zustande gekommen. — Es darf nicht früher in Streik oder Aussperrung eingetreten werden, bevor dieser Instanzenweg nicht vollständig durchgegangen ist.

Außer in den vorgenannten Orten schweben noch Differenzen in circa 50 kleineren Orten, in denen der Arbeitgeberverband jedoch nicht in Frage kommt.

Einen schönen Erfolg

errangen in Breslau die freien Gewerkschaften bei der Gewerbegerichts-wahl. Zum ersten Male wurde nach dem Proporz gewählt und „Hirsche“ und Christliche hatten gewaltige Anstrengungen gemacht, um unseren Genossen jeden Erfolg freitrag zu machen. Die Parole hieß: „Wenn nicht die Christlichen siegen, ist es mit der Rechtsprechung ein für allemal vorbei!“ Die „Schles. Ztg.“ hatte noch ein Hebriges getan und in einem gehässigen Artikel die Notwendigkeit scharfmacherischer Arbeitgeber-Beisitzer „bewiesen“, die Christlichen trugen gemeine Pamphlete gegen uns und die Hirsche-Dunderschen von Haus zu Haus — kurzum: Eine gewaltige Agitation, wie sie Breslau noch bei keiner Gewerbegerichts-wahl erlebt hatte.

Und das Resultat? Es ist noch mehr wie kläglich für die schon im Siegestaumel schwellenden Hirsche und Christlichen ausgefallen: Bei einer Wahlteilnahme von über 78 Proz. aller eingetragenen Wähler fielen auf die Hirsche 406, auf die Christlichen 610 und auf die freien Gewerkschaften 7918 Stimmen! Es erhalten also von den 51 Beisitzern die Hirsche ganze 2, die Christlichen 4 und die freien Gewerkschaften 45 Beisitzer! Ein Resultat, das aufs neue beweist, daß die Breslauer Arbeiterschaft geschlossen im Lager der modernen Gewerkschaften stehen. Und diese einflusslosen „Hirsche“, hinter denen nicht einmal ein Drittel ihrer Mitglieder stehen, hatten während der letzten 3 Jahre sämtliche 51 Beisitzerposten inne, weil wegen eines — Schreibfehlers seinerzeit unsere Liste für ungültig erklärt worden war!

Dies Resultat war immerhin ziemlich sicher erwartet worden. Geradezu überraschend aber war für uns der Erfolg bei der Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer. Hier hatte das Kartell überhaupt keine Agitation betreiben können, hatte mit Mühe genug Kandidaten austreiben können und stand den vereinigten Innungen als Gegner gegenüber. Und doch erhielt unsere Liste von den 542 abgegebenen Stimmen 134, d. h. von den 51 Beisitzern entfallen auf unsere Liste 131 Ueber 25 Proz. der Arbeitgeber haben mithin für uns gestimmt, ein Ergebnis, das in den Kreisen der Arbeiter helles Entsetzen auslösen wird! Der dritte Teil der zur Wahl gehenden Arbeitgeber gleich beim ersten Male sozialdemokratisch — wohin soll das noch führen? Was soll erst werden, wenn wieder Reichstagswahl sein wird?

Im schlesischen Hungergebiete, Reichenbach, Peterswaldau, Langenbielau usw., haben die unter wahren Hungerliden leidenden Textilarbeiter beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie haben den feinsinnigen Arbeitgebern einen Lohnarif unterbreitet und bis zum 31. März Antwort erbeten. Die Arbeiter dort glauben, jetzt so arm zu sein, daß sogar die Fabrikanten das Elend erkennen und in Güte ihre Löhne erhöhen werden. Wir wünschten, daß die Hoffenden nicht allgüher enttäuscht werden.

Pfarrer und Unternehmer gegen katholische Arbeitervereine.

In Sundern i. W. waren die Arbeiter der Metallwarenindustrie einem katholischen Arbeiterverein beigetreten. Die Anregung zur Gründung eines katholischen Arbeitervereins ging von Franziskaner Patres aus, die im Orte eine Mission abgehalten hatten.

Der Unternehmer sah das nicht gern und drohte jedem Arbeiter mit sofortiger Entlassung, der der kirchlichen Gewerkschaft beitrete; außerdem protegierte er eine gelbe Organisation, der er sogleich 1200 M. in bar für den Anfang geben wollte. Die Arbeiter aber bestanden auf Freiheit der Koalition und traten nicht aus der Gewerkschaft aus. Nun stellten sich die Fabrikanten hinter den Pfarrer, damit dieser gegen die Gründung des Arbeitervereins demonstrieren solle.

Dieser Zweck wurde dann auch erreicht. Der Herr Pfarrer mißbilligte am folgenden Sonntag von der Kanzel herab die geplante Gründung eines katholischen Arbeitervereins und das Vorgehen der Herren Missionare in der Angelegenheit. Der katholische Volksbote meint, er sei sprachlos und stehe vor Rästeln, er verstehe nicht, wie der Pfarrer einer Arbeiterpartei sich öffentlich in der Kirche gegen die Gründung eines Vereins aussprechen kann, die von den hochwürdigsten Herrn Bischöfen und auch vom heiligen Stuhle wiederholt dringend empfohlen wird, und wie die Fabrikanten, die alle grade Katholiken sind, dazu kamen, den Pfarrer gegen

die Ausführung oberherrlicher Wünsche und Bestrebungen mobil zu machen.

Uns scheint die Sache weniger unverständlich. Die neue Zeit der wirtschaftlichen Kämpfe und Machtverhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern räumt alle alten papiernen Proklamationen der hohen Kirchenwörter fort. Der katholische Unternehmer hat bei seiner Interessenvertretung nicht Rücksicht zu nehmen auf katholische Arbeiter, und der Arbeiter steht dem Unternehmer dabei näher als dem Arbeiter. Das wird den katholischen Arbeitern schon noch sichtbar werden.

Ausland.

Die Folgen der schwedischen Massenarrestierungen.

Die große Sägewerks-Aktiengesellschaft Baotölarsnäs im schwedischen Nordland ist in Konkurs geraten. Die Schulden betragen, außer dem Aktienkapital von 1500 000 Kronen, 5 083 003 Kronen, die Aktiva 5381 110 Kronen. Die Kapitalistenpresse erklärt, daß der Konkurs durch den Massenstreik der Arbeiterschaft verschuldet worden ist. Da jedoch dieser Abwechslung eine notwendige Folge der Massenarrestierungen war, so ist es in Wirklichkeit die Schwedische Arbeitgebervereinigung, die die Schuld trägt an dem Konkurs und dem Millionenverlust, von dem vor allem auch die Nordlandsbank betroffen wird.

Aussperrungsbeschluss im Buchdruckgewerbe zu Haag.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die Lohnbewegung der Buchdrucker in Haag nicht ohne Kampf zum Ziele führen soll. Die Prinzipale hatten sich durch mündliche Abmachungen bereit erklärt, zum 1. Mai die neue Lohnregelung samt der Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 14 Stunden einzuführen, aber als dieser Tage die Vertreter der Gehilfenorganisationen bei ihnen vorstuden, um die Unterchriften zu dem neuen Tarifvertrag einzuholen, weigerten sie sich alle bis auf einen, ihr Versprechen einzulösen. Inzwischen hat eine Versammlung der Buchdruckereibesitzer beschlossen, wenn es zur Arbeitsniederlegung kommt, alle Gehilfen, die daran teilnehmen, auf 2 Jahre von der Arbeit auszusperrn. Die Herren werden sich das wohl noch einmal überlegen müssen, denn die Gehilfenschaft ist einmütig entschlossen, nicht auf ihre Forderungen zu verzichten, die, namentlich im Vergleich zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen im Buchgewerbe anderer Länder, außerordentlich bescheiden sind.

Ein Erfolg der Stahlarbeiter?

Aus Bethlehem (Pennsylvanien) wird gemeldet: Die Werkstätten der Bethlehem Steel Company sollen so lange geschlossen bleiben, bis die Behörden in der Lage sind, die Arbeitswilligen gegen die Ausländer „wirksam zu schützen“. Ungefähr 9000 Arbeiter sind ohne Beschäftigung.

Das New Yorker Gewerkschaftskartell erklärte sich in einer mit großer Majorität angenommenen Resolution für eine unabhängige politische Aktion der Arbeiterklasse und Gründung einer Arbeiterpartei. Dieser Beschluss ist direkt auf das Urteil gegen die Schwadronen zurückzuführen, die bekanntlich zu 220 000 Dollar Schadenersatz eines Boykotts wegen verurteilt wurde. Das New Yorker Gewerkschaftskartell fordert den Amerikanischen Arbeiterbund auf, sofort Maßregeln und Vorbereitungen zu treffen, die Interessen der Arbeiterschaft zu schützen. Das Urteil gegen die Schwadronen wird aufs schärfste kritisiert und der bedrohten Union volle Unterstützung zugesichert.

Versammlungen.

Berichtigung. Im Bericht des „Vorwärts“ vom Freitag, den 25. Februar, über die Versammlung der Arbeiter der Firma Ficht ist ein Fehler enthalten. Der Höchstverdienst der Monteur beträgt nicht 77 1/2 Pf., wie es im Bericht heißt, sondern nur 72 1/2 Pf. pro Stunde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichstagsstichwahl im Kreise Mülheim-Bipperrüch-Summersbach.

Mülheim, 25. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Reichstagsstichwahl erhielt der Oberlandesgerichtsrat Dr. Marx (Zentrum) 21 496, der Schriftsteller Dr. Erdmann (Sozdem.) 13 382 Stimmen. Das Zentrum hat mithin das Mandat behauptet.

Bei der Hauptwahl am 15. d. M. erhielten: das Zentrum 20 376, die Sozialdemokratie 10 924, die Nationalliberalen 8465, die Christlichsozialen 1140 Stimmen. Der überwiegende Teil der Nationalliberalen hat sich also bei der Stichwahl der Stimme enthalten.

Ein draconisches Kriegsgerichtsurteil.

Ochsenfals, 23. Februar. (W. Z.) Das Kriegsgericht der 14. Division verurteilte den Musikleiter Schwanke vom hiesigen Infanterieregiment wegen Schlägerei unter „alten Leuten“ in Verbindung mit einem „Wastgeßel“ und einer Schlägerei mit dem Nachwächter zu 8 Jahren Gefängnis und Ausstoßung aus dem Heere.

Drohende Aussperrung.

München, 26. Februar. Wie die „Münchener Post“ erfährt, soll der Verband bayerischer Brauereien beabsichtigen, bei Ablehnung der Bierpreiserhöhung durch die Arbeiterschaft sämtliche Braueriarbeiter auszusperrn.

Ein Bergsturz.

Trier, 23. Februar. (W. Z. W.) Bei Mehrling ereignete sich heute nachmittags ein Bergsturz. Die Gleise der Moselleinbahn sind an jener Stelle mit über zehn Meter hohem Geröll bedeckt. Der Bahnverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten; die Verkehrsleistung wird vorwiegend durch mehrere Tage dauern, da fortwährend neue Erdmassen nachrutschen.

Folgen des Hochwassers in Belgien.

Brüssel, 26. Februar. (W. Z.) Aus dem Maasgebiet kommen anhaltend ernste Nachrichten. Die Maas und ihre Nebenflüsse, speziell die Sambre, sind seit gestern im raschen Steigen begriffen. Die Lage ist um so bedenklicher, als andauernd starke Regengüsse niedergehen. Verschiedene Ortschaften längs den Ufern der Maas und der Sambre stehen bereits unter Wasser, die Keller und Erdgeschosse sind überflutet. Zahlreiche Fabriken werden den Betrieb einstellen müssen.

Eine Schiffskatastrophe.

Buenos Aires, 23. Februar. (W. Z. W.) Die „Abaris“ ließ heute auf der hiesigen Reede mit einem argentinischen Dampfer zusammen. Der Argentinier ging unter und mehrere Personen ertranken. Der englische Dampfer ist, wie man annimmt, nicht beschädigt worden.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung: Sonnabend, den 26. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: Nolte, Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Beim Kapitel „Landrätl. Behörden“ führt Abg. Bruns (Z.) Beschwerde darüber, daß der Oberpräsident der Rheinprovinz in einem Falle dem Kreisaußschuß das Vorschlagsrecht für die Besetzung einer Bürgermeisterstelle verweigert habe.

Ein Regierungs-Kommissar erwidert, daß der Oberpräsident allerdings in einem Falle einen kommissarisch eingesetzten Bürgermeister definitiv angestellt habe, da ihm alle anderen vom Kreisaußschuß präsentierten Kandidaten nicht zusagten.

Abg. Schwabach (nall.) wünscht, daß die litauische Sprache in Versammlungen im Kreise Memel-Gebiet zugelassen werde, und beklagt sich über mißbräuchliche Ausführung des Reichsvereinsgesetzes in Litauen.

Abg. v. Gohler (L.): Die Beschwerden über die Landräte sind in diesem Hause immer geringer geworden. (Widerspruch links.) Für alle Einzelfälle können wir nicht verantwortlich sein.

In ihrer Hauptaufgabe, dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, haben sich die Landräte durchaus bewährt. (Bravo! rechts.)

Daß unsere Verwaltungsbeamten zum großen Teile konservativ sind, ist ja richtig, aber welcher vernünftige Mensch wird es denn nicht billigen, daß der preussische Staat dadurch, daß er die Beamten vorzugsweise aus den alten preussischen Beamtenfamilien nimmt, seine alten Beamtenbedingungen zu wahren sucht?

Abg. Graf Prashma (Z.) bringt einen Fall aus Schlesien zur Sprache, wo die Mitglieder einer Kommission ihr Amt niedergelegt haben, weil der Vorsitzende den Zentrumskandidaten gewählt hatte.

Abg. von Kardorff (H.): Die Kommission mußte aufgelöst werden, weil die Mitglieder sich zu den Sitzungen nicht einfanden. Im übrigen kann ich mich nur meinem Parteifreunde Freiherrn v. Jedlich anschließen, der diejenigen deutschen Elemente in den Ostmarken, welche sich zu Schleppenträgern des Polentums gemacht haben, als Landesverräter gekennzeichnet hat.

Kleines feuilleton.

Gedanken aus dem Tagebuch des geheimen Oberkommissars v. Heßgriff: „Jhr. Wusch. Es war ein erhebender Moment, als Herr v. Oldenburg ausrief: Wir jerschmettern sie! Die ganze Landwirtschaft stand aufrecht und streckte die fleischigen Schwanzfinger in die Luft.“

„Schon wieder Kerker. Als der Zug der Stadmissionare und Jungfern vom weichen Kreuz durch die Burgstraße nach dem Dom zieht und gerade das ergreifende Lied intoniert: Wir sündhaft Eiterbeu... heu... len...“

„In der Konferenz wurde heut ernstlich erwogen, wie man die Wunde besser zu Boaten treiben könnte. Die jetzige Bewaffnung sei unzulänglich. Zumal die Schuppenkette unterm Arme nicht den geschafften Eindruck macht und die Mannschaft zu beständigem Niesen reizt.“

„So ein Nixdorfer Stadtverordneter hat es doch fürchtbar leicht. Seht auf und sagt, ich bin hier nur Igl. pr. Beamter, und schießt den Vogel ab. Sicher hat er schon einen. Vielleicht sogar dritter Güte. Inseinerer schreit täglich aus allen Knopflöchern fürs Vaterland und bezieht sich den Eiß. Der Piepmach wird einem sauer gemacht. Aber das Gehalt ist gut. Und die Renumerationen sind besser.“

„Wir sollen die Rolle photographieren. Dann gibt's keine Ausrede mehr, wer zuerst gepiffen hat. Das ist nun wieder so ein Kerker. Geh ich da mit meinem Kasten unter dem Arm durch die Lindenstraße, um meine Jungs zu inspizieren; da fühl ich deutlich, daß ich fixiert werde. Ich blide entrüstet auf, wie ich so zu blicken pflege. Auf dem Omnibus grinst mir so ein Patron zu, schießt eben seine

menten, die die Deutschen verachten und die Polen auch. Warum unterstützt das Zentrum überhaupt die Polen? Aus Mandats-hunger! Aber das ist einer so großen Fraktion durchaus unwürdig. (Große Unruhe im Zentrum.) Der konfessionelle Frieden tut nirgends so not wie in der Ostmark, schon um der großen sozialdemokratischen Gefahr wirksam entgegenzutreten zu können. (Bravol rechts.)

Minister v. Nolte erwidert dem Abg. Schwabach, daß in den Kreisen Königsberg und Gumbinnen der Gebrauch der litauischen Sprache in Versammlungen allgemein gestattet sei.

Abg. Graf Prashma (Z.): Ich bin erstaunt, daß Herr Kardorff den von mir vorgebrachten Fall zum Anlaß genommen hat, eine so heftige Rede gegen das Zentrum zu halten. Dem friedlichen Zusammenarbeiten der Deutschen in der Ostmark wird dadurch nicht gedient. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Lippmann (fr. P.): Herr Gohler hat wieder behauptet, die Konservativen seien berufen, die Staatsautorität zu wahren. Wo blieb denn der Respekt vor der Staatsautorität bei der Reichs-erbischaftsteuer? (Sehr gut! links. Unruhe rechts.) Wo blieb der Respekt sogar vor einem Königswort bei der großen Kanalvorlage? (Unruhe rechts.) Und was aus der Wahlrechtsvorlage wird, für welche ja auch die Staatsautorität engagiert ist, weiß auch kein Mensch. Was jetzt haben die Konservativen mit Hilfe des Zentrums das Oberste nach unten geföhrt. (Sehr wahr! links.) Das konservative Parteiregiment können Sie nicht bestreiten.

Der Landrat ist dazu da, gute, das heißt konservative Wahlen zu machen.

Abg. v. Böhlendorf-Kölpin (L.): Der Linken können es die Landräte nie recht machen. Entweder nennen Sie sie Ja-Brüder oder Hebellengarde. Sie aber sollten doch die Unabhängigkeit der Landräte anerkennen. (Sehr gut! rechts.)

Abg. v. Riegelswski (Pole) beklagt, daß die Landräte im Osten mit zweierlei Maß messen.

Abg. Dr. Wiemer (fr. P.): Herr v. Gohler meinte, die Konservativen hätten das meiste Verständnis für Staatsautorität. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Unabhängigkeit und Selbständigkeit respektieren wir selbstverständlich auch bei den Konservativen. Abhängig ist leider meist die Regierung, das ist wohl auch eine „gott-gemollte“ Abhängigkeit. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Bei der Reichs-erbischaftsteuer hat die Staatsautorität durch das Verhalten der Konservativen schwer gelitten, die sich mit dem Zentrum und den Polen gegen die Regierung verbündeten. (Lachen rechts.) Dieß es doch damals, die Regierung habe den Reichstag nicht aufgelöst, weil sie nicht sicher war, daß die Landräte für die Regierungspolitik in diesem Falle eintreten würden! Herr v. Gohler hat ja heute bestätigt, daß die Landräte ihre Aufgabe darin sehen, die konservative Parteipolitik zu unterstützen. Gewiß sollen auch die Landräte das Recht der freien Wahl haben, aber sie sollen nicht ihren amtlichen Einfluß zur politischen Beeinflussung mißbrauchen. (Sehr richtig! links.) Nicht die politische Gesinnung, nicht Familienbeziehungen sollen bei der Besetzung von Staatsämtern entscheidend sein, sondern allein die Tüchtigkeit. (Bravol links.) Jetzt an Beamten besonders beteiligt zu werden, daran haben wir gar kein Interesse. Der Versuch des Zusammenarbeitens von Konservativen und Liberalen ist gemacht worden und durch die Schuld der Konservativen gescheitert. Wenn Herr v. Gohler meinte, wenn die hohen Staatsämter aus Parlamentariern besetzt würden, würden wir auch wenig Vorteil davon haben, so bemerke ich, daß die Stärke der konservativen Fraktion durchaus nicht der Stärke ihrer Wählerzahl entspricht, sondern lediglich dem rüftändigen Wahlrecht und der veralteten Wahlkreisverteilung zu verdanken ist. (Sehr richtig! links.) Bei einem gleichen und geheimen Wahlrecht würden zweifellos nicht so viele Konservative, namentlich nicht so viele Landräte in dieses Haus einziehen. Das würde diesen Kreisen zugute kommen, vorausgesetzt, daß die Landräte ebenso viel Verwaltungstalent besitzen wie politischen Einfluß. (Bravol links.)

Abg. Feustler (Z.) bringt einen weiteren Fall vor, in dem der Landrat in das Jagdverpachtungrecht einer Gemeinde eingegriffen hat.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte von der Rechten und dem Zentrum angenommen.

Abg. Borgmann (Soz.):

Ich stelle fest, daß ich durch den Schluß der Debatte verhindert worden bin, namens meiner Partei, von der überhaupt bei dieser Debatte noch niemand zu Worte gekommen ist, darauflegen, wie sehr gerade unsere Partei durch die Art und Weise, wie die Landräte ihre Geschäfte führen, geschädigt worden ist.

Das Kapitel wird bewilligt.

Sie können uns am Abend photographieren! Ich ich noch mein Teilerbding raushole, ist er schon heidi. Also er hat mir! Nun die Geschichte ist am Ende nicht so schlimm. Ich laß mir den Poposcheitel wegfrisieren; dann kennt mich keiner wieder.“

Für richtige Abschrift bürgt Der Wochenbeschauer.

Die Photographie in natürlichen Farben ist durch die seit etwa zwei Jahren in die Praxis eingeführte Erfindung der Brüder Lumière in Lyon wesentlich vereinfacht worden. Während nach dem älteren Verfahren für eine Photographie, die in natürlichen Farben reproduziert werden sollte, drei Aufnahmen durch farbige Gläser (blau, gelb und rot) gemacht werden mußten, gestattet die Lumière'sche Erfindung die Herstellung eines Bildes in natürlichen Farben durch eine einzige Aufnahme. Das wesentliche der Lumière'schen Erfindung besteht darin, daß die Erfinder die farbigen Filter in Gestalt mikroskopisch kleiner gefärbter Stärkekörnchen auf die Glasplatte auftrugen und darüber die lichtempfindliche Bromsilber-schicht anbrachten. Nach der Belichtung und Entwicklung entsteht schließlich auf der Aufnahmeplatte selbst ein positives, durchsichtiges Bild in natürlichen Farben, das aber nicht, wie die gewöhnliche Photographie auf Papier übertragen werden kann.

Ueber die Leistungen des Lumière'schen Verfahrens konnte sich das große Publikum bisher noch kein Urteil bilden, weil in der Öffentlichkeit sehr wenig davon zu sehen war. Selbst die vorjährige internationale photographische Ausstellung in Dresden brachte nur einzelne, nicht einmal durchweg vollkommene Arbeiten nach dem Lumière'schen Verfahren. Daß die Leistungen dieses Verfahrens in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt sind, hat seinen Grund: Für den berufsmäßigen Porträtfotographen kommt das Verfahren kaum in Betracht. Seine Ausübung beschränkt sich in der Hauptsache auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Amateuren. — Am Sonnabend wurde — unseres Wissens zum erstenmal in Berlin — der Öffentlichkeit eine Vorführung von Bildern nach der Lumière'schen Methode geboten. Das geschah in der Urania durch Herrn Hans Hildebrand aus Stuttgart. Er führte Aufnahmen, die auf Platten 13 mal 18 Zentimeter gemacht sind, mit dem Projektionsapparat in etwa 10 bis 12facher Vergrößerung vor. Die Farben waren von einer überraschenden Natürlichkeit, sowohl in den Wiedergaben von Gemälden, als auch in den nach der Natur gemachten Aufnahmen von Landschaften, Blumen und Stillleben. Die lange Reihe stimmungsvoller Bilder von unübertroffener Naturwahrheit hat nicht nur für den, der sich für die Farbenphotographie interessiert, lebhaftes Interesse, sondern sie bieten auch rein als Bilder betrachtet einen künstlerischen Genuß. Die Vorführung wird am Montag wiederholt.

Der Wochenbeschauer.

Die Photographie in natürlichen Farben ist durch die seit etwa zwei Jahren in die Praxis eingeführte Erfindung der Brüder Lumière in Lyon wesentlich vereinfacht worden. Während nach dem älteren Verfahren für eine Photographie, die in natürlichen Farben reproduziert werden sollte, drei Aufnahmen durch farbige Gläser (blau, gelb und rot) gemacht werden mußten, gestattet die Lumière'sche Erfindung die Herstellung eines Bildes in natürlichen Farben durch eine einzige Aufnahme. Das wesentliche der Lumière'schen Erfindung besteht darin, daß die Erfinder die farbigen Filter in Gestalt mikroskopisch kleiner gefärbter Stärkekörnchen auf die Glasplatte auftrugen und darüber die lichtempfindliche Bromsilber-schicht anbrachten. Nach der Belichtung und Entwicklung entsteht schließlich auf der Aufnahmeplatte selbst ein positives, durchsichtiges Bild in natürlichen Farben, das aber nicht, wie die gewöhnliche Photographie auf Papier übertragen werden kann.

Ueber die Leistungen des Lumière'schen Verfahrens konnte sich das große Publikum bisher noch kein Urteil bilden, weil in der Öffentlichkeit sehr wenig davon zu sehen war. Selbst die vorjährige internationale photographische Ausstellung in Dresden brachte nur einzelne, nicht einmal durchweg vollkommene Arbeiten nach dem Lumière'schen Verfahren. Daß die Leistungen dieses Verfahrens in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt sind, hat seinen Grund: Für den berufsmäßigen Porträtfotographen kommt das Verfahren kaum in Betracht. Seine Ausübung beschränkt sich in der Hauptsache auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Amateuren. — Am Sonnabend wurde — unseres Wissens zum erstenmal in Berlin — der Öffentlichkeit eine Vorführung von Bildern nach der Lumière'schen Methode geboten. Das geschah in der Urania durch Herrn Hans Hildebrand aus Stuttgart. Er führte Aufnahmen, die auf Platten 13 mal 18 Zentimeter gemacht sind, mit dem Projektionsapparat in etwa 10 bis 12facher Vergrößerung vor. Die Farben waren von einer überraschenden Natürlichkeit, sowohl in den Wiedergaben von Gemälden, als auch in den nach der Natur gemachten Aufnahmen von Landschaften, Blumen und Stillleben. Die lange Reihe stimmungsvoller Bilder von unübertroffener Naturwahrheit hat nicht nur für den, der sich für die Farbenphotographie interessiert, lebhaftes Interesse, sondern sie bieten auch rein als Bilder betrachtet einen künstlerischen Genuß. Die Vorführung wird am Montag wiederholt.

Ueber die Leistungen des Lumière'schen Verfahrens konnte sich das große Publikum bisher noch kein Urteil bilden, weil in der Öffentlichkeit sehr wenig davon zu sehen war. Selbst die vorjährige internationale photographische Ausstellung in Dresden brachte nur einzelne, nicht einmal durchweg vollkommene Arbeiten nach dem Lumière'schen Verfahren. Daß die Leistungen dieses Verfahrens in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt sind, hat seinen Grund: Für den berufsmäßigen Porträtfotographen kommt das Verfahren kaum in Betracht. Seine Ausübung beschränkt sich in der Hauptsache auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Amateuren. — Am Sonnabend wurde — unseres Wissens zum erstenmal in Berlin — der Öffentlichkeit eine Vorführung von Bildern nach der Lumière'schen Methode geboten. Das geschah in der Urania durch Herrn Hans Hildebrand aus Stuttgart. Er führte Aufnahmen, die auf Platten 13 mal 18 Zentimeter gemacht sind, mit dem Projektionsapparat in etwa 10 bis 12facher Vergrößerung vor. Die Farben waren von einer überraschenden Natürlichkeit, sowohl in den Wiedergaben von Gemälden, als auch in den nach der Natur gemachten Aufnahmen von Landschaften, Blumen und Stillleben. Die lange Reihe stimmungsvoller Bilder von unübertroffener Naturwahrheit hat nicht nur für den, der sich für die Farbenphotographie interessiert, lebhaftes Interesse, sondern sie bieten auch rein als Bilder betrachtet einen künstlerischen Genuß. Die Vorführung wird am Montag wiederholt.

Ueber die Leistungen des Lumière'schen Verfahrens konnte sich das große Publikum bisher noch kein Urteil bilden, weil in der Öffentlichkeit sehr wenig davon zu sehen war. Selbst die vorjährige internationale photographische Ausstellung in Dresden brachte nur einzelne, nicht einmal durchweg vollkommene Arbeiten nach dem Lumière'schen Verfahren. Daß die Leistungen dieses Verfahrens in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt sind, hat seinen Grund: Für den berufsmäßigen Porträtfotographen kommt das Verfahren kaum in Betracht. Seine Ausübung beschränkt sich in der Hauptsache auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Amateuren. — Am Sonnabend wurde — unseres Wissens zum erstenmal in Berlin — der Öffentlichkeit eine Vorführung von Bildern nach der Lumière'schen Methode geboten. Das geschah in der Urania durch Herrn Hans Hildebrand aus Stuttgart. Er führte Aufnahmen, die auf Platten 13 mal 18 Zentimeter gemacht sind, mit dem Projektionsapparat in etwa 10 bis 12facher Vergrößerung vor. Die Farben waren von einer überraschenden Natürlichkeit, sowohl in den Wiedergaben von Gemälden, als auch in den nach der Natur gemachten Aufnahmen von Landschaften, Blumen und Stillleben. Die lange Reihe stimmungsvoller Bilder von unübertroffener Naturwahrheit hat nicht nur für den, der sich für die Farbenphotographie interessiert, lebhaftes Interesse, sondern sie bieten auch rein als Bilder betrachtet einen künstlerischen Genuß. Die Vorführung wird am Montag wiederholt.

Ueber die Leistungen des Lumière'schen Verfahrens konnte sich das große Publikum bisher noch kein Urteil bilden, weil in der Öffentlichkeit sehr wenig davon zu sehen war. Selbst die vorjährige internationale photographische Ausstellung in Dresden brachte nur einzelne, nicht einmal durchweg vollkommene Arbeiten nach dem Lumière'schen Verfahren. Daß die Leistungen dieses Verfahrens in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt sind, hat seinen Grund: Für den berufsmäßigen Porträtfotographen kommt das Verfahren kaum in Betracht. Seine Ausübung beschränkt sich in der Hauptsache auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Amateuren. — Am Sonnabend wurde — unseres Wissens zum erstenmal in Berlin — der Öffentlichkeit eine Vorführung von Bildern nach der Lumière'schen Methode geboten. Das geschah in der Urania durch Herrn Hans Hildebrand aus Stuttgart. Er führte Aufnahmen, die auf Platten 13 mal 18 Zentimeter gemacht sind, mit dem Projektionsapparat in etwa 10 bis 12facher Vergrößerung vor. Die Farben waren von einer überraschenden Natürlichkeit, sowohl in den Wiedergaben von Gemälden, als auch in den nach der Natur gemachten Aufnahmen von Landschaften, Blumen und Stillleben. Die lange Reihe stimmungsvoller Bilder von unübertroffener Naturwahrheit hat nicht nur für den, der sich für die Farbenphotographie interessiert, lebhaftes Interesse, sondern sie bieten auch rein als Bilder betrachtet einen künstlerischen Genuß. Die Vorführung wird am Montag wiederholt.

Ueber die Leistungen des Lumière'schen Verfahrens konnte sich das große Publikum bisher noch kein Urteil bilden, weil in der Öffentlichkeit sehr wenig davon zu sehen war. Selbst die vorjährige internationale photographische Ausstellung in Dresden brachte nur einzelne, nicht einmal durchweg vollkommene Arbeiten nach dem Lumière'schen Verfahren. Daß die Leistungen dieses Verfahrens in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt sind, hat seinen Grund: Für den berufsmäßigen Porträtfotographen kommt das Verfahren kaum in Betracht. Seine Ausübung beschränkt sich in der Hauptsache auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Amateuren. — Am Sonnabend wurde — unseres Wissens zum erstenmal in Berlin — der Öffentlichkeit eine Vorführung von Bildern nach der Lumière'schen Methode geboten. Das geschah in der Urania durch Herrn Hans Hildebrand aus Stuttgart. Er führte Aufnahmen, die auf Platten 13 mal 18 Zentimeter gemacht sind, mit dem Projektionsapparat in etwa 10 bis 12facher Vergrößerung vor. Die Farben waren von einer überraschenden Natürlichkeit, sowohl in den Wiedergaben von Gemälden, als auch in den nach der Natur gemachten Aufnahmen von Landschaften, Blumen und Stillleben. Die lange Reihe stimmungsvoller Bilder von unübertroffener Naturwahrheit hat nicht nur für den, der sich für die Farbenphotographie interessiert, lebhaftes Interesse, sondern sie bieten auch rein als Bilder betrachtet einen künstlerischen Genuß. Die Vorführung wird am Montag wiederholt.

Ueber die Leistungen des Lumière'schen Verfahrens konnte sich das große Publikum bisher noch kein Urteil bilden, weil in der Öffentlichkeit sehr wenig davon zu sehen war. Selbst die vorjährige internationale photographische Ausstellung in Dresden brachte nur einzelne, nicht einmal durchweg vollkommene Arbeiten nach dem Lumière'schen Verfahren. Daß die Leistungen dieses Verfahrens in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt sind, hat seinen Grund: Für den berufsmäßigen Porträtfotographen kommt das Verfahren kaum in Betracht. Seine Ausübung beschränkt sich in der Hauptsache auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Amateuren. — Am Sonnabend wurde — unseres Wissens zum erstenmal in Berlin — der Öffentlichkeit eine Vorführung von Bildern nach der Lumière'schen Methode geboten. Das geschah in der Urania durch Herrn Hans Hildebrand aus Stuttgart. Er führte Aufnahmen, die auf Platten 13 mal 18 Zentimeter gemacht sind, mit dem Projektionsapparat in etwa 10 bis 12facher Vergrößerung vor. Die Farben waren von einer überraschenden Natürlichkeit, sowohl in den Wiedergaben von Gemälden, als auch in den nach der Natur gemachten Aufnahmen von Landschaften, Blumen und Stillleben. Die lange Reihe stimmungsvoller Bilder von unübertroffener Naturwahrheit hat nicht nur für den, der sich für die Farbenphotographie interessiert, lebhaftes Interesse, sondern sie bieten auch rein als Bilder betrachtet einen künstlerischen Genuß. Die Vorführung wird am Montag wiederholt.

Ueber die Leistungen des Lumière'schen Verfahrens konnte sich das große Publikum bisher noch kein Urteil bilden, weil in der Öffentlichkeit sehr wenig davon zu sehen war. Selbst die vorjährige internationale photographische Ausstellung in Dresden brachte nur einzelne, nicht einmal durchweg vollkommene Arbeiten nach dem Lumière'schen Verfahren. Daß die Leistungen dieses Verfahrens in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt sind, hat seinen Grund: Für den berufsmäßigen Porträtfotographen kommt das Verfahren kaum in Betracht. Seine Ausübung beschränkt sich in der Hauptsache auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Amateuren. — Am Sonnabend wurde — unseres Wissens zum erstenmal in Berlin — der Öffentlichkeit eine Vorführung von Bildern nach der Lumière'schen Methode geboten. Das geschah in der Urania durch Herrn Hans Hildebrand aus Stuttgart. Er führte Aufnahmen, die auf Platten 13 mal 18 Zentimeter gemacht sind, mit dem Projektionsapparat in etwa 10 bis 12facher Vergrößerung vor. Die Farben waren von einer überraschenden Natürlichkeit, sowohl in den Wiedergaben von Gemälden, als auch in den nach der Natur gemachten Aufnahmen von Landschaften, Blumen und Stillleben. Die lange Reihe stimmungsvoller Bilder von unübertroffener Naturwahrheit hat nicht nur für den, der sich für die Farbenphotographie interessiert, lebhaftes Interesse, sondern sie bieten auch rein als Bilder betrachtet einen künstlerischen Genuß. Die Vorführung wird am Montag wiederholt.

Ueber die Leistungen des Lumière'schen Verfahrens konnte sich das große Publikum bisher noch kein Urteil bilden, weil in der Öffentlichkeit sehr wenig davon zu sehen war. Selbst die vorjährige internationale photographische Ausstellung in Dresden brachte nur einzelne, nicht einmal durchweg vollkommene Arbeiten nach dem Lumière'schen Verfahren. Daß die Leistungen dieses Verfahrens in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt sind, hat seinen Grund: Für den berufsmäßigen Porträtfotographen kommt das Verfahren kaum in Betracht. Seine Ausübung beschränkt sich in der Hauptsache auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Amateuren. — Am Sonnabend wurde — unseres Wissens zum erstenmal in Berlin — der Öffentlichkeit eine Vorführung von Bildern nach der Lumière'schen Methode geboten. Das geschah in der Urania durch Herrn Hans Hildebrand aus Stuttgart. Er führte Aufnahmen, die auf Platten 13 mal 18 Zentimeter gemacht sind, mit dem Projektionsapparat in etwa 10 bis 12facher Vergrößerung vor. Die Farben waren von einer überraschenden Natürlichkeit, sowohl in den Wiedergaben von Gemälden, als auch in den nach der Natur gemachten Aufnahmen von Landschaften, Blumen und Stillleben. Die lange Reihe stimmungsvoller Bilder von unübertroffener Naturwahrheit hat nicht nur für den, der sich für die Farbenphotographie interessiert, lebhaftes Interesse, sondern sie bieten auch rein als Bilder betrachtet einen künstlerischen Genuß. Die Vorführung wird am Montag wiederholt.

Beim Kapitel

„Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung“ weist Abg. von Bülow-Hamburg (nall.) auf den Wert eines einheitlichen Bebauungsplanes für Groß-Berlin hin.

Abg. Liebknecht (Soz.): Das Berliner Polizeipräsidium entfaltet eine ungeheure politische Tätigkeit. Von einer ungeheuren Anzahl Personen, die im Vordergrund des politischen Lebens stehen, besitzt es Personalakten,

es bildet den Zentralpunkt der gesamten politischen Polizei in Preußen. In dem

Kampf gegen Turnvereine, denen Sozialdemokraten angehören,

geht es genau so vor wie gegen die dänischen und polnischen Turnvereine. Die Lehrer, die dort ohne besondere Lehrerlaubnis Turnunterricht geben, werden schwer bestraft. Ja, man nimmt selbst die Gastwirte, die solchen Turnvereinen Unterkunft gewähren, in Strafe! Das Berliner Landgericht I hat erst vor kurzem das Berliner Polizeipräsidium und das Kultusministerium zur Ordnung gerufen, indem es ein solches Vorgehen

für ungesetzlich erklärt

hat! Sogar Jugendhöre, von denen man annimmt, daß ihre Mitglieder auf dem Boden der proletarischen Weltanschauung stehen, werden fortgesetzt skandaliert. Personen, die wegen welcher geringfügiger Delikte in Untersuchungshaft genommen sind, werden wie Verbrecher photographiert und in das Verbrecheralbum aufgenommen! In einer Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten vom 16. Januar 1908 wird dies zwangsweise Photographieren damit „gerechtfertigt“, daß der betreffende Anarchist sei und als solcher einer Partei angehöre, die den Umsturz der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bezwecke und deren Tun und Treiben deshalb von der Polizei pflichtgemäß überwacht werden müsse! (Hört! hört! b. d. Soz.) Diese „Begründung“ ist skandalös. Danach kann jeder Sozialdemokrat nach Auffassung der Polizei in dieser entwürdigenden und beleidigenden Art zwangsweise photographiert werden. Nach dieser Begründung können auch Polen, Dänen und vielleicht auch einmal die Herren vom Zentrum in das Verbrecheralbum gebracht werden! Im Interesse der Kulturlehre Preußens sollten sich die verschiedensten Parteien dieses Hauses gegen solche Übergriffe der Polizei wenden.

Ferner möchte ich fragen, ob es richtig ist, daß die verächtliche russische Polizeigewaltin Zutschenko, alias Vernegroff sich jetzt wieder mit Genehmigung der Polizei in Charlottenburg aufhält. Es ist dies bekanntlich ein der jämmerlichsten, moralisch forumpierendsten Individuen, die es jemals in der politischen Geschichte gegeben hat; sie hat alle möglichen Opfer an den Selgen geliefert, hat unerhörte Provokationen getrieben, sich im Ausland von der russischen freigeistigen Jugend als Märtyrerin für die russische Freiheit berechnen lassen und zu gleicher Zeit als

weiblicher Judas im Dienste der Polizei

gestanden! Es ist kein Zweifel, daß sie ihre jetzige Anwesenheit in Charlottenburg benutz, um ihre verbrecherische niederträchtige Tätigkeit fortzusetzen.

Ferner möchte ich fragen, ob der Berliner Polizeipräsident darüber unterrichtet ist, daß nach unwidersprochenen Zeitungsmeldungen die russische politische Polizei in Brüssel und Namur unter Leitung des berühmten

Sarting-Landessen

jetzt wieder eine Zentrale für auswärtige Spionage eingerichtet hat und daß

in Berlin eine Unterzentrale zu demselben Zweck für Deutschland, Oesterreich und die

sämtlichen skandinavischen Länder eingerichtet worden ist! In Berlin dürfen ja diese Spigeli ihre Tätigkeit ungehindert, ja mit Unterstützung der Polizei entfalten.

Die Berliner Polizei arbeitet geradezu in Kompagnie mit den erbärmlichsten russischen Spiegeln. 1907 wurde bekanntlich eine Kozzia unternommen gegen die Berliner russische Gesandtschaft. Sie wurde aufgelöst und viele Russen wurden ausgewiesen. Die Polizei scheint nachher eingesehen zu haben, daß sie sich damit gewissermaßen ins eigene Fleisch geschnitten hat, indem sie sich der Möglichkeit beraubte, die Tätigkeit der in Berlin anwesenden Russen

ganzspiel inszenierte „Judith“ nun auch auf dem Deutschen Theater erscheinen. Würdig reicht sich die Aufführung dem besten, was an diese Städte geboten wurde, an. Die seltsame Dichtung, in die der junge Hebbel, künstlich konstruierend, allerhand vieldeutig schillernde Gedanken über die Gottesvorstellungen der Menschheit, das Verhältnis von Juden- und Heidentum, den Gegensatz und Kampf der Geschlechter hineinbetrieben, glühte und flammte in dieser Wiedergabe, griff wie der Anblick eines imposanten Natur-schauspiels an das Herz.

Glänzend war schon der Kontakt des ersten Akts: Der grausame, zuchtlose, zum Uebermenschen aufgeblähte Holofernes Wegeners, der mit wollüstig verzücktem Lächeln von einer Zukunft träumt, wo er, ein Herrscher über die ganze Erde, zugleich als Gott angebetet werden wird. Der Schauspieler verstand mit feinem Takt, die Hintergründe, aus denen die Selbstvergötterung ihre Nahrung zieht, durchscheinen zu lassen und, ohne der Gestalt etwas von ihrer Furchtbarkeit zu nehmen, die Illusion des Möglichen zu wahren.

In nochwilliger Steigerung schlossen sich die Judith-Szenen an, in denen Lilla Durieux immer eigenartiger und mannig-facher ausblühendes Talent jede Erwartung übertraf. Mit einer nachwandlerischen Sicherheit brachte sie die viel verschlungenen Füge der Judith, ihre geheimnisvolle Innerlichkeit zum Leuchten. Weibliche Sinnenjehnsucht, der Drang, die Schranken des Geschlechts durch eine große heldenhafte Vefreiertheit zu überspringen, religiös begeisterte Ekstase und die böhrende Verzweiflung, als sie die blutige Tat vollendet, doch nicht in jenem Weite vollendet hat, in dem ihr die Aufgabe geworden — das alles sprach in Akzenten fortwährender Ueberzeugungskraft. Die Erzählung ihres wunder-samen, auf Mythen der Zukunft deutenden Geschicks war eine bedeutsame Ouvertüre. Ein wilder Farbenbrand, entrollt sich das Gemälde der natürlichen Szenen im Lager des Holofernes.

Die Volksgesängen im delagerien Partien zeigten wieder von Reinhardt's merkwürdiger Regiekunst. Die Bewegung der ver-durftenden, von Zeit zu Zeit in laute Klage ausbrechenden Menschen von malerisch-epischem wunderbar geledert und schnell beim Auftreten des von Schildkrout trefflich dargestellten Pro-phezen zu losender Brandung an. Im Schlusssatz freilich hätte man eine kargere Zusammenfassung der Eendsbilder wünschen mögen. Dauernte die Aufführung doch ohnehin vier Stunden. dr.

Notizen.

Beiträge. Im Institut für Meereskunde spricht am Dienstag, den 1. März, Dr. M. Bonn-München: „Ueber die Regierung der Kolonien“; Freitag, den 4. Graf Parisch-Wien über: „Sturmzüge im Süd-Atlantik“, unter Vorführung von Lichtbildern, die er auf einer Fahrt um Kap Horn aufgenommen hat.

Beiträge. Im Institut für Meereskunde spricht am Dienstag, den 1. März, Dr. M. Bonn-München: „Ueber die Regierung der Kolonien“; Freitag, den 4. Graf Parisch-Wien über: „Sturmzüge im Süd-Atlantik“, unter Vorführung von Lichtbildern, die er auf einer Fahrt um Kap Horn aufgenommen hat.

auf eine ziemlich bequeme Weise zu beobachten. Man ist dann in inoffizieller Weise an die Ruffen herangetreten, sie möchten doch wieder eine Leschalle gründen, die Polizei würde nichts dagegen haben! Natürlich lehnte man dies „freundliche Ansuchen“ ab. Inzwischen ist aber in Berlin eine

nene Leschalle

gegründet worden, von der der dringendste Verdacht besteht, daß sie von russischen Spiegeln im Einverständnis mit der Berliner Polizei ausgeht! Es sind Untersuchungen angestellt über die Herkunft des Materials, der Gelder und Bücher, und die betreffenden Personen haben sich in solche Widersprüche verwickelt, und sich solche Unwahrheiten zuschulden kommen lassen, daß der dringendste Verdacht besteht, daß man es hier mit den unsaubersten Persönlichkeiten zu tun hat. In der Leitung der Leschalle sitzt eine Persönlichkeit, die seit langem als Spiegl bereits entlarvt ist. Es wird noch eine genauere Untersuchung darüber stattfinden, aber ich möchte schon jetzt von dieser Stelle aus an alle in Berlin lebenden Ruffen die Mahnung richten, daß sie dieser Leschalle mit äußerster Vorsicht gegenüber stehen und in diese Polizeifälle nicht hineingeraten!

Weiter möchte ich auf folgenden Vorfall hinweisen:

Am Februar 1909 befand sich hier ein russischer Schriftsteller Ananjin, um einige ganz unpolitische Vorträge literarischen Charakters zu halten. Er erhielt Zirkulare an verschiedene russische Studentengruppen in Deutschland; ob sie auch von ihm Vorträge haben möchten. Gerade in dem Moment, als er die Antworten bei sich hatte, verhaftete ihn die Berliner Polizei, nahm ihm die Schriftstücke ab, und nun wurde in ganz Deutschland herumtelegraphiert und eine Razzia veranstaltet. Man konstruierte das Bestehen einer russischen Geheimbündel! In dem Prozeß, der im Juni veranlaßt wurde, sind die meisten Angeklagten freigesprochen worden, eine geringere Zahl zu geringen Strafen verurteilt, da anerkannt wurde, daß sie irgendwelche schädlichen Zwecke nicht verfolgt hätten, sondern der einzige Grund für die Verhaftung die Angst vor den russischen Spiegeln in Preußen gewesen sei. Das Gericht stellte dabei fest, daß eine Geheimhaltung vor russischen Spiegeln identisch sei mit einer Geheimhaltung vor preussischen Polizei, hielt also die Solidarität zwischen den in Deutschland lebenden russischen Spiegeln und der preussischen Polizei für etwas Selbstverständliches. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Berliner Polizei hatte auch an die österreichische Polizeiverwaltung eine Warnung geschickt; diese hat sie aber ebenfalls abhändigen lassen, wie in dem bekannten Königberger Prozeß das Berliner Polizeipräsidium von der Schweizer Polizei abgelehnt wurde. Der Prozeß wurde unter dem Namen Grinblatt u. Gen. im Juni in Dresden verhandelt. In dem Prozeß wurde ein Brief eines gewissen Pekin an Ananjin verlesen, in dem es nach der beglaubigten Uebersetzung der 7. Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums hieß:

„Da die Vorträge hier geheim (konspirativ) veranstaltet werden, so bitten wir Sie, mitzutheilen, unter welchem Namen Sie hier auftreten wollen.“

Am zweiten Tage wurde auf Verlangen des Verteidigers das Original des Briefes vorgelesen, und es stellte sich heraus, daß die Stelle folgendermaßen hieß:

„Da die Vorträge hier legal öffentlich mit Anmeldung bei der Polizei veranlaßt werden, so bitten wir Sie mitzutheilen...“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es hatte also hier irgendjemand Halunke, um die Ruffen hineinzulegen, den Brief genau in das Gegenteil gefälscht! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Gericht war so konfunderter über diese

bewiesene Fälschung des Berliner Polizeipräsidiums,

daß der Vorsitzende von dem Augenblick an einen ganz anderen Ton gegen die Angeklagten anschlug, und daß in der Begründung des Urteils ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß die Art und Weise, in der die in Deutschland lebenden Ruffen von der Polizei behandelt werden, ihnen allerdings die größte Vorsicht zur Pflicht macht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich frage den Herrn Minister als Vorgesetzten des Berliner Polizeipräsidiums, ob er über diese infame Fälschungsgeschichte, die sich während den Fälschungen im Königberger Hochverratsprozeß ereignet, orientiert ist und befriedigende Erklärungen abgeben kann darüber, ob Remede stattgefunden hat und ob der erbärmliche Schuft, der die Fälschung gemacht hat, zum Teufel gejagt ist. Wir können verlangen, daß die Polizei, nachdem sie gegenüber anständigen, wenn auch politisch mißliebigen Ruffen eine derart unerhörte Praxis zur Anwendung bringt, nicht im allerhöchsten Maße unsauberen Individuen, die aus Russland kommen, Unterschlupf gewährt. Wir sind gewiß Gegner jeglicher Ausweisungen. Aber wenn man es für zulässig hält, politisch mißliebige Ausländer zur Schande Deutschlands und zur Ehre der russischen Krone auszuweisen, dann haben wir das gute Recht, zu verlangen, daß das Berliner Polizeipräsidium diese Schufte und Judasse, die nach Deutschland kommen, daß es diese ganze Bande zum Teufel hinausjagt. (Beifalliges Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Auf eine Anregung des Abg. Fahbender (Z.) erklärt Minister v. Nolffe: Es ist mir bekannt, daß das gewöhnliche Tragen von Schuhschnecken, das wir jetzt konstatieren müssen, dazu führt, daß Zwitschkeiten, die zuerst einen harmlosen Charakter tragen, leicht einen blutigen Verlauf nehmen. Wir sind bemüht, Abhilfe zu schaffen. Auf gesetzliche Wege läßt sich das vorerhand nicht machen, sondern nur auf dem Verwaltungswege. Für Berlin steht die Regelung unmittelbar bevor.

Abg. Stroffer (L.): Der Abgeordnete Viehnacht stellt es so dar, als ob die Ruffen, die überwacht werden, ganz harmlose Leute wären. Ich erinnere daran, daß sie die Giftfreundschaft, die sie genießen, schon in schänder Weise gemißbraucht haben. Denken Sie nur an die Waffenhande und an die Waffenschmuggelleien für die Revolution. (Lebhafte Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Ob der von Dr. Viehnacht verlesene Brief wirklich gefälscht ist oder nicht, lasse ich dahingestellt. Man hat mir gestern auch vorgelesen, ich hätte ein Zitat aus dem Buche „Der historische Materialismus“ von Gorter gefälscht. Ich habe mir inzwischen das Buch verschafft und halte alles aufrecht, was ich gestern gesagt habe. (Hört! hört! rechts.) Es steht wörtlich in dem Buche drin, was ich gestern aus der „Schlesischen Zeitung“ vorgelesen habe. (Hört! hört! rechts.) Im übrigen kann ich den Minister nur bitten, sein ganzes Augenmerk auf die sich hier aufhaltenden Ruffen zu richten. (Bravol rechts.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Es ist mir unbegreiflich, wie nach der gestrigen Debatte und nachdem der Abgeordnete Stroffer angeblich das Buch von Gorter gelesen hat, dieser Herr noch die Stirn haben kann, sich hier hinzustellen und zu erklären...

Vizepräsident Dr. Borsch:

Das dürfen Sie von einem Mitgliede dieses Hauses nicht sagen.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Ich will nachweisen, daß das, was ich gestern behauptet habe, den Tatsachen entspricht. Herr Stroffer hat gestern zitiert:

„Der Klassenkampf ist ein gut Teil der Sittlichkeit. Nur innerhalb der Klasse kann auf dem Gebiete des Klassenkampfes noch von irgendeinem sittlichen Gebot die Rede sein; der anderen Klasse gegenüber gilt das höchste sittliche Gebot ebensowenig wie dem Feind gegenüber.“

Ich lege kein Gewicht darauf, daß zwischen diesen beiden Sätzen ein Satz fehlt, der etwa 4 Druckzeilen umfaßt. Dagegen

ist folgendes von entscheidender Bedeutung: Herr Stroffer fährt nämlich unmittelbar im Anschluß an diese Sätze fort:

„Der Arbeiter wird den Unternehmer nicht belügen und betrügen, wo er nur kann.“

Ich stelle fest, daß zwischen den von mir vorhin verlesenen und diesen Worten nicht weniger als 10 Druckseiten stehen, die Herr Stroffer ausgelassen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber nicht nur das. Um die letzten Worte in einem logischen Zusammenhang zu bringen mit dem, was ich zuerst verlesen hatte, ist auch der Anfang dieser Worte direkt gefälscht worden. Auf den 10 ausgelassenen Seiten untersucht der Verfasser die Kräfte, die beim Menschen tätig sind. Er weist, gestützt auf Darwin, nach, daß in der menschlichen Brust ein Drang, anderen zu helfen, lebt; ein sittliches Gebot rein idiosyncratisch, ja tierischen Ursprungs, daß aber durch den Kampf um's Eigentum, durch die Konkurrenz und den Klassenkampf die Umkehrung dieses Gesetzes immer verschieden ist, und daß gegenüber Klassengenossen das Sittengesetz ganz anders lautet als gegenüber Klassengegnern. Und nun stellt Gorter fest, daß das, was er eben behauptet hat, auf den Unternehmer zutrifft, und nachdem er das festgestellt hat, fährt er fort: „Umgekehrt wird auch der Arbeiter den Unternehmer nicht belügen und betrügen, wo er nur kann.“ Diese Worte sind verwandelt worden in die Worte: „Der Arbeiter wird den Unternehmer nicht belügen und betrügen usw.“ Wenn das das Zitierte eines wissenschaftlichen Werkes ist, wenn das keine Fälschung ist, dann weiß ich nicht, was eine Fälschung ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; Inruhe rechts.) Nach diesen Worten Gorters kommen dann die Worte, mit denen Herr Stroffer sein Zitat schloß. Aber auch da zwischen steht wieder eine ganze Druckseite. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich überlasse es dem Urteil des Hauses, selbst zu entscheiden, ob das, was Herr Stroffer verlesen hat, eine Fälschung ist oder nicht. Jeder, der noch seinen gesunden Menschenverstand besitzt, wird mir zugeben, daß es eine Fälschung ist. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stroffer (L.): Ich kann hier doch nicht ein ganzes Buch vorlesen. (Heiterkeit.) Durch das Wort „umgekehrt“ wird der Sinn in keiner Weise geändert. Das, worauf es mir ankommt, steht in dem Buche für jeden klar und deutlich zu lesen. Auch ich überlasse das Urteil dem hohen Hause.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Jeder, der einmal ein wissenschaftliches Werk gelesen hat — und es handelt sich hier um ein philosophisches wissenschaftliches Werk — wird mir zugeben, daß man nicht so zitieren darf, wie Herr Stroffer es getan hat. Ich halte ihm zugute, daß er in der kurzen Zeit dieses philosophischen Werkes nicht verstehen konnte. Er wirft durcheinander das, was Gorter selbst sagt, und das, was er als Einwendungen wiedergibt.

Abg. Stroffer (L.): Das ist nicht wahr! Im übrigen war ich genötigt, den Vortrag, den mir der „Vorwärts“ macht, ich hätte ein Zitat gefälscht, zurückzuweisen.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Ob der „Vorwärts“ das behauptet hat, weiß ich nicht. Nicht gegen den „Vorwärts“, sondern gegen mich hat sich Herr Stroffer gewendet.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag, 11 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Eine Resolution der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verlangt einen Gesetzentwurf, wonach der § 8 des Wahlgesetzes dahin ergänzt werden soll, daß die einzelnen Kreiswahlkreise, die während einer Legislaturperiode notwendig werden, innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach Erledigung des Mandats vorgenommen werden müssen.

Kali.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs über den Abzug von Kalisalzen trat Freitag vormittag zusammen. Es lagen ihr drei Anträge zur Beratung vor. Nr. 1 vom Zentrum und Nr. 2 von den Sozialdemokraten gestellt, verlangte die Vorlegung von Materialien, auf Grund deren die Weiterberatung stattfinden soll. Abg. Kölle (Wirtsch. Ag.) verlangt, daß die Regierung Material über die amerikanischen Kaliverkäufe der Schmidtmanngruppe beibringe, und daß die Akten eines beim Landgericht Nordhausen gegen Schmidtmanngruppe geführten Prozesses der Kommission vorgelegt werden. Abg. Gotthein beantragte die Vorlage einer geologischen Karte, aus der das Vorkommen von Kalisalzen ersichtlich ist. Auch die Wahrscheinlichkeit des Vorkommens in Nachbarländern müsse geprüft werden.

Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder stellen noch den Antrag: Die Regierung möge alle bundesstaatlichen Gesetzesbestimmungen über die Gewinnung von Mineralien für die Kommission zusammenstellen.

In der Diskussion sagt Handelsminister Schow zunächst nur die Erfüllung des Zentrumsantrags zu. Erst nach eingehender mehrfacher Begründung des sozialdemokratischen Antrags durch Genossen Du e erklärt sich Schow bereit, „so weit wie möglich“ dem Antrage gerecht zu werden. Der einzige Abgeordnete, der sich gegen den sozialdemokratischen Antrag wendet, ist der Nationalliberale Bärwald. Er will die Hinzuziehung der Grubenvorstands- und Aufsichtsratsmitglieder unter keinen Umständen haben. Genosse Que entgegnet ihm, daß diese Kenntnis dringend notwendig ist, um zu zeigen, um einen wie kleinen Kreis von Interessenten es sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf handelt. Die Regierungsvertreter werfen die Frage der vertraulichen Behandlung des vorgelegten Materials auf. Die Mehrheit der Kommission läßt keinen Zweifel darüber, daß sie nicht gewillt ist, dem Vertraulichkeitsanspruch der Regierungen, wie er sich in letzter Zeit breit macht, ohne weiteres Rechnung zu tragen. Es soll die Frage der vertraulichen Behandlung wohl geprüft, aber nur im äußersten Notfall beschlossen werden. In der Abstimmung wurde auf Antrag des Zentrums einstimmig beschlossen:

den Reichstagspräsidenten zu ersuchen, das folgende Material als Unterlage der Kommissionsberatung zur Verfügung zu stellen:

- Nachweise über:
1. alle bestehenden Kaliwerke (getrennt nach Kalinit- und Sulfatkalien):
 - a) der im Betrieb befindlichen fiskalischen und privaten,
 - b) der im Bau befindlichen,
 - c) der Vorkagegesellschaften und sonstigen Besitzer verlassener, aber noch nicht erschlossener Grubengebiete, nebst Angabe des ihnen gehörigen Feldbestandes;
 2. die durch Vorkagen und sonstige Aufschlüsse festgestellten Kalialismengen des zu 1. erwähnten Bestandes;
 3. die Jahresrechnungen der einzelnen Werke für die Jahre 1900 bis 1909, insoweit solche in diesen Jahren schon im Betrieb gewesen sind, mit Angabe der in diesen Jahren produzierten und verkauften Kalimengen;
 4. die Herstellungs- (Gewinnungs-)kosten der hauptsächlichsten Sorten Rohsalze und Fabrikate
 - a) in den staatlichen Betrieben,
 - b) in den privaten Betrieben für die Jahre 1900/1909;
 5. die Verkaufspreise für die gleiche Periode
 - a) für das Inland,
 - b) für das Ausland,unter Angabe der hierauf gewährten Rabatte, Provisionen, Beiträge an Verbände, Propagandaanschüsse und dergleichen sowie die heute geltenden Syndikatspreise für das Inland;
 6. die Anlagelkosten aller im Betrieb befindlichen Kaliwerke unter Angabe, wie weit solche durch Zubußen, Aktienkapital, Obligationen oder Aufwendungen aus dem Betriebsergebnis aufgebracht worden sind;
 7. die in den Jahren 1900/1909 erzielten Betriebsüberschüsse der einzelnen Werke und deren Verwendung
 - a) für Anlagen und Betriebsvervielfachung,

- b) für Ausbeuten, Dividenden und Lohntemen;
8. die in den Jahren 1900 bis 1907 und in den Jahren 1908/1910 erfolgten Feldbestellungen (§ 24) und die dafür gewährten Kaufpreise oder sonstigen Abfindungen;
 9. die Schätzpreise eines jeden bereits bestehenden Kaliwerks, nebst Angabe, ob solche untereinander oder mit denen anderer Werke durchschlagig sind;
 10. die in der gleichen Periode erfolgten Kostenübertragungen (§ 29) und die dafür gezahlten Abfindungen;
 11. die an die einzelnen Bundesstaaten seitens der Kaliwerke zu leistenden Grubenfeldabgaben und Gewinnanteile;
 12. die nach § 33 und § 38 in Betracht kommenden Lieferungsverträge (Lieferzeit, Quantum, Verkaufspreise und Bedingungen);
 13. die zurzeit geltenden Beteiligungsziiffern (§ 25);
 14. die bis zum 31. Dezember 1909 in Geltung gewesenen Beteiligungsziiffern;
 15. die Entwicklung der Ausfuhr nach den einzelnen Absatzgebieten.

Gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmten Nationalliberale und Reichspartei, bei Ziffer 2 und 3 auch die Wirtschaftliche Vereinigung. Die übrigen Parteien, sogar die Konservativen, verhalten dem Antrage zur Annahme.

Er lautet:

den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, die in dem Antrage Müller-Fulda und Genossen — Nr. 1 der Kommissions-Drucksachen — gewünschten Materialien zu ergänzen durch Nachweisungen über:

1. die Grubenvorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der in Kommissions-Drucksache Nr. 1 genannten Kaliwerke;
2. die wirkliche Leistungsfähigkeit der Werke;
3. den absoluten und relativen Anteil der Arbeiterlöhne an den Herstellungs- (Gewinnungs-)kosten der hauptsächlichsten Sorten Rohsalze und Fabrikate, wobei die einzelnen Arbeiterkategorien gesondert aufzuführen sind;
4. die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Dauer und Zahl der regelmäßigen Schichten pro Jahr sowie der Neben- und Sonntagschichten und Ueberstunden nach Arbeitergruppen gesondert;
5. die Summe des in der Kaliindustrie angelegten Gesamtkapitals sowie der Zahl der Aktien und Aktien.

Der weitere sozialdemokratische Antrag betreffs der Zusammenstellung der Gesetzesbestimmungen sowie der Antrag Kölle wurden einstimmig angenommen.

Der Antrag Gotthein, eine geologische Karte vorzulegen, fand gegen Konservativen, Nationalliberale und Wirtschaftliche Vereinigung Annahme.

Darauf wurde die Weiterberatung vertagt, bis das verlangte Material vorliegt. Da Handelsminister Schow glaubt, daß er in 5-6 Tagen das Material vorlegen könne, wird die Abhaltung einer weiteren Sitzung für Dienstag, den 8. März, in Aussicht genommen.

Wahlprüfung.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat jetzt einen weiteren Bericht über die Wahl des konservativen Abgeordneten Krenstadt im 8. Wahlkreis des Regierungsbezirks Erfurt (Wahlkreise Langensalza-Weisenfeld) erstattet. Die Kommission war vom Zentrum beauftragt worden, über acht Behauptungen des gegen die Wahl eingebrachten Protestes Beweiserhebungen vorzunehmen. Diese Beweiserhebungen haben zu dem Resultat geführt, daß drei Protestbehauptungen für widerlegt — beziehungsweise unbeachtlich — erklärt, die übrigen aber für berechtigt angesehen werden und daß deshalb die Wahl des Abg. Krenstadt, da sich die Gesamtzahl der für ihn abgegebenen Stimmen um 872 vermindert und er damit die absolute Mehrheit nicht mehr erreicht hätte, für ungültig zu erklären sei.

Soziales.

(Siehe auch 3. Beilage.)

Neuregelung der Sonntagsruhe.

Im Reichsamt des Innern ist ein Gesetzentwurf über die Neuregelung der Sonntagsruhe im Reich in Vorbereitung. Er soll im Herbst dem Reichstage zugehen. Der Entwurf sieht eine völlige Sonntagsruhe in Kontoren und Betrieben vor, die mit keiner offenen Verkaufsstelle verbunden sind; für gewisse Fälle und einzelne namhaft gemachte Betriebe kann ausnahmsweise eine Beschäftigung des Personals bis zu zwei Stunden Platz greifen. Wenn durch Ortsstatut für Kontore usw. bereits jetzt völlige Sonntagsruhe ohne Zulassung von Ausnahmen eingeführt ist, so soll an diesem Zustand auch nichts geändert werden.

Für offene Verkaufsstellen soll die Beschäftigungszeit an Sonntagen auf drei Stunden herabgesetzt werden, und zwar soll die zuzulassende Verkaufszeit an Sonntagen vor die Kirchzeit fallen, wenn dies möglich scheint. Für bestimmte Gewerbe, die dem täglichen Bedarf des Publikums dienen (Bäckereien, Fleischerieien, Butterhandlungen, Kolonialwaren-geschäfte usw.), kann, wenn die Notwendigkeit vorliegt, eine Ausnahme von der dreistündigen Maximalbeschäftigungszeit gemacht werden; doch soll die Beschäftigungszeit auch in solchen Fällen nicht über fünf Stunden ausgedehnt werden dürfen. Eine Verteilung der Beschäftigungszeit vor und nach den Kirchstunden ist zulässig, doch soll die Beschäftigungszeit auch in solchen Fällen nicht über fünf Stunden ausgedehnt werden dürfen. Eine Verteilung der Beschäftigungszeit vor und nach den Kirchstunden ist zulässig, doch soll die zweite Hälfte der Beschäftigungszeit nicht früher als eine halbe Stunde nach Beendigung des Gottesdienstes beginnen.

Sonderbestimmungen für große, mittlere und kleine Gemeinden wird der Entwurf nicht enthalten, weil die Verhältnisse im Norden und Süden, im Osten und Westen zu verschieden sind, um sich im Rahmen eines Gesetzes fassen zu lassen. Aus diesen Gründen wird auch eine einheitliche Ladenschließzeit im Entwurf nicht festgelegt werden. Die Zahl der Sonntage, die für einen erweiterten Geschäftsverkehr freigegeben werden, soll sechs betragen und sich beschränken auf die beiden, den drei Festen vorangehenden Sonntage. Spezialbestimmungen für bestimmte Fälle sollen der Neuregelung durch das Ortsstatut überlassen bleiben. Der Bundesrat soll ermächtigt werden, bei der Verschiedenheit der Verhältnisse die Anordnungen für die Durchführung der Sonntagsruhe den Verwaltungsbehörden nach seiner Anweisung zu überlassen. Auch kann der Bundesrat nähere Anordnungen für bestimmte Teile des Reiches erlassen betreffs Zulassung und Umfang von Ausnahmen.

Diese Vorschriften werden die Handlungsgehilfen, die von der vor zwei Jahren angefordigten Neuregelung der Sonntagsruhe viel erwarteten, schwer enttäuschen. Offentlich verlangt es unseren Genossen in der Gewerbeordnungskommission, die von ihnen schon vor zwei Jahren gestellten Anträge zur Durchführung einer wirklichen Sonntagsruhe zur Annahme in der Kommission zu bringen.

Gastet der Arbeiter für ohne sein Verschulden beschädigte Arbeitsgeräte?

Trotz der juristischen Spitzfindigkeit, mit der die Verträge, die einige Nachtwachgesellschaften mit ihren Angestellten abschließen, aus-

gearbeitet sind, gelingt es hier und da mal einem der Angestellten zu seinem Rechte zu gelangen.

Wegen des Wach- und Schließinstituts „Groß-Berlin“ G. m. b. H. klagte gestern der Wächter R. auf Rückzahlung der Kaution von 30 M. Die Beklagte, mit der sich das Gewerbeamt außerordentlich oft zu beschäftigen hat, wird wie immer durch den längst gerichtsbekanntem Oberinspektor Lang vertreten, der 26,50 M. der in Frage stehenden Forderung anerkannt; 3,50 M. sollen für eine vom Kläger gebrauchte Laterne, die jetzt zerbrochen ist, von der Kaution einbehalten werden. Der Kläger bestritt jegliches Verschulden. Er ist mit der Laterne in der Nacht vom 24. zum 25. Januar infolge der durch den Schnee veranlassenen Glätte gefallen, wobei sie etwas lädiert worden ist, aber noch gebrauchsfähig war. Er ist am 28. krank und arbeitsunfähig geworden und erst in dieser Zeit sei die Laterne, die vom Vertreter des Beklagten dem Gericht gezeigt wird, in den jetzigen Zustand gekommen. Das Gericht verurteilte die Beklagte zur Rückzahlung der vollen Kaution, da die Laterne weder vorwiegend vom Kläger, noch durch dessen Fahrlässigkeit entzwei gemacht worden ist.

Dies Urteil hat die Beklagte, wie ihr Vertreter sagte, schon vorausgesehen und dementsprechende Vorsorge für künftige Fälle getroffen. Die Wächter haben nunmehr bei ihrem Eintritt, genau so wie die Kleidung, auch die Laterne von der Beklagten zu kaufen, die bei der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die Beklagte zurückgeliefert wird, vorausgesetzt, daß sie unbeschädigt ist. Ein solches Verfahren verstößt gegen die Verbote des Krutzstimmens, die getroffene Abrede ist nichtig. Hoffentlich befehrt die Staatsanwaltschaft die Firma, die ihre Angestellten so schlecht stellt, darüber, daß § 115 der Gewerbeordnung auch gegen sie gilt und daß solche Verträge einen strafbaren Inhalt haben.

Aus Industrie und Handel.

Arbeiterentlassungen und Feierschichten.

Wie schon aus den Mitteilungen des Direktors der Laurahütte bekannt wurde, muß der oberschlesische Bergbau zurzeit noch vielfach Feierschichten einlegen, da die Lager ausgefüllt sind und der Absatz sinkt. Die nun der „Oberschlesische Wanderer“ berichtet, begnügen sich die Erzgräber in Schaezch nicht mit den Maßnahmen der zeitlichen Betriebsbeschränkung. Weil zu wenig Material abgenommen wird, sollen bis zum 1. April ca. circa 1400 in den Erzgräbereien beschäftigte Personen entlassen werden.

Auch im Ruhrrevier bleibt der Absatz noch hinter der Förderfähigkeit der Gruben zurück. Der Gelsenkirchener Bergwerksverein hat nach der „B. Z.“ auf seinen Zechen „Rheinische“ und „Alma“ am Sonnabend den Betrieb ruhen lassen.

A. Schaaffhousenscher Bankverein. Nach dem Abschluß für das Jahr 1909 stellt sich der Gewinn auf 14 839 787 M. gegen 13 863 088 M. im Vorjahre. Die Aktionäre erhalten 7 1/2 Proz.

Ein starker Ueberfluß an Hauschlossern war noch in den letzten Wochen zu konstatieren. Obwohl die Bautätigkeit an und für sich nicht schlecht war, sondern durch die milde Witterung begünstigt wurde, erreichte der Andrang arbeitssuchender Hauschlosser auf je 100 offener Stellen doch eine durchschnittliche Höhe von 337. Das ist im Verhältnis zu dem Andrang in anderen Berufsgruppen ein ungewöhnlicher Ueberfluß. Demgegenüber will es auch nicht viel sagen, daß der Andrang nicht mehr ganz so hoch ist wie vor einem Jahre, wo er 618 auf je 100 Stellen betrug. In so ziemlich allen Landestellen war die Beschäftigung für Hauschlosser unzureichend. Betrachtet man die Landestellen, in denen einmal die Verichterstattung über den Arbeitsmarkt schon besser ausgebaut ist, so kann ein größerer Arbeitsmarkt für Hauschlosser besteht, so ragt unter ihnen vor allem das Hamburger Gebiet hervor, wo die Lage geradezu trostlos ist. Während an den öffentlichen Arbeitsnachweisen 258 Hauschlosser um Arbeit nachfragten, waren in ganzen nur 19 offene Stellen ausgedient, so daß sich ein durchschnittlicher Andrang von 1360 ergibt. Auch in Hannover ist das Ueberangebot exorbitant, ebenso weist Baden einen ungewöhnlich hohen Andrang auf.

Eine Kommunalbank. Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, wird der Plan verfolgt, eine große Kommunalbank für Preußen zu errichten, deren Aktienkapital mit 25 Millionen Mark in Aussicht genommen ist. Die Aktien sollen ausschließlich bei Provinz-, Reichs- und Kommunalverwaltungen untergebracht werden, an die man sich wegen Uebernahme bereits gewendet hat.

Die Kommerz- und Diskonto-Bank erzielte im letzten Jahre einen Reingewinn von 12 104 401 M. gegen 11 846 529 M. Die Dividende soll mit 6 Proz. ausgeschüttet werden.

Aus der Frauenbewegung.

Bund für Mutterschutz. Mit dem ganz überflüssigen Hinweis auf das Pressegesetz geht und folgende Verächtigung zu:

Ein in Ihrer Morgennummer vom 25. d. M. erschienener Bericht (in der Rubrik „Aus der Frauenbewegung“) über die Kriese im Bund für Mutterschutz erwähnt, daß die Majorität, die unter dem Einfluß von Frau Abelschreiber-Krieger stand, den Ausschluß der Presse herbeigeführt hat. Demgegenüber sei folgendes richtig gestellt: Der Ausschluß der Presse wurde veranlaßt durch die Gefolgschaft von Fräulein Dr. Helene Stöder, während gerade die Anhänger von Frau Schreiber-Krieger entschieden für die Zulassung der Presse eintreten. Die Anhänger von Frau Schreiber-Krieger waren jedoch zu Beginn der Versammlung in der Minorität, sie errangen erst späterhin, nachdem ein Teil des Schwerevermaterials vorgebracht worden war, die Mehrheit.

Hochachtungsvoll

Abelschreiber-Krieger.

Vom Kampfe um das Frauenstimmrecht in England.

Die Adult Suffrage Society (Vereinigung für das Stimmrecht aller Grobjährigen) hielt Mitte Februar ihre Jahresversammlung ab, in der die Sekretärin, unsere Genossin Dora M. Montefiore, über das abgelaufene Jahr Bericht erstattete. Die Sache des allgemeinen Wahlrechts hat große Fortschritte gemacht; viele, die noch vor wenigen Monaten die Befreiung der Frau allein auf Grund des bestehenden Wahlrechts gelten lassen wollten, sind nun überzeugt, daß der einzig befriedigende und demokratische Weg zur Lösung der Frage in der Erzwingung einer Wahlreform-Voll besteht, die all die gegenwärtig so widerwärtigen und unlogischen Beschränkungen beseitigt und allen grobjährigen Männern und Frauen das Stimmrecht gibt.

Die von der Vereinigung geleitete, sehr umfassende Propaganda wurde, wie der Bericht meint, von sehr bescheidenen Einnahmen bestritten; richtete sich doch der Aufruf für eine demokratische Wahlreform notwendigerweise an die reiflosen armen Schichten der Bevölkerung, die nicht in der Lage sind, so große Summen für ihre Befreiung zu opfern wie die reichen bürgerlichen Stimmrechtsorganisationen.

Auf dem Kongreß der Arbeiterpartei in Newport wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution eine Wahlreform im Sinne der Adult Suffrage Society gefordert. Jedes andere Wahlrecht soll bekämpft werden.

Nach beendeten Wahlkämpfen haben die Suffragettes ihre Feindseligkeiten gegen die Regierung vorläufig eingestellt. Sie wollen eine erneute Stellungnahme der Regierung zum Frauenwahlrecht abwarten.

Der Streik der Blusenarbeiterinnen in New York.

über den wiederholt im „Vorwärts“ berichtet worden ist, hat in organisatorischer Hinsicht einen glänzenden Erfolg gezeitigt. Die Gewerkschaft der Arbeiterinnen, die bei Beginn des Streiks äußerst schwach war, zählt jetzt 21 000 Mitglieder. Der Wochenbeitrag ist auf 15 Cent (62 Pf.) festgesetzt. Der errungene Sieg stärkt natürlich die Gewerkschaft sehr, denn in 819 Fabriken dürfen nur Mitglieder der Gewerkschaft beschäftigt werden. Etwa 800 Mädchen hat die Gewerkschaft noch zu unterstützen, denn in 12 Fabriken bestehen noch Differenzen. Jetzt drängen sich die Arbeiterinnen danach, Mitglied der Gewerkschaft zu werden.

Verabschiedung.

Erster Kreis. Montag, den 28. Februar, bei Wegener, Schöneberg. Montag, den 28. Februar, bei Großkur, Berlinerstr. 27.

Treptow-Baumshulenberg. Die Besessenen sind der Gemeinderathen wegen auf Montag, den 7. März, verschoben, Seite 30.

Gerichts-Zeitung.

Ein gefährlicher Liebhaber

mühte sich gestern in der Person des Arbeiters Max Wolf unter der Anklage der Bedrohung und der Unterschlagung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten. Der Angeklagte hatte vor längerer Zeit die noch sehr jugendliche Arbeiterin Frederiksdorf kennen gelernt. Zwischen beiden entwickelte sich ein Liebesverhältnis, welches jedoch von den Eltern nicht gebilligt wurde. Das junge Mädchen zog sich deshalb von dem Angeklagten zurück, der hierüber in die größte Wut geriet. Er kaufte sich einen Revolver und lauerte der F. eines Tages auf. Als das Mädchen ihm wiederum einen ablehnenden Bescheid gab, zog er den Revolver hervor und gab auf die F. einen Schuß ab, der diese in den Kopf traf und eine glücklicherweise nicht lebensgefährliche Verletzung zur Folge hatte. Gegen den gewalttätigen Liebhaber wurde ein Verfahren wegen versuchten Mordes eingeleitet. Er wurde später jedoch nur wegen Körperverletzung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Nach der Entlassung aus der Strafanstalt nahm der Angeklagte bei dem Gastwirt Klein eine Stellung als Hausdiener an und versuchte auch, sich wieder seiner früheren Geliebten zu nähern. Als diese sich ablehnend verhielt, unterschlug er seinem Arbeitgeber aus der Lebenskasse die Summe von 38 M. und kaufte sich sofort wieder einen Revolver. Anfangs November ersuchte er dann die F. ihm auf der Admiralsbrücke ein Rendezvous zu geben, um sich zum letztenmal mit ihr auszusprechen. Die F. fürchtete ein neues Attentat und setzte sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung. Als der Angeklagte zu dem Rendezvous ging, wurde er unaufrichtig von Kriminalbeamten verfolgt. In dem Augenblick, als der Angeklagte dann den Revolver zog und der F. drohte, daß sie in einer Viertelstunde ein Kind des Todes sein werde, wenn sie ihm nicht folge, griffen die Beamten zu und entwarfen den gefährlichen Liebhaber. Das Schöffengericht erkannte gegen D. auf eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen.

Eine Untersuchung des Geisteszustandes des gemeingefährlichen Individualisten fand nicht statt.

Die Kontrolluhren der freitigen Polizisten.

In Stolberg bei Kachen waren im Jahre 1908 drei Polizeifergeanten L., A. und S. probeweise angestellt. Sie hatten u. a. auch den Sicherheitsdienst während der Nacht auszuüben und sollten zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Orten die ihnen übergebenen Kontrolluhren stecken. Um sich das langweilige Umherwandern zu ersparen, öffneten sie die Uhren mit einem Nachschlüssel und durchlöchernten die Pappzifferblätter mit einer Nadel. Als diese Vorgehensweise entdeckt worden war, wurden sie entlassen. Wegen Urkundensäufung im Amte wurden sie am 2. März v. J. vom Landgericht Kachen zu je fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Nach Aufhebung des Urteils durch das Reichsgericht erkannte das Landgericht Kachen am 24. September auf die gleiche Strafe. — Auf die von den Angeklagten hiergegen eingeleitete Revision hob am Freitag das Reichsgericht das neue Urteil auf und sprach die Angeklagten frei, da die Pappscheibe als Urkunde nicht angesehen werden kann.

Vom dänischen Kriegsschauplatz.

Das Oberlandesgericht Kiel hat die Revision des Redakteurs Swensson der Zeitung „Dobbelposten“ in Sonderburg verworfen, die dieser gegen das Urteil des Landgerichts Flensburg eingelegt hatte. Durch dies war er wegen Beleidigung des Amtsrichters Dr. Hahn in einem Artikel, überschrieben „In den Fußputzen Dr. Hahn“ zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ebenso wurde die Revision des Redakteurs Straderjahn von der „Schleswigschen Grenzpost“ in Hadersleben verworfen. Stroderjahn hatte den Reichstagsabgeordneten Hansen (Däne) in einem Artikel „Landesverräter“ genannt und war deshalb in beiden Instanzen zu fünfshundert Mark Geldstrafe verurteilt worden.



Leiser's Einsegnungs-Stiefel

5.90 bis 10.50

sitzen bequem, haben sehr hübsches Aussehen und verbinden beste Haltbarkeit mit einem sehr billigen Preise!

Unübertroffene Leistungsfähigkeit für modernste Herren- u. Damenstiefel

in den Preislagen

8.90 10.50 12.50

Neu eröffnet:

Leipziger Strasse 65 Oranienstraße 34 Königstraße 34 Oranienstraße 47a Müllerstraße 3a Rixdorf, Bergstr. 7/8

Versandhaus Birkum

Bekleidungs-Industrie für Knaben und Mädchen

König-Strasse 20/21, neben Konditorei Gumpert

offeriert

Montag, Dienstag und Mittwoch zu außergewöhnlich billigen Preisen

Ein Posten hochgeschlossene blaue Kammgarn-Anzüge, hochelegante Fassons für das Alter von 3-14 Jahren.

Ein Posten Schul-Anzüge, nur das Beste vom Besten, für das Alter von 6-14 Jahren.

Ein Posten Modeli-Norfolk-Anzüge, das eleganteste und schickste der Saison für das Alter von 6-14 Jahren

ferner eine große Partie blau Kammgarn Matrosen-Kleider, Länge 50-100 cm. in wunderbarer Ausführung. Nur beste Stoffe. Verkauf Quergebäude I. Etage. Erstklassige Verarbeitung.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Großer Verkauf von Seiden- und Kleiderstoffen

Diese Woche!

zu auffallend billigen Preisen

Soweit Vorrat!

Die neuesten Erzeugnisse deutscher und ausländischer Industrie in Seiden- und Kleider-Stoffen, hervorragende Fabrikate, bringen wir bei diesem grossen Verkauf sehr preiswert zum Angebot.

Moderne gemusterte Kleiderstoffe

Volle eleg. sandiges Gewebe, ca. 110 cm br. in vornehm. Modefarb. Mtr. 2 ³⁵ 2 ⁸⁵	Toile de laine mille-karo u. mille-rayé, ca. 110 cm br. Meter 1 ⁹⁵ 2 ¹⁰
Volle-Quadrillé kleine Karos in eleg. Modefarb. ca. 110 cm br. Meter 2 ⁷⁵	Popeline mille-karo u. mille-rayé Meter 3 ⁷⁵
Volle-melange eleg. Overcoatmelangen ca. 110 cm breit . . Meter 3 ¹⁰	Popeline à sole mille-karo, Halbselde Meter 5 ¹⁰
Blusenstoffe einfach und doppeltbreit, Karos und Streifen Meter 95 Pf.	
Reinwollene Blusenstoffe in Flanellgeschmack, elegante moderne Streifen Meter 1 ²⁵	
Reinwollene solide Kleiderstoffe moderne Dessins, ca. 110 cm breit Meter 1 ⁴⁵	
Foulard eleg. Lyoner Qual., mod. Dessins u. Farben, Meter 1 ⁹⁵ 2 ²⁵ bis 3 ⁵⁰	Tussah schwere Qualität, 75 cm breit Meter 2 ⁷⁵ 3 ⁵⁰
Foulard eleg. Lyoner Qualitäten, ca. 110 cm breit Meter 4 ⁸⁰ bis 5 ⁸⁰	Shantung für Jackenkleider Meter 5 ⁹⁰ bis 10 ⁵⁰
Drap Cachemire reine Seide, ca. 110 cm breit Meter 6 ⁵⁰	Cord-Shantung moderne Rippe Meter 8 ⁵⁰
Volle-Ninon eleg. reinesel. Modestoff, ca. 110 cm breit Meter 4 ⁵⁰	Natté-Shantung waffelartige Bindung Meter 7 ⁰⁰
Reinseidene Blusenstoffe moderne Streifen Meter 1 ⁰⁰	
Reinseidene Taffete gute Qualitäten, in grossem Farbassortiment Meter 1 ¹⁰	
Reinseidene Lyoner Foulards gute Surah-Qualitäten Meter 1 ²⁵	
Echte Shantungseide Meter 95 Pf. 1 ³⁵	

Möbel
Spez.: Kompl. Wohnungs-Einrichtungen
Polsterwaren
Uhren o. Kronen o. Bilder etc.
Teppiche, Gardinen, Steppdecken und Betten

Garderobe
für Herren, Damen, Kinder
Einsegnungsstaar
für Knaben und Mädchen
Manufakturwaren u. Wäsche etc.
erhalten Sie zu den
allergünstigsten
Zahlungsbedingungen
im Kaufhaus auf Kredit
„Für alle Welt“
Schöneberg, Hauptstrasse 19
direkt am Kaiser Wilhelm-Platz
dem alten Rathaus gegenüber.
Niedrige, aber feste Preise.
Man werde Kunde bei uns u.
sammle unsere Anzeigen.
Aufklärung demnächst!

Gardinen

Gardinenhaus Bernhard Schwarz
Gardinen, Portieren etc. groß u. detail.

Eigene Fabrik — erste Bezugsquelle!
Neuheiten in allen Abteilungen.
Vorrichtungen für Selbstbedienung.

Die Firma unterhält keine Filialen. — Verkauf nur
Wallstr. 13
Untergrundb. Spittelmarkt — Ausgang Grünstraße.
Rufe u. Kellermuster weit unter Preis.

Die reellsten und billigsten 4405L*

Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie **C. Schulz**, Reichenberger Straße 5.

Was ick mir zum Putzen hol?
Einzig und allein

Blendol

In Glasl. zu 10, 15 u. 20 Pf. | überall erhältlich.
Blechf. zu 20, 30 u. 50 Pf. }
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Klopfe mit Luft!

Teppich-Reinigung

und sämtliche Nebenarbeiten

Aufbewahrung. Chemische Reinigung. Kunststapierei.
Entmottung von Polstermöbeln. Bettfedern-Reinigung.
Vacuumentstaubung mit fahrbaren Apparaten

Staehr & Co.

Berlin S 42, Gitschiner Str. 80
Fernsprecher: Amt IV 216 u. 226

Klopfe mit Luft!

Die erste
Bettfedern
Gustav Lustig Fabrik mit elektr. Betrieben
Berlin S. 390.
Prinzengr. 46/47

berichtet gegen Nachnahme garantiert neu, gut füllende Bettfedern pro Pfund Mk. 0.55, 1.00, 1.25; prima Halbdaunen Mk. 1.70; Gäusefedern Mk. 2.—, 2.50; prima weiße Gäusefedern Mk. 3.—, 3.50. — Daunen Mk. 2.85, 3.50, 5.—, 6.50, 9.—.

Chinesische Monopoldaunen das 9/10, 90, 2.85, gefällig gerührt.
Russische Matadordaunen das 9/10, 90, 3.50.
Von Daunen genügen 3-4 Pfund zum großen Oberbett. Gäusefedern (zum Reizen) Mk. 0.60; Oberbrucher Gäusefedern mit Daunen Mk. 1.50. Schlüsselfedern Mk. 1.50, 2.—, 2.50, 3.—, 3.50, 4.50, 6.—.

Grosse Betten 12 Mark (Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen) mit doppeltgereinigtem neuen Bettfedern; bessere Betten Mk. 15.—, 19.—, 24.—; 1 1/2 höckerige Betten Mk. 15.—, 20.—, 23.50, 28.—, 35.—. Proben und Preisliste gratis. Umtausch aber Rücksendung gestattet. Verpackung kostenfrei.

Bestjähriger Umsatz 2546 Zentner Bettfedern, von keinem zweiten Bettens- u. Bettfederngeschäft erreicht.

Möbel-Fabrik R. Balau

gegr. 1899. **Brunnenstr. 22** a. d. Invaliden-gegr. 1899. strasse : : : 1899.

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

sowie **Einzelmöbel** stehen in meinem sechs Etagen hohen Fabrikgebäude ohne jeden Kaufzwang zur Besichtigung bereit

= Ständiges Lager =
von ca. 50 kompletten Einrichtungen.
Reelle Arbeit!
15 Jahre Garantie! Teilzahlung gestattet!

Einrichtungen
von Mk. 300, 400, 500—6000

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 26. Februar 1910.

Wahlrechtsreform und wirtschaftliche Entwicklung. — Niedrige Zunahme der industriell tätigen Personen in Preußen. — Produktions- und Wertsteigerung im Bergbau. — Aktienkapital in der Montanindustrie. — Die Dampfkraft in Preußen. — Umwälzung im Handel. — Fortschritt im Kampfe gegen das Junkertum. — Beschäftigungsnachweis.

Unbestritten sind die politischen Verhältnisse eines Landes von großer Bedeutung für seine wirtschaftliche Entwicklung. Die fernere Gestaltung von Handel und Gewerbe in Preußen ist daher auch zu einem wesentlichen Teile von der Wahlrechtsreform abhängig. In der Thronrede vom 20. Oktober 1908 war eine Reform des Wahlrechts zugesagt, bei der die wirtschaftliche Entwicklung grundlegend berücksichtigt werden sollte. Von dieser Zusage ist in dem Entwurf der Regierung nichts zu verspüren. Die gewaltige Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist auch bei der „Veredelungsarbeit“ in der Kommission vollständig unberücksichtigt geblieben. Die Wahlkreisgeometrie vom Jahre 1849, die Verachtelung der industriellen Städte und der gewerbreichen Bezirke zugunsten des ländlichen Landes, soll beibehalten werden.

Daher für die Förderung einer neuen Wahlkreiseinteilung und des gleichen und geheimen Wahlrechts mit vollem Recht eine gänzlich veränderte Grundlage unseres Wirtschaftslebens geltend gemacht werden kann, dafür nachfolgend einige Angaben: Im Jahre der Utrozierung der Wahlrechtsverordnung hatte Preußen rund 19 Millionen Einwohner, im Jahre 1907 rund 28 Millionen. Während jedoch die Einwohnerzahl sich nur verdoppelte, ist eine Zunahme der in Industrie, Handel und Verkehr tätigen Personen um fast 500 Proz. zu konstatieren. In den gewerblichen Betrieben einschließlich Handel, ausschließlich Bergbau, waren 1849: 1.648.394 Personen beschäftigt, 1907 dagegen 7.710.802 Personen. Welche Verschiebungen in einzelnen Hauptindustriegruppen eingetreten sind, zeigt diese Zusammenstellung:

Table with 3 columns: Industriegruppen, 1849, 1907. Rows include Metallbearbeitung, Industrie der Maschinen und Apparate, Mineralurgische und chemische Industrie, etc.

Die Personalzunahme macht aus: in der Metallbearbeitung 2508 Proz., in der Industrie der Maschinen und Apparate 1087 Proz., in der Mineralurgischen Industrie usw. 569 Proz., in der Industrie der Nahrungsmittel 188 Proz., in der Textilindustrie usw. 128 Proz., im Holz- und Schnitzstoffgewerbe 248 Proz., in der Papierindustrie 1158 Proz., im Baugewerbe 768 Proz. und im Handelsgewerbe 451 Proz.

Für den Bergbau liegen die Angaben vor, die nur bis zum Jahre 1898 zurückreichen. In diesem Jahre waren in Preußens Bergbau, Hütten- und Salinenbetrieben 179.713 Personen be-

schäftigt; die für das Jahr 1907 ermittelte Gesamtbeschäftigung stellt sich auf 885.677 Mann. Da der Bergbau noch landesgesetzlich „geregelt“ wird, interessieren wohl noch einige nähere Angaben über die hier eingetretenen Veränderungen. — Im Nachfolgenden sind immer die Ergebnisse aus den Jahren 1898 und 1907 in Vergleich gebracht. — Im Steinkohlenbergbau stieg die Zahl der Beschäftigten von 69.852 auf 501.805; die Menge der Förderung wuchs von 206.821.014 Ztr. auf 2.680.881.600 Ztr., bei gleichzeitiger Wertsteigerung von 76.648.689 M. auf 1.285.962.557 M. Im Braunkohlenbergbau wurden damals 11.029 Personen beschäftigt; die von ihnen geförderten 66.411.477 Ztr. Kohlen hatten einen Wert von 9.116.691 M. Nun förderten 53.989 Arbeiter 1.088.211.940 Ztr. Kohlen, deren Wert 127.192.622 M. betrug. Für den Kohlenbergbau ergeben sich demnach folgende Gesamtziffern:

Table with 3 columns: Jahr, Zahl der Beschäftigten, Menge der Förderung in Zentner, Wert der Förderung in Mark. Rows for 1898 and 1907, and a percentage increase row.

Die Förderung hat sich mehr als verdoppelt, deren Wert ist um annähernd das Dreifache der Beschäftigungszunahme gestiegen.

Natürlich ist auch das im Bergbau angelegte Kapital enorm gewachsen. Im Jahre 1861 waren im Bergbau und Hüttenbetrieb rund 801 Millionen Mark Aktienkapital investiert, 1907 dagegen — ohne die großen Summen der Gewerkschaften usw. — 1808 Millionen Mark.

Einen weiteren Maßstab für den industriellen Vormarsch bildet die Zunahme motorischer Kraft. Während z. B. im Jahre 1849 die Gewerbebetriebe in Preußen insgesamt 1445 Dampfmaschinen benutzten, die 29.458 Pferdekraften indizierten, waren 1907 allein 84.744 feststehende Dampfmaschinen mit 5.190.417 Pferdekraften in Betrieb. Einschließlich der beweglichen Dampfmaschinen ergeben sich 6.043.507 Pferdekraften. Dabei sind die in den Betrieben der Militär- und Marineverwaltung benutzten Dampfmaschinen nicht eingerechnet. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß in den letzten Jahren die Verwendung der elektrischen Kraft bedeutende Fortschritte gemacht hat. Die Gegenüberstellung der maschinellen Pferdekraften spiegelt daher die Entwicklung nicht genau. In welchem Maße die Technik revolutionierend im Bergbau wirkte, illustrieren noch folgende Angaben: Im gesamten Berg-, Hütten- und Salinenbetrieb in Preußen waren im Jahre 1849 nur 332 Dampfmaschinen mit 13.995 Pferdestärken in Betrieb, im Jahre 1907 dagegen allein auf den Steinkohlenbergwerken im Oberbergamtsbezirk Dortmund 6293 Maschinen mit einer Leistungsfähigkeit von 894.998 Pferdestärken.

Die Umwälzung im Handel charakterisieren diese Zahlen: Von den in der Berufsgruppe Handel und Verkehr im Jahre 1849 ermittelten 174.873 Personen waren nur 84.681 Gehilfen; bei der letzten Berufsählung wurden in dieser Gruppe 590.293 Selbständige und 1.465.880 Gehilfen und Arbeiter gezählt. Was die damalige Zählung auch weniger genau gewesen sein, die gewaltige Entwicklung auf allen Gebieten läßt sich nicht verkennen.

Die hauptsächlich in den Städten domicilierende Industrie, in Verbindung damit das Handels- und Verkehrsgewerbe, hat sich zu der heutigen Größe und Bedeutung emporgemagert, trotz der politisch herrschenden, industriellen, verkehrs- und handelsfeindlichen Junker. In diesem Kampfe mit ihnen hat die Intelligenz und Schaffenskraft der Industriellen, Techniker, Kaufleute und Arbeiter unsere Industrie auf eine achtunggebietende Höhe gehoben. Kein Erfolg, kein Fortschritt, dem nicht auch die Ueberwindung junkerlicher Widerstände vorausgehen mußte. Hatte Forschergeist neue Mittel zur Bändigung

der Naturkräfte gefunden, die Technik bessere Produktionsmethoden, dann waren immer erst noch konservative Widerstände zu brechen, ehe die geskulte Arbeiterschaft der Industrie eine neue dominierende Stellung am Weltmarkt verhoffen konnte.

Mit allen Mitteln der Postplacereien, Verkehrsverbinderung und -erschwerung, Tarifpolitik, Steuerchikanen, gewerblichen Zinsklerel, Koalitionsverbote usw. sind der industriellen Aufwärtsbewegung Schwierigkeiten bereitet worden. Das Instrument dazu hatten die Nachfahren der Raubritter mit dem Dreiklassenwahlrecht in der Hand. Wenn trotzdem, in stetem Ringen mit dem Junkertum, unsere Industrie auf eine riesenartige Entwicklung zurückzusehen kann, dann hat das Volk damit den besten Befähigungsnachweis dafür erbracht, daß es der politischen Leitung der Agrarier entzogen, daß es sich selbst regieren kann. Die Befreiung von der Junkerregierung ist ein Gebot und ein Bedürfnis der wirtschaftlichen Entwicklung. D.

Vermischtes.

Bergmanns Tod. Auf See bei Osterfeld wurden einer Meldung aus Oberhausen zufolge gestern zwei Bergleute erschüttert und getötet.

Ein Segelschiff gestrandet. Wie aus Letuan über Paris gemeldet wird, ist ein aus Holland kommendes Segelschiff, das große Mengen Kriegskonterbande an Bord hatte, auf der Flucht vor einem spanischen Torpedobootszerstörer etwa 40 Kilometer östlich Letuan gestrandet. Von der 25 Mann zählenden Besatzung sind fünf ertrunken.

Unwetter. Wie aus Paris gemeldet wird, ist in Valcourt ein furchtbares Gewitter niedergegangen, begleitet von stürmischen Regnen. Die ganze Gegend steht unter Wasser, die Fabriken mußten ihren Betrieb einstellen.

Sieben Arbeiter ertrunken. Aus Antwerpen wird gemeldet: Beim Zusammenstoß mit einem Dampfer wurde eine mit Arbeitern besetzte Bark zum Sinken gebracht. Sieben Arbeiter sind dabei ertrunken.

Antlicher Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktballen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft still, Preise befriedigend. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Sädfrüchte: Zufuhr meist reichlich, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 26. Februar 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometere-höhe mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C, Stationen, Barometere-höhe mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C. Rows for Stomende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Caparanda, Petersburg, Scilly, Aberdeen, Paris.

Wetterprognose für Sonntag, den 27. Februar 1910.

Zunächst etwas kühler, später wieder ziemlich warm, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Regenschauern und zeitigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Stiller



Jerusalem Str. 38-39
Friedrich-Strasse 75
Potsdamer Strasse 2
Taentzien-Strasse 19a
König-Strasse 25-26

Zentrale und Versand:

Jerusalem Str. 38-39

Anfang März

ERÖFFNUNG
unserer
6. Geschäftes
in
Schöneberg
Haupt-Str. 146
nahe Kaiser-Wilhelm-Platz

Der reich illustrierte Haupt-Katalog wird kostenfrei versandt

Preiswerte Strassen-Stiefel

Nur erstklassige Fabrikate □□ Konkurrenzlos in Qualität und Passform

Für Damen:

- Boxcalf und Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, auch Derbyschnitt 8.75 M.
Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in neuen modernen Fassons mit hohen od. niedrig. Absätzen, Rand gedoppelt 10.50 M.
Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit oder ohne Derby-Schaftschnitt, a. m. Lackkappen, in ganz neuen Fassons, m. hohen od. niedrigen Absätzen, Goodyear Welt 12.50 M.
Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit od. ohne Derby-Schaftschn., auch mit Lackkappen in den allerneuest. Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 15.50 M.

Für Herren:

- Boxcalf-Schnürstiefel, moderne breite Fasson 8.75 M.
Boxcalf-Schnürstiefel in moderner Form, sehr haltbar, Rand gestuppt 10.50 M.
Braun und schwarz Chevreau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 12.50 M.
Braun und schwarz Chevreau- und Boxcalf-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schaftschnitt in ganz neuen Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 15.50 M.

Naturgemässe Kinder-Stiefel in eleganten breiten Formen

Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, Boxcalf oder Chevreau, durchgenäht, Rand gestuppt

Table with 4 columns: Schuhgröße, Preis. Rows for 25-27, 28-30, 31-33, 34-36.

Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, in Boxcalf oder Chevreau, auch mit Lackkappen, Goodyear Welt

Table with 4 columns: Schuhgröße, Preis. Rows for 25-27, 28-30, 31-33, 34-36.

Knaben-Schnürstiefel, Boxcalf oder Chevreau in eleganter Herrenstiefel-Ausführung, durchgenäht, Rand gestuppt

Table with 4 columns: Schuhgröße, Preis. Rows for 31-33, 34-36.

Knaben-Schnürstiefel, Boxcalf oder Chevreau in eleganter Herrenstiefel-Ausführung, Goodyear Welt, in modernen breiten Fassons

Table with 4 columns: Schuhgröße, Preis. Rows for 31-33, 34-36.

Elegante Einsegnungs-Stiefel für Knaben und Mädchen

Abend-Schuhe für Theater, Ball und Gesellschaft. für Damen
Feine Herren-Lack-Stiefel

Englischer Garten.

Säle mit Bühne Sonnabend, Sonntag April, Mai frei. (7. 10628.)

Gesangverein Lorbeerkrantz.

Sonnabend, den 5. März 1910, im Schweizergarten: **Maskenball.** Freunde und Gönner ladet ein **Der Vorstand.** 8235

Lüttkes Vereinshaus

Berlin, Dresdener Str. 116 (nahe Dramenplatz) empfiehlt seine Säle mit Theaterbühne sowie Vereinszimmer von 30 bis 300 Personen fassend, für Werkstätten, Versammlungen und Festlichkeiten. Auch ist der Saal für den 2. Osterfesttag noch zu vergeben.

Anton Boekers Festsäle

Weberstr. 17. (Tel. Amt 7 13414.) Rein kleiner Saal mit Nebenzimmern, 150 Personen fassend, ist Sonnabends und Montags noch zu vergeben. 37878* **Anton Boeker, Weberstr. 17.**

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 6. März 1910, vormittags 11 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain:

Uebungs-Stunde.

Gesübt werden folgende Lieder: Festgesang, Liedeslust, Frühlingsstürme, Zum 1. Mai.

Ausschuß-Sitzung.

Im Nebensaal pünktlich 10 Uhr vormittags: Tages-Ordnung: 17/9
1. Aufnahme von Vereinen. 2. Bundesangelegenheiten.
NB. Die Vereine werden ersucht, die Matinee-Billets abzuziehen.

Den geehrten Vereinen, Gewerkschaften, Fabrikanten usw. empfehle ich zur bevorstehenden Saison für Dampferpartien usw. mein in eigene Regie wieder übernommenes

Wirtshaus Schloß Woltersdorf

ebenso meine Dampfer, bis 316 Personen fassend. Hochachtungsvoll **Friedrich Saewert** Kunst Ferner Nr. 49. SW. 48, Wilhelmstr. 118. VI. 2418.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: Bericht über die weiteren Vertragsverhandlungen. Jede Werkstätte muß vertreten sein. — Vertrauensmännerkarte u. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Verwaltungsmitglieder. Achtung!

Montag abends 7 Uhr bei Keller: **Verwaltungs-Sitzung.**

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäsche-Arbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin I.

Bureau: Sebastianstr. 37/38. Telefon: Amt IV, 9737.

Achtung! Achtung! Morgen Montag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Vier öffentliche Versammlungen

für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektion aller Branchen:

- Wedding: im „Kösliner Hof“, Kösliner Str. 8;
- Norden: bei Obiglio, Schwedter Str. 23/24;
- Osten: bei Paul Titin, Remeler Str. 67;
- Südosten: im „Reichenberger Hof“, Reichenbergerstr. 147.

„Arbeiterinnenschutz und Heimarbeiter-schutz im Deutschen Reichstage“.

Referenten: Reichstagsabgeordnete Albrecht und Robert Schmidt. Stadtratsmitglied Adolf Ritter, Kollege Franz Käning. Kollegen und Kolleginnen! Erscheint in Massen zu diesen Versammlungen, zeigt, daß es Euch nicht gleichgültig ist, wie man über Euch Wohl und Wehe bestimmt. **Der Einberufer.**

Bezirk Steglitz.

Montag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a:

Versammlung aller in Steglitz und Friedenau beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung: 162/7
„Unsere Forderungen an die Arbeitgeber“. Referent: Koll. Kunze. Zahlreichen Besuch erwartet. **Die Kommission.**

Bezirk Charlottenburg.

Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Hofmeisterstr. 3:

Versammlung aller in Charlottenburg beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung: 162/7
„Unsere Forderungen an die Arbeitgeber“. Referent: Koll. Kunze. Zahlreichen Besuch erwartet. **Die Kommission.**

Achtung! Herrenmaßschneider. Achtung!

Montag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Krottenborfer, Markgrafstr. 83:

Öffentliche Versammlung für alle in tariflosen Geschäften arbeitenden Kollegen.

Tages-Ordnung: 1. Welche Aufgaben erwachen den Kollegen in der bevorstehenden Frühjahrszeit? 2. Diskussion. Nicht alle in derartigen Geschäften arbeitenden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen und für guten Besuch zu agitieren. **Die Kommission.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1299. Charitestraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Montag, den 28. Februar 1910, abends 8 Uhr, in den Pharusälen, Müllerstr. 142:

Große Versammlung mit Lichtbildern

Tages-Ordnung: Vortrag über: „Industrie und Arbeiter in Japan.“ Referent: Genosse Chagrin.

Kollegen! Der Referent hat durch seine vielen Artikel in der „Metallarbeiter-Zeitung“ bewiesen, daß er über die Verhältnisse in Japan gut informiert ist und dürfte es für alle Kollegen von hohem Interesse sein, dem Vortrag des Genossen Chagrin, der ja auch unser Kollege ist, beizuwohnen. Wir empfehlen allen Kollegen den Besuch dieser Versammlung. Der Eintritt kostet 10 Pf. und wird durch Teilerhebung am Eingang zum Saal erhoben. Auch tun die Kollegen gut, zu diesem Vortrag, der ja durch Lichtbilder besonders interessant wird, ihre Frauen mitzubringen.

Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

Allgemeine Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Hat die Arbeiterkassette in dem heutigen Staat Gleichberechtigung? Referent: Genosse Bräuer. 112/9
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
4. Aufstellung der Kandidaten für den Gesellenauschutz.

Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung machen wir die Kollegen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß bei dem dritten und vierten Punkt der Tagesordnung über wichtige Angelegenheiten beraten und beschlossen wird. Denn es ist von den Arbeitgebern die Wahl der Mitglieder für den Gesellenauschutz auf den 3. März anberaumt. Damit nun aber alle Kollegen dazu Stellung nehmen können, ist es Pflicht eines jeden von Ihnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Deshalb muß jeder Kollege für einen guten und zahlreichen Versammlungsbesuch agitieren. **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Hausangestellten.

Sonntag, den 27. Februar, in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 20 I (großer Saal):

Italienisches Blumenfest.

Deforierte Säle — Ball — Belustigungen aller Art. Anfang 6 Uhr. Kostümwang findet nicht statt. Die Arbeiterkassette ersuchen wir, alle ihr bekannten Hausangestellten auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen und auch selbst daran teilzunehmen. 283/15

Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft

Geschäftsstelle: Leipzig, Poststr. 13 (Verlag Theodor Thomas). Am 1. März abends 8 1/2 Uhr findet im großen Saale der **Musiker-Festsäle** (Kaiser-Wilhelm-Str. 15 m) unter

erster öffentlicher Lichtbilder-Vortrag

aus dem Liebesleben der Tiere. Vortragender: Dozent M. H. Baege. Rassenöffnung 1/8 Uhr. Eintrittskarten sind nur am Saaleingang zu haben. 156/9

Zentralverband der Maurer. Zweigverein Berlin.

Wir verweisen hiermit auf die am **Montag, den 28. Februar,** beginnende Abstempelung der Mitgliedsbücher bei Arbeitslosigkeit. Die näheren Bestimmungen enthält das der Nr. 9 des „Grundstein“ beiliegende Flugblatt betreffend die Beitragsleistung. Wir ersuchen die Mitglieder, demgemäß zu handeln. **Zur besonderen Beachtung!** Das auf den Flugblättern angegebene Lokal für Reinickendorf, für die Sektion der Maurer, befindet sich nicht Reichenberg- u. Holländer-Strassen-Ecke, sondern Amendestr. 93 bei Ernst Hirsch. 136/16 **Der Zweigvereinsvorstand.**

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche. **Mittwoch, den 2. März 1910, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (großer Saal):**

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 186/15*
1. Jahres- und Kassenbericht des Sektionsvorstandes.
2. Neuwahl des Sektionsvorsitzenden, der Revisoren und des Arbeitsvermittlers sowie der Mitglieder der Schlichtungskommissionen.
3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. **Der Sektionsvorstand.**

Schultheiss-Bier

verdankt sein Renommee seiner hervorragenden Qualität und Bekömmlichkeit

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Bureau: Engelauer 14/15. Tel. IV Nr. 3578 u. 10623.

Bodenleger!

Montag, den 28. Februar, um 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal I:

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Verhandlung betreffs Tarifvertrag. 2. Abrechnung vom Streik. 3. Branchenangelegenheiten. 79/15
Um zahlreichen Besuch ersucht. **Die Kommission.**

Korbmacher!

Montag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal VII:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission vom vierten Quartal. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Branche der Jalousie-Arbeiter!

Donnerstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:

Öffentliche Versammlung aller in der Jalousie-Industrie beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung: **Schmutzkonkurrenz und Heimarbeit.** Die Branchenkommission.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin. Die nächsten Branchenversammlungen finden an nachfolgenden Tagen statt:

- Geschirr-Brande: Donnerstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köhlerstr. 3.
- Portefeuller- u. Reiseartikelbranche: Mittwoch, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Rammstr. 27.
- Militär-Brande: Mittwoch, den 2. März, abends 6 Uhr, im Englischen Garten, Algenstr. 27 c.
- Linolenleger u. Teppichnäher: Mittwoch, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Wehnacht, Grünstr. 21.
- Wagen-Brande: Mittwoch, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15.
- Eisenmöbel- u. Federstuhlpolsterer: Donnerstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Paul Walter, Algenstr. 56.
- Sektion Charlottenburg: Mittwoch, 2. März, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Hofmeisterstr. 3. Zahlreichen Besuch dieser Versammlungen erwarten. **Die Branchenleitungen.** 156/9

Soziales.

Der Amerikaner genießt in Deutschland einen höheren Patentschutz wie der Deutsche.

Zu diesem Ergebnis ist das Reichsgericht auf Grund des Deutsch-amerikanischen Abkommens vom 23. Februar 1909 gelangt. Nach diesem Abkommen dürfen die Patentinhaber der beiden Länder im Auslande nur immer die Beschränkungen auferlegt werden, die das Heimatland vorschreibt. Während nun in Amerika eine Frist für die Verwertungspflicht des Patents überhaupt nicht besteht, verfällt das Patent nach dem deutschen Patentgesetz nach drei Jahren, wenn der Inhaber es unterläßt, die Erfindung im Inlande zur Ausführung zu bringen, oder falls er nicht alles tut, was erforderlich ist, um die Ausführung zu sichern. In der vorliegenden Entscheidung spricht nun das Reichsgericht aus, daß der Amerikaner auch in Deutschland der dreijährigen Verwertungspflicht nicht unterworfen ist und daß das besagte Abkommen auch für die Patente Anwendung zu finden hat, die schon vor dem Abkommen zur Entscheidung gelangt sind. Danach wäre es für die deutschen Patentinhaber, die ihr Patent nicht innerhalb von drei Jahren ausführen lassen können, dasselbe aber nicht zurückgenommen haben wollen, das Patent

an Amerikaner zu übertragen. Das ist ein Ergebnis, das dringend nach Aenderung des zitierten Abkommens oder unseres Patentgesetzes schreit.

Die Klage auf Rücknahme des Patentes, in der das Reichsgericht die erwähnte Entscheidung getroffen hat, war von der Maschinenfabrik Schubert u. Salzer zu Chemnitz gegen die The National Cash Register Co. zu Berlin erhoben, an deren Stelle durch Uebertragung der Patente an die Muttergesellschaft, die The National Cash Register Company zu Dayton, Ohio, getreten ist.

Die reichsgerichtlichen Entscheidungsgründe führen unter anderem aus: „Was die Sache selbst anlangt, so darf nach der Auffassung des Gerichts die Verwirkung der Patente, auch wenn sie vom Patentamt auf Grund des § 11 des Patentgesetzes mit Recht ausgesprochen sein sollte, nicht aufrecht erhalten werden, nachdem mit dem 1. August 1909 das Abkommen des Deutschen Reiches mit den Vereinigten Staaten von Amerika, betreffend den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz vom 23. Februar 1909 (R. G. Bl. S. 395), in Kraft getreten ist und die Patente auf die jetzige Beklagte umgeschrieben worden sind. Die Tragweite der Bestimmung für die hier allein interessierenden Patente ergibt sich aus dem Umstande, daß das deutsche Patentgesetz durch die Vorschriften des § 11 dem Patentinhaber unter Androhung der Verwirkung die Verpflichtung auferlegt, die Erfindung im Inlande in angemessenem Umfange zur Ausführung zu bringen, daß dagegen der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten der Aus-

führungszwang unbekannt ist. Wie auch die Denkschrift, womit der Reichskanzler das Abkommen dem Reichstage vorgelegt hat (12. Legisl.-Per. 1. Sess. Nr. 1377), hervorhebt, folgt daher aus der Bestimmung, daß amerikanische Staatsbürger von den Vorschriften des deutschen Rechts über den Ausführungszwang befreit sind. „Sie werden hierdurch,“ wie es dort weiter heißt, „den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt, für welche in Ansehung ihrer in den Vereinigten Staaten erteilten Schutzrechte... eine Ausführungspflicht nicht besteht.“ Sonach ergibt sich aus dem Abkommen, daß der in der deutschen Gesetzgebung vorgesehene Ausführungszwang nicht zur Anwendung gebracht werden darf, wenn das Patent einem Bürger der Vereinigten Staaten zusteht. Weil sein Heimatstaat einen Ausführungszwang nicht kennt, soll er Kraft seiner Nationalität auch in Deutschland hiervon befreit sein.“

Im weiteren legt das Reichsgericht noch dar, daß die Uebertragung der Patente nicht geeignet ist, den späteren Erwerb von den Bestimmungen des Abkommens auszuschließen. Sodann wird dargelegt, daß die Befreiung vom Ausführungszwange mindestens von jetzt an unbeschränkt, also auch bezüglich älterer Schutzrechte Platz greifen soll; und zwar auch auf solche, wie die vorliegenden Patente, die schon über die in § 11 des Patentgesetzes bestimmte Frist hinaus bestanden haben und innerhalb dieser Frist nicht zur Ausführung gebracht worden sind.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für gute Herren- und Knaben-Kleidung
Chausseest. 29-30 □ Brückenstraße 11 □ Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Einsegnungs-Anzüge

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Foulés, Melton u.s.w. — Nur eigene Erzeugnisse. —

36.—	33.—	30.—	28.—	26.—	24.—	22.—	21.—	Mk.
20.—	18.—	16.—	15.—	14.—	13.—	12.—	11.—	Mk.

Der Haupt-Katalog auf Wunsch kostenlos und portofrei.



Zur Einsegnung
Wäsche, Hüte
Hosenträger
Handschuhe
Krawatten
zu sehr billigen Preisen



Prüfungs-
Anzüge
Solide Webarten
Moderne Formen
Nur eig. Erzeugnisse
Sehr preiswert



Trinkt keinen Kaffee!



Seit vielen Jahren ist die Schädlichkeit des Kaffeegenusses jedermann bekannt. — Kaffee schmeckt bekanntlich gut nur in starken Aufgüssen, Saman Tee ist aber von dem herrlichsten Aroma und Geschmack, selbst noch in der stärksten Verdünnung. — Die heutige Finanzlage zwingt zudem noch die meisten Familien, ihren Kaffee mit Zuhilfenahme von Kaffeezusatz und künstlichen Kaffeearten zu bereiten, ganz abgesehen von dem riesigen Quantum der verfälschten Kaffeearten, die dem harmlosen Käufer ohne sein Wissen für schweres Geld verkauft werden.

1 Pfund Kaffee = 50 bis 60 Tassen kostet M. 1.10, also 1 Tasse Kaffee ca. 2 Pfg.
1 Pfund Saman Tee = 1500 Tassen kostet M. 3.—, also 1 Tasse Saman Tee 0.2 Pfg.

Eine Familie von 5 Personen braucht wöchentlich 75 Tassen = 1 1/2 Pfund = M. 1.65 für Kaffee
Eine Familie von 5 Personen braucht wöchentlich 75 Tassen = 1/20 Pfund = M. 0.15 für Saman Tee

Saman Tee ist also nachweisbar ganz außerordentlich viel billiger und sparsamer als selbst der schlechteste Kaffee. Saman Tee ist eine indische Teemischung, die nach vielen Versuchen für den deutschen Geschmack besonders zusammengesetzt wurde. Saman Tee ist schon in den kleinsten Packungen von 10 Pfg. erhältlich. — Wenn man früher ein 10-Pfg.-Päckchen Tee kaufte, erhielt man zwar viel Teeblätter, aber nur 6 bis 8 Tassen schlechten Tees.

Nach eingehenden Versuchen und Untersuchungen des bekannten vereidigten Chemikers Dr. Paul Jeserich enthält eine 10-Pfg.-Packung Saman Tee 30 Tassen Tee. Herr Dr. Jeserich hat die dauernde Kontrolle von Saman Tee übernommen.

Verlangen Sie Saman Tee, denn er vereint Billigkeit mit köstlichem Wohlgeschmack.

Nur echt mit untenstehender Schutzmarke in Packungen von 10 und 20 Pfennig, 1/2 und 1/4 Pfund und in modern dekorierten Metallbüchsen von 1/2 Pfund in zwei Qualitäten.

Allgemeine Teeimport Gesellschaft Berlin SO36, Harzer Str. 33.



Trinkt Saman Tee!



In ca. 2000 durch Plakate kenntlichen Geschäften erhältlich. Wo nicht zu haben, liefern wir direkt.

Einsegnungs-Geschenke in grösster Auswahl zu bekannt billigen Preisen.

Ein Meisterwerk
vollendeter
Uhrenfabrikation!
Patent - Anker - Remontoir
Kavalier - Stahl - Uhr
Modell 10 M. Modell
1909 in Silber 20 Mark.
3 jährige schriftliche
Garantie.

Fabrikation
Engros - Export
Detail-Verkauf: **Leipziger Str. 35, Ecke Charlottenstr. u. Königstr. 46, Ecke Hoher Steinweg**
Haltgoldener Ring
gesetzlich gestempelt.

Belmonte & Co.

Juweliere, Gold-
und Silberschmiede

Wir liefern folgende Gegenstände
in echt Gold,
gesetzlich gestempelt

Vertrauensfirma von vielen Beamten-Verbänden mit über 200 000 Mitgliedern.
Brosche, 14karät. Gold,
Ring,
Schlangenring
Krawattennadel
14kar. Gold, 585/1000 gesetzlich gestempelt, mit echten Brillanten in Platina-Fassung M. 10.-
14karät. Gold, 585/1000 gesetzlich gestempelt, mit echten Brillanten in Platina-Fassung M. 12.-
14karät. Gold, 585/1000 gesetzlich gestempelt, mit echten Brillanten in Platina-Fassung M. 10.-

Krawattennadeln von M. 3.- an
Manschettenknöpfe v. M. 5.- an
Broschen . . . von M. 3.- an
Ohringe . . . von M. 250 an
Kettenarmbänder von M. 12.- an
Oliedarmbänder v. M. 25.- an
Kolliers m. Anhäng. v. M. 17.- an

Ich bleibe beim Kronen-Bouillon-Würfel

Möbel-Magazin
Werkstatt für Polsterwaren
Otto Schmidt
Tapezierer und Dekorateur
gegr. 1871 **Berlin N. 31** Tel.-Amt 3
Gartenstraße 52, am Gartenplatz 9341
Haltestelle der Berliner Straßenbahn Pankow-Schönhausen.
Ausstellung kompletter Zimmereinrichtungen
in allen Holz- und Stilarten
Lager von Teppichen und Portieren
Besichtigung meiner zehn Etagen umfassenden
Ausstellungsräume ohne Kaufzwang erbeten.

Vor Anschaffung
eines Musikwerkes usw. fordern man per
Postkarte auch unseren illustrierten
Hauptkatalog gratis und frei.
Gegen bequeme monatliche Teilzahlungen von
2 Mark
an liefern wir Musikwerke
jeder Art, Automaten, Gram-
mophone, alle Saiten- und
Blas-Instrumente,
Zithern aller Systeme,
Harmonikas, photogr. Apparate, Operngläser,
Feldstecher, Schußwaffen, Schreibmaschinen,
Reidzeuge, Bücher, künstl. gerahmte Bilder etc.
Bial & Freund
Breslau 304 d

Kredit Monatl. 10 R. liefert
eleg. Herrengarderobe
u. Maß (billigste Preise)
Schneidermeister,
Hindenburgstr. 110.
Kasse 10 Proz. Rabatt.

Beste Bezugsquelle
Auf Teilzahlung
Hochzeitl. nur 1 Mark
Herren- und
Damenuhren,
Ketten, Wand-
uhren, Stand-
uhren, Gram-
mophon,
Zithern und
alle
Musikwaren.

Jahre & König,
Warschauer Str. 68,
Reinickendorfer Str. 101,
Göbenstr. 19 und
Frankfurter Chaussee 121
(Laden).

Pianos, vorzügliches, tadellos er-
halten, ist sofort ganz billig zu ver-
kaufen Franzosenstr. 15 I. geradegu.

- Partei-Expeditionen:**
- Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Kochmeisterstr.
 - 2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbischtr. 14, Hof-
partei.
Süd- und Südwesten: Hermann Berner,
Gneisenaustr. 72, Laden.
 - 3. Wahlkreis: St. Fröh, Brimansstr. 81, Hof rechts part.
 - 4. Wahlkreis, Osten: Robert Wengels, Andreasstr. 17. -
Wilhelm Mann, Geiersburgerplatz 4 (Laden).
 - 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Rauffertplatz 14/15
(Laden).
 - 5. Wahlkreis: Leo Rucht, Zimmereisenstr. 13 (Hof).
 - 6. Wahlkreis (Hohbit und Hansaviertel): Karl Anders,
Salzschmelzstr. 8, im Laden.
 - Wedding: Karl Weise, Rajareitstr. 49.
 - Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann
Kochle, Bernauerstr. 9, vorn part.
 - Geandbrunnen: P. Trapp, Steffinerstr. 10.
 - Schönhauser Vorstadt: Karl Wars, Uhrenstr. 123.
 - Adlershof: Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
 - Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Rudowstr. 83 II.
 - Baumshuldenweg: D. Harnig, Marienburgerstr. 13, I.
 - Bernau, Röntgenal, Zopernick, Schönau und Schön-
brück: Heinrich Brose, Hofmeisterstr. 74, part.
 - Bohnisdorf und Falkenberg: Wols Lauß, Bohnisdorf, Ge-
nossenschaftshaus "Paradies".
 - Charlottenburg: Gustav Scharberg, Sesehelmerstr. 1, Hof
Waldstr. 14, Laden.
 - Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage:
Oskar Rahlke, Eichwalde, Stübenaufstr. 93.
 - Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
 - Friedersdorf-Petershagen: G. Hübner, Petershagen.
 - Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernise, Schloßstr. 119,
Hof I, im Eing. Bettelungen nehmen entgegen in Steglitz:
D. Rohr, Duppelstr. 82, und Fr. Schellhase, Wronnstr. 15a.
 - Friedrichshagen: Ernst Berimann, Friedrichstr. 67.
 - Grünau: Hans Klein, Bahnhofstr. 6 III.
 - Johannisthal: Friede, Koller-Wilhelm-Platz 4.
 - Karlshorst: Richard Küter, Adelsstr. 9, II.
 - Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
 - Köpenick: Emil Wähler, Riechstr. 7, Laden.
 - Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto
Seitzel, Kronprinzenstr. 4, I.
 - Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf,
Walderseestr. 14.
 - Mariendorf: August Leip, Chaussee 206, Hof.
 - Nieder-Schöneweide: Max Friedke, Dickerstr. 14 II.
 - Nowawes: Wilhelm Gappe, Friedrichstr. 7.
 - Ober-Schöneweide: August Danjes, Rauffertstr. 2, I.
 - Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Röhren-
str. 30.
 - Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:
P. Gursch, Rameistr. 12, I.
 - Rixdorf: R. Heurich, Redarstr. 2, im Laden.
 - Rummelsburg, Boxhagen: M. Rejentrang, Alt-Boxhagen 56.
 - Schmargendorf: Gustav Kaminski, Cunostr. 2.
 - Schöneberg: Wilhelm Däumler, Martin Lutherstr. 61, im Laden.
 - Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.
 - Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
Hermesdorf und Reinickendorf-West: Paul Rensch,
Borghalmstr. 10, Aufstr. 10.
 - Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Sehenborler Str. 4.
 - Tempelhof: Albert Tziel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
 - Treptow: Rob. Gramenz, Nießholzstr. 412, Laden.
 - Weißensee: R. Rührmann, Sedanstr. 105, partiere.
 - Wilmerdorf-Halensee: Wittnebel, Galtener Str. 4.
- Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Charlottenburg.
S. Hoffmann, Wilmerdorfer Straße 12
Ecke Schulstraße
empfiehlt sein reichhaltiges Lager von
Einsegnungs-Anzügen,
sowie gute, selbst
angefertigte **Herren- und Knaben-Bekleidung.**
Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von M. 45.- an
in eigener Betriebswerkstätte.

**Wichtig für
jede Hausfrau!**

„Ozonit“

aus der Fabrik von
Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan)
modernstes Waschmittel
(Prof. Giessler's Patent)
gibt nach halbstündigem Kochen
blendend weisse Wäsche.
Garantiert frei von Chlor und
allen schädlichen Bestandteilen.
Ein Versuch überzeugt
Zu haben in den einschlägigen Geschäften

1/2 Pfg. 35 Pfg. 1/1 Pfg. 65 Pfg.

Schulzmarke Prof. Giessler's Schulzmarke
„Ozonit“

„Hoffnung“
Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.
Zwischen Rosenthaler Brunnenstr. 185
Ter u. Invalidenstr. Ter u. Invalidenstr.
Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert Schneidergehilfen Berlins.
Empfehl
sich allen **Arbeitern, Parteigenossen**
und **Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter
Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge,
Große Auswahl in
Winter-Paletots, Ulsier, Radfahranzügen u. Fanl-Westen
in allen Größen und Preislagen sowie
Arbeiter-Berufs-Kleidung.
Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
eigenen **Betriebswerkstätten** unter den von
unserer Organisation festgelegten Bedingungen.
Lieferanten 103/1*
der **Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend,**
des **Charlottenburger Konsum-Vereins** sowie des
Arbeiter-Radfahrerbundes.
NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für
eigenen Bedarf fabrizieren und unsere Waren in keinem
anderen Geschäft zu haben sind.

Neue Armin-Hallen
Kommandanten-Straße 58-59. Amt IV. 10115.
Saal für 300 bis 500 Personen
Sonntag, den 13. März 1910, **frei!**
Sonnabende u. Sonntage in diesem u. nächsten Jahre **frei!**

MÖBEL
F. & L. Engelke, Kastanien-
Allee No. 83.
Kleine und mittlere
bürgerliche Wohnungseinrichtungen.
Billigste Preise. Teilzahlung gestattet.

Rixdorf, Selchowerstr. 18,
3 Zimmer und Küche, Preis ca. 500 M.
1 u. 2 „ „ „ „ 216-324 „
2 Läden,
passend für jedes Geschäft, 336, 540 M. 4162L*

Reinickendorf, Schweizer-Viertel, im neuen Zentrum,
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schäfersee's vorzüglich gelegene
billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit
auch ohne Bad, Balkon usw. sofort vermiethbar in den Neubauten der Schiller-
Promenade, Drieger Straße, Mühl-Str. u. Köpenicker- und Thuner Straße.

Wilmerdorf, Prager Straße 16,
2 Zimmer-Wohnungen
mit Zentralheizung etc. 300-450 M. 4161L*

Sofort zu vermieten: 4163L*
Tegel, Bahnhof-Str. 17-18
2 Zimmer u. Küche. Preis 330 M.

Möbel **Komplette Wohnungs-Einrichtungen** **Gustav Richter**
und Einzeilmöbel in jeder Preislage.
Tischdecken - Portieren - Gardinen - Teppiche usw.
Billigste Preise. - Jede Garantie. - Lieferung durch eigene Gespanne frei.
Besteht seit 1886. Eigene Tischler- und Tapezierer-Werkstatt. Besteht seit 1896.
Berlin N., Kastanien-Allee 26.
Telephon: Amt III, No. 769.

An die Leser des „Vorwärts“!

Mampe = Halb und Halb mit dem Schimmelgeipann,

das hundertfach nachgeahmte Original aller deutschen Halb- und Halb-Biköre, die größte Berlinische Spezialität, wird in 7000 Verkaufsstellen von Groß-Berlin geführt.

Wo ist er nicht zu haben?

Die 100 ersten Einsender von je 10 Adressen aus Groß-Berlin, möglichst mit Angabe der Branche (Restaurationen, Kolonialwaren-Handlungen etc.), wo die echte Marke nicht geführt wird, erhalten je eine Flasche Burggräflicher, Preis 2 M.

Nur schriftliche Meldungen an die Expedition von **Carl Mampe, Berlin SW. 11.**



Wir können aus voller Überzeugung behaupten, dass unsere

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

qualitativ von keiner anderen Marke übertroffen werden. Josetti-Junocigaretten sind heute für den Händler die leicht verkäuflichste Marke, denn sie werden stets von Qualitäts-Rauchern bevorzugt.

Josetti-Junocigaretten m. u. n. 10 Stk. 20 Pfl.



Josetti Cigarettes · Josetti Cigarettes

Die Harnleiden
Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN - Preis 1 Mark.
■ Stes Cousend ■
Verlag des Richters Frankfurt (Ober) Buchverlag-Verlag

Warnung

vor minderwertigen Rollschuhen! Sie sind gefährlich und haben zu langsamem Lauf!

Das anerkannt leistungsfähigste Meisterfabrikat ist die Marke: „Sport“

Einrichtung von Rollschuhbahnen Sauberste Präzisions-Arbeit, größte Haltbarkeit, entzückender Lauf, ff. vernickelt, ausziehbar, für jeden Fuß passend, geschützte Kugellagerung, trotz billigster Preise ■ ■ ■
No. 309 für Herren . . . 9.45 M.
No. 310 für Damen . . . 10.45 M.

gegen Voreinsendung zuzüglich Porto oder Nachnahme des Betrages (0.85 M. mehr). — Nachweisbaren Wiederverkäufern entsprechender Rabatt.

Rollschuh-Import-Haus, Berlin I, Friedrichstraße 12.
Prospekte gratis und franko.

Berlin, Alte Jakobstr. 124.
Elektro-Technikum
gegr. 1874. Eig. Fabrik. Elektro-, Radfaher-, Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Werkmeister-, Monteur-Ausbildung, staatl. inspeziert.
Neuer Abendkursus.
Prospekt kostenfrei.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Weltfirma

Gebrüder Rauh Gräfrath bei Solingen

Stahlwaren-Fabrik und Versandhaus I. Ranges

Versand direkt an Private.
Nachstehendes Portemonnaie versenden wir

30 Tage zur Probe!



Abbildung in natürlicher Größe.

Neu! Gesetlich geschützt. Elegant! Praktisch! Bequem und haltbar! In der Tasche nicht auftragend, daher sehr angenehm im Tragen.

Sportbörse „Glückshuf“ 6320.

Herren-Portemonnaie aus fein gerarbtem Nonten-Leder, mit breitem, gut vernickeltem Bügel in Hufeisenform. Vorderseite der Börse mit hochfeiner Pferdekopf-Pressung. Rückseite mit Billettasche, innen mit Geldbehälter, Banknotentasche und Goldtasche mit Extra-Verschluss. Der innere Deckel dient als Zähltasche, da sich der Inhalt des Geldbehälters bequem hineinschütten lässt.

Preis nur Mark 1.30 Mark per Stück.

Aufträge von 15 Mk. an versenden wir portofrei innerhalb Deutschlands u. Oesterreich-Ungarns.

Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages. Garantie-Schein. Nicht gefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.



Eingetragene Fabrik Marke

Umsonst u. portofrei versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren großen illustrierten Pracht-Katalog, welcher zirka 9000 Gegenstände aller Warenlager im Werte von zirka 1/2 Million Mark. Der Weltrauf unserer Firma bürgt dafür, daß nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt. Tausende Anerkennungs-schreiben loben die Güte und Qualität unserer Waren. Bei Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

Katalog gratis
Umsonst zu jed. Apparat 10 neueste Stücke
Die Mi-ll-Opera
spielt wie eine Militärkapelle, singt u. lacht u. amüsiert alle!
Raten-Zahlung
Kein Preis-aufschlag!
Vertreter gesucht!
ott Jacob, sen.
Friedenstr. 9
Berlin 505

Ringfrei!
phönix-Brauerei
Ahtlengesellschaft
Berlin N. 20,
Hochstraße 21-24.
Ringfrei!
Erstklassige Biere.
Ringfrei!

Kronleuchter-Fabrik.
Größte Auswahl.
Vorkauf zu billigsten Fabrikpreis a. Private.
— Musterbuch — n. Außerhalb franko.
Auf Wunsch kulante Zahlungsbedingungen ohne Preiserhöhung.
Siegel & Co.,
Prinzenstraße 33.

Nordhäuser Rautabak
von
Grimm & Triepel, Nordhausen.
Man verlange stets ausdrücklich unser Fabrikat — „Marke Grimm & Triepel“ — und weise die vielfach missbräuchlich — angebotenen geringwertigen Nachahmungen zurück. — Zum Zeichen der Echtheit befindet sich in jedem unserer Röllchen ein Zettel mit unserer Firma in Rotdruck, was wir beim Einkauf besonders zu beachten bitten.
Achtung!

Beinkranke
Dr. Strahl's Ambulatorium
Operationslose Behandlung ohne Berührung
Sprechzeit: 10-12 und 3-5 Uhr,
Sonntags nur Vorm.
Prosp. gratis!
Berlin
Friedrichstr. 105a

Muster an jedermann franko!
Braut- u. Hochzeit-Seide. Die Seiden-Messe
im Seiden-Haus Seiden-Herzog bietet Gelegenheit, die wundervollsten Seiden jeder Art wirklich reell und billig einzukaufen. Auf extra Tischen: Viele Hundert Reste Obupons und Abschnitte, darunter schw. Seiden-Püschle ohne Rücksicht auf die früheren Preise jetzt 1.25, 1.50 p. Mtr. Effektvolle Seiden für Ball-, Braut- u. Gesellschafts-Roben 1.50, 2.25, 2.75 etc. Aparte Blusen- und Jupons-Seiden, Streifen, Karos, Schotten 1.25, 1.50, 1.75 etc. Reinsidene schwarze Damaste, Merveilleux etc. 15.—, 20.—, 30.— p. Robe. Wundervolle doppelbreite Seiden-Gewebe in allen Lichtfarben 3.50, 4.50 etc. Schwere Damast-Futter-Seiden für Jackette und Abendmäntel 1.50, 1.75 etc. Aus der Konfektions-Abteilung: Halbfertige Roben 7.50, 10.50, 15.— etc. Viele Hundert schicke seidene Blusen 10.50, 12.50, 15.— etc. Seidene Jupons u. Röcke in allen Preislagen von 10.50, 15.—. **1 Serie wundervolle reichgarnierte Seiden- und Spitzen-Blusen** (durch Auslage etwas gelitten), früher bis ca. 30.—, jetzt durchschnittlich 8.—, 10.— zum Ausschauen.
Seiden-Herzog nur: Leipziger Str. 79, 1 Treppe am Dönhofsplatz.
Der Verkauf beginnt Montag 9 Uhr.

+ Magerkeit +
schwindet durch Häufiges Nährpulver „Thilosol“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unersch. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin N., Greifenhagenstr. 70. Depots in folgenden Apotheken: Leipzigerstr. 74 (Dönhofsplatz), Potsdamerstr. 29, Köpenickerstraße 119, Bernburgerstr. 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinickendorferstr. 1. Spandau: Adler-Apothek, Potsdamerstr. 40. Best.: Pfäfers. Eiw. Haemogl. Lecith. Ham. Natronchl. Cae. Zucker.

Nur einmal jährlich!

Zum

Inventurpreis!

Eine Partie Echter Plüsch-

Teppiche

prima Qualität (kein Axminster!)

wundervolle Muster-Auswahl

Größe ca. Mk. Wert

130/200 cm 13.25 (20.00)

160/230 cm 19.35 (30.00)

200/300 cm 29.50 (44.00)

250/350 cm 51.50 (70.00)

300/400 cm 83.50 (105.00)

Herrliche Prachtstücke in Brüssel, Axminster, Perser, Velours, Tapestry, Englisch Block, Velvet und Smyrna. Sofa-Größe 5, 10, 15-40 M. Salon-Größe 15, 20, 30-150 M. Saal-Größe 45, 60, 75-500 M.

10% Sonder-Rabatt auf Echte Perser

à 150, 225, 300 bis 1500 M.

Kelims, Djidjims etc. billigst.

Nach anweisung per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882

nur Oranienstr. 158.

Unterhalte nirgends Filialen!

Inventur-

Extraliste u. Katalog

enorm billiger Extra-Angebote

(600 Abbild.) gratis u. franko.

Selten Kaufgelegenheit

günst. für Hotels, Pensionate

etc. etc.

Verleih-Institut:

Friedrichstr. 115/1, a. Oranienstr.

Ver. Weg. Road, Gehrad

1,50, 2,00, 3,00, 5,00, 10,00

Prack

Garten-

städte:

□ R. 20 M. an

in Niedersdorf, Stadtbahn.

□ R. 15 M. an

Seefeld, am Bahnhof.

□ R. 15 M. an

Bahnhof, Sadowa, Niedersdorf, Kaulsdorf, Süd.

□ R. 12 M. an

Kaulsdorf, am Bahnhof.

□ R. 4 M. an

in Petersdögen, Ostbahn.

Kleinste Anzahlung.

Bequemste Abzahlung.

Verkaufsstellen an

den Bahnhöfen.

Nieschalke & Nitsche

BERLIN,

Neue Königsstr. 16.

Tele. VII 6376.



Der Herr Justizrat schreibt: „Ich sehe mit Ihren Optal-Gläsern so vorzüglich wie nie zuvor.“
Schultz, Justizrat und Notar, Filehne.

Einwandfreier und überzeugender kann die Überlegenheit meiner Optal-Gläser nicht bewiesen werden, als durch dieses freiwillig gependete Lob eines so vertrauenswürdigen Beurteilers. Optal-Gläser schonen die Augen.

Die Augen-Untersuchung ist völlig kostenlos in meinen vier Geschäften. Nach mehreren ausgezeichneten Methoden wird Ihre Sehkraft geprüft und für jedes Auge einzeln das korrekt passende Glas ermittelt.

Da jede der angewandten Methoden allein schon ein richtiges Resultat verbürgt, so müssen Sie mit absoluter Sicherheit passende Gläser in meinen vier Geschäften erhalten. Ich garantiere dafür durch bedingungslosen Umtausch oder Rückzahlung des vollen Betrages. Augenärztliche Ordination kostenlos in folgenden Stunden: Am Alexanderplatz von 10-12 und 5 1/2-7 Uhr, Link-Str. 1 von 11-1 und 5 1/2-7 Uhr, Brunnen-Str. 12 von 1 1/2-5 Uhr.

In 14-jähriger Tätigkeit hat sich mein Unternehmen zu dem grössten seiner Art in Deutschland entwickelt aus dem einfachen Grunde, weil ich niemals das Tragen von Augengläsern empfehle, wenn solche nicht absolut nötig sind und weil ich trotz meiner billigen Preise meiner Kundschaft stets nur Ware von guter Qualität geliefert habe und liefern werde.

Brillen und Kneifer von M. 1,- an. Optal-Gläser Paar M. 1,50.

Optiker RUHNKE, Berlin

Oranien-Str. 47, a. d. Luckauer Str.

Friedrich-Str. 190, Ecke Kronen-Str.

Am Alexander-Platz, neben Aschinger

Turm-Str. 47, an der Emdener Strasse.

Brunnen-Str. 12, a. d. Veteranen-Str.

Link-Str. 1, Ecke Potsdamer Strasse

Chaussee-Str. 72, nahe Wedding

Am 7. März Eröffnung Karl-Str. 8 und Tauentzien-Str. 19

Sophien-Säle

Sophienstraße 17/18

Querstraße der Rosenthaler Straße

am Hackeschen Markt

Inhaber: Paul Baatz

empfiehlt seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen, Vortrag- u. Kunstabenden usw. Vorgängl. illust. Katalog. Entgegenkommen

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog im Empfehl. viel Ärzte u. Prof. grat. u. n. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstrasse 91/9



Vergessen Sie nicht

an die Anschaffung der Frühjahrs-Garderobe zu denken. Die vorteilhafteste und beste Bezugsquelle dafür, die als streng reell bekannte Firma:

M. Glogau

Alte Jakob-Strasse 73, I., II., III., IV. Etage
(Ecke Dresdnerstrasse und Rosstrasse)

Abt.: Herren - Konfektion

unerreichte Auswahl in Anzügen, Saccos, Jacketts- und Rock-Anzügen, Paletots - Ulster

Anzahlung von 5 Mark an. — Abzahlung pro Woche 1 Mark

MÖBEL auf Kredit

Abt.: Damen - Konfektion

nur moderne schicke Fassons in Kostümen, Röcke, Blusen, Jacketts - Mäntel

Einzelne Gegenstände (Anzahlung von 3 Mark an)

Ganze Einrichtungen (Anzahlung von 12 Mark an)

Zur gefl. Beachtung!

Gratis erhält jeder Käufer sofort einen wunderbar schönen Gegenstand als Präsent!



Eine bedeutende Vergrößerung

der Lagerräume muss das Möbel-Fabrik-Lager Sigmund Misch

vornehmen. Ein Beweis, dass die reelle Geschäftshandhabung vom Publikum anerkannt wird.

Teilzahlung gestattet.

Dresdenerstr. 16, am Kottbuser Tor.

Verlangen Sie Zusendung von Prospect A für kostenlose lebenslangliche Unfallversicherung.



Generalvertreter für Berlin, Brandenburg und Posen Franz Kaiser, Berlin W. 8., Mohrenstr. 22/23.

Heute Sonntag, von 8 Uhr früh an Flugblattverbreitung

von den bekannten Stellen aus.

Morgen Montag: Frauen-Leseabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg! Im März erscheint wiederum eine neue Lokalliste. Wir ermahnen daher, alle Änderungen bezw. Neuaufnahmen bis spätestens Sonntag, den 6. März, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen: Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Vartisch, NW. 20, Lessingstraße 32. Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Bergmannstraße 95, II. Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 59, Urbanstraße 93. Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Kott, O. 84, Stragmannstraße 29. Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, O. 54, Auguststraße 51, C. 1. Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, N. 53, Uckerländer Straße 17, II. Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenhalsstraße 24. Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Kofz, Nizdorf, Selchow Str. 15-16, IV. Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Emil Schubert, Spandau, Kurstraße 21. Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, eruchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalkreise so oft gefassten Beschluss hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzufügen, gleichgültig, ob Veränderungen vorgelommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 6. März einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des Weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einwendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Epernotiz handelt (Verzögerungen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Richard Henschel, Berlin N. 53, Uckerländer Straße 17, II.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Am heutigen Sonntag, nachmittags 2 Uhr findet im Volkshaus zu Charlottenburg, Kottbusstraße 3, die Kreis-Generalversammlung statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Der internationale Kongress in Kopenhagen, Wahl der Delegierten. 3. Anträge. Die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein. Mitglieder haben als Gäste Zutritt.

Der Zentralvorstand.

Groß-Lichterfelde. Morgen (Montag) abends 8 1/2 Uhr findet im „Kaiserhof“ am Kronoldplatz eine öffentliche Kommunalwählerversammlung statt, in welcher der Stadtverordnete Genosse Ewald Berlin über „Kommunalpolitik und Sozialpolitik“ sprechen wird.

Die Übungsstunde des Gesangvereins „Männerchor Groß-Lichterfelde“ fällt wegen obiger Versammlung Montag aus und findet dafür am Dienstag statt.

Lichtenberg. Außerordentliche Generalversammlung Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Schwarzer Adler“, Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5/8. Sehr wichtige Tagesordnung: Einführung eines Extrabeitrages, Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung.

Marienthorf. Die Flugblattverbreitung findet am Montag abends 7 Uhr von den bekannten Bezirkslokale aus statt.

Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Aus Anlaß der bevorstehenden Gemeindevahlen findet am Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, in Rörners Blumenpark eine öffentliche Wählerversammlung statt. Genosse Grünow wird über die Bedeutung der Wahl referieren. Hieraus werden die Kandidaten aufgestellt.

Am Montagabend findet eine Handzettelverbreitung von den Bezirkslokale aus statt.

Der Vorstand.

Schmargendorf. Am Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, findet im Schützenhause, Hundeshlegelstraße, eine große öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag über „Gemeindevahlen“. Die Genossen werden ersucht, Augenmerk auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Der Vorstand.

Bargen-Nummelsburg. Heute, Sonntag, früh 8 Uhr von den bekannten Lokale aus Flugblattverbreitung über den ganzen Ort.

Der Vorstand.

Karlshorst. Heute, Sonntag, früh 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung statt.

Stralsau. Am Dienstag, den 1. März, findet eine Handzettelverbreitung von den Bezirkslokale aus statt.

Adlershof. Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Wölslein eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Weshalb beteiligen wir uns an den Gemeindevahlen? Referent: Gemeindevorsteher B. Hildebrand, 2. Diskussion.

Reinickendorf. Heute früh 8 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen.

Die Bezirksleitung.

Wilhelmsruh-Niederschönewald. Am Dienstag, den 1. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Kollmann, Kronprinzenstraße 2, unsere Mitgliederversammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen muß jeder Genosse erscheinen.

Die Bezirksleitung.

Ziegel. Die Genossen und Genossinnen werden auf den morgen (Montag) bei Hales, Brunnenstr. 23, stattfindenden Diskussionsabend aufmerksam gemacht; gleichzeitig sind über die Gemeindevahlen wichtige Mitteilungen zu machen.

Die Bezirksleitung.

Sermödorf. Am Dienstag, den 1. März d. J., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „zum Forthaus“, Auguste-Viktoria-Straße, eine öffentliche Gemeindevählerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung.“ Referent: Stadtverordneter Genosse W. Rühl. 2. Diskussion. 3. Aufstellung unserer Kandidaten.

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Bebel unter den Berliner Parteigenossen.

Unbergeßlich bleiben wird allen Teilnehmern die Veranstaltung, die die Berliner Genossen zu Ehren unseres nunmehr 70 Jahre alten Kampfgenossen August Bebel am Freitag in der „Neuen Welt“ in der Gosenheide arrangiert hatten.

Trotzdem der größte Saal Berlins zu dieser Feier gewählt war und die Räumlichkeiten überfüllt waren, war es nur einem verhältnismäßig kleinen Teil von Genossinnen und Genossen aus allen Wahlkreisen und Bezirken Groß-Berlins vergönnt, an der denkwürdigen Festlichkeit teilzunehmen.

Als das Geburtstagskind den Saal betrat, wurde es allseitig lebhaft begrüßt. Nach Vortrag eines von Ludwig Reissen verfassten, von G. Winkler gesprochenen, der Bedeutung des Tages entsprechenden Prologs, betrat Genosse Richard Fischer das Podium und nahm das Wort zur Begrüßungsrede.

Im Auftrage und im Namen der Berliner Genossen entbiete er dem Geburtstagskinde und alten Parteifreunde herzlichen Glückwunsch und Dank. Besondere Glücksumstände und ein besonderes Schicksal hätten Bebel an eine Stelle gestellt, wo er Großes und Schönes für die Partei geleistet hätte. Wohl habe Bebel sich verbeten, Gegenstand besonderer Ehrungen zu sein, da er glaube, nur seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben. Das sei aber nicht ganz richtig. Bebel habe mehr getan und uns auch viel gegeben. Und unter Hinweis auf alles über Bebel schon Gesagte entrollte der Redner ein Bild von der besonderen Bedeutung Bebels, von seinem rastlosen Wirken und seiner Arbeit im Dienste des Proletariats. Bebel sei es gewesen, der nach Erlaß des Schandgesetzes die Fahne aufhob, die versprengten Truppen sammelte und weiter führte. Wo sind denn alle unsere Verfolger, wo sind die Lessendorfs, Funkammer und andere geblieben? Kaum ein Mensch spricht noch von ihnen, und wenn, dann nur im Tone der Verachtung. Und keinen geringen Anteil habe Bebel an dem Sturze jenes anscheinend allmächtigen Mannes, des Fürsten Bismarck, der uns zu vernichten glaubte, schließlich aber selbst das Opfer wurde. Groß und mächtig sei unsere Partei geworden — die stärkste Partei Deutschlands — nicht zuletzt unter der kräftigen Initiative unseres Bebel. Es sei nicht wahr, daß Bebel ein Mann sei, wie wir alle. So gut es nur einen Schiller, nur einen Goethe, nur einen Lincoln, nur einen Marx gegeben, so gebe es nur einen Bebel.

Die Berliner Genossen danken auch seiner Gattin. Nur daß sie in den vielen Jahren der schweren Kämpfe, der schlimmsten Verfolgungen, die Bebel zirka fünf Jahre seines Lebens in den Kerker warfen, ihm treu und redlich zur Seite gestanden, ihm viele Sorgen verschonete, nur dadurch habe Bebel das leisten können, was er geleistet hat. Die Genossen danken Bebel für seine opferfreudige Tätigkeit, die er ein halbes Jahrhundert im Dienste des Proletariats ausgeübt, und hoffen, ihn noch lange in ihrer Mitte kämpfen zu sehen. Vor 28 Jahren hätten die Genossen New Yorks zwar schon eine Totenfeier für Bebel veranstaltet, was für ein langes Leben unseres August Bebel den Beweis geliefert habe. Den Dank, den die Genossen Berlins ihrem alten Kriegskameraden abstatten wollten, bestünde darin, daß sie gelobten, mit aller Kraft und Entschiedenheit für die Ideen zu streiten, für die Bebel sein ganzes Leben gekämpft habe; mit ihm, so lange er noch unter uns weile, nach ihm, wenn er von uns gegangen.

Donnernden Beifall lösten die von innerster Ueberzeugung getragenen Worte Fischers und bewiesen, wie sehr er den Genossen aus dem Herzen gesprochen. Nach Rezitation eines von Fräulein Winkler vorgetragenen schlichten „Festgruß einer Proletarierin“ nahm der Gefeierte, Genosse Bebel, selbst das Wort und mit einer geradezu jugendlichen Frische sagte der Siebzigjährige u. a.:

Er sei tief gerührt von dem herzlichen Empfang, den die Genossen ihm heute bereitet hätten, er danke aus vollem Herzen. Ihm scheine aber, als ob die Verherrlichung, die mit seiner Person getrieben werde, und das Bestreben, ihn zum „berühmten“ Manne zu machen, noch für ein Stück Autoritätsglaube spreche, der in manchen Genossen noch stecke. Er habe nur getan, was er glaubte tun zu müssen. Und was hätte alles Reden, alles Predigen genützt, wenn nicht die wirtschaftliche Entwicklung erst den Boden bereitet hätte, in dem der Samen des Sozialismus ausgestreut werden konnte. Erst der Kapitalismus habe die Bedingungen für den Sozialismus geschaffen.

Und nun zeichnete Bebel in großen Zügen ein Bild von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Deutschlands, wie die Sozialdemokratie von Sieg zu Sieg geeilt sei und Widerstände überwunden, die sich hemmend entgegenstellten. Wie sehr man mit uns rechnen müsse, beweise die Tatsache, daß man sich überall, im Reichstag und im Landtag den Kopf zerbreche, um unseren Siegeslauf zu hemmen. Dabei komme man zu keinem gefunden Fortschritt mehr. Die politischen Verhältnisse spitzten sich immer mehr zu. Die Situation sei günstig; an uns liege es, sie gehörig auszunutzen. Wenn nicht alles trüge, würden wir bei den nächsten, Ende nächsten Jahres stattfindenden Wahlen den bürgerlichen Parteien, die sämtlich gegen uns seien, einen Generalmarß blasen, daß unsere Gegner hören und Sehen vermag und an den sie noch lange denken sollen. Wozu wird die Gegner dann die Angst vor der Sozialdemokratie sie treiben?

„Genossinnen und Genossen!“ schloß Bebel, „ich bin ein alter Kerl. Da kann einem der Atem bald ausgehen. Aber das sage ich Euch! Den Tag möchte ich noch erleben, wo ich Euch die Sturmflut in dem dann folgenden Kampfe vorantreiben könnte. Und daß wir alles daran setzen wollen, um unserer großen Sache zum möglichst baldigen Siege zu verhelfen, das laßt uns bekräftigen durch den Ruf: Die internationale Sozialdemokratie lebe hoch! hoch! hoch!“

Unter nicht endemwölkendem Jubel stimmten die anwesenden Genossen in das Hoch ein. Die Blut der Begeisterung war durch die Rede Bebels zur hellen Flamme entfacht und unter endlosem Beifall verließ Bebel die Tribüne.

Umrahmt war die Feier durch einen gut zusammengestellten geselligen Teil. Das Konzertorchester (Zivilberufsmusiker unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Jürgang) hatte ein vorzügliches Konzertprogramm aufgestellt. Den geselligen Teil bestritten der Männerchor „Typographia“, der sich durch seine großen Chöre wie „Götterdämmerung“ von Jöllner und „In den Alpen“ von Hegar ganz besondere Anerkennung verdiente und die Konzertfängerin Fräulein Anni Brehmer, die einige recht hübsche Volkslieder gut zum Vortrag brachte. Die Rezitation lag in den Händen des Herrn Eduard von Winterstein vom Deutschen Theater, der ein aufmerksames und dankbares Publikum fand.

Die harmonisch verlaufene Feier fand erst gegen 12 Uhr ihr Ende. Draußen aber vor der Tür und in der Nähe des Festlokals patronisierten mehrere Polizeioffiziere auf und ab. Schutzleute waren vereinzelt sichtbar. Eine große Zahl soll anderweitig untergebracht gewesen sein, um auf einen Wink den Staat zu reiten. Die Gelegenheit bot sich aber nicht!

Von der „Wiesenburg“.

Wenn kleine Geister mit ihrer Kunst am Ende sind und merken, daß die von ihnen verfasste Karre nicht mehr aus dem Dreck zu ziehen geht, suchen sie einen Ulyssesleiter und wollen andere Leute für ihr Tun mitverantwortlich machen. Dieses Kleinlinderzept befolgt jetzt tapfer auch Herr Fischel, indem er sich auf die bekannten Anklagen gegen die unhaltbaren Obdachlosen damit herauszureden versucht, daß es in der „Wiesenburg“, dem Asyl des Berliner Asylvereins in der Wiesestraße „ebenso“ zugehe. Natürlich kann das Herr Fischel nicht beweisen. Wir möchten glauben, daß er noch niemals in der „Wiesenburg“ zu Besuch war. Sonst müßte er doch der Wahrheit die Ehre geben und sich, wenn er es noch kann, über den gewaltigen Unterschied schämen. Ein genauer Kenner der Wiesenburg, der in seiner Sturm- und Drangperiode sehr häufig dort nächtigte und scharf beobachtete, schreibt uns zur Steuerung der Wahrheit folgendes:

„Die Erklärung des Stadtrats Fischel, daß auch in der Wiesenburg feste gebauen und gerodermäßig Unzucht getrieben werde, ist geradezu frivol und offenbar wider besseres Wissen abgegeben. Ich habe bei mindestens dreißig Besuchen dortselbst im Laufe eines Jahres niemals auch nur eine Spur davon bemerkt, obwohl ich mitunter stundenlang wach lag. Insbesondere habe ich nie beobachtet, daß Aufsichtsbearbeiter Obdachlose auch nur groß angesehen hätten. Selbstverständlich herrscht ein energischer Ton, der auch zur Aufrechterhaltung der Disziplin notwendig, aber von jeder Rohheit weit entfernt ist. Im Gegenteil habe ich wiederholt beobachtet, daß hier die Aufsichtsbearbeiter über ihre eigentliche Pflicht hinaus ein Herz für die Obdachlosen hatten. Selbst wenn Obdachlose, die stark angetrunken oder als Störenfriede bekannt sind oder sich ungebührlich oft hintereinander einfinden, bei der Eintrittskontrolle abgewiesen werden, kommt es nach meinen auch von zahlreichen anderen Seiten bestätigten Erfahrungen selten zu lärmenden Ausbrüchen, die zudem im Reime erstickt werden, das heißt ohne Faustschläge und Schmutzwörter. Unstille Handlungen sind so gut wie ausgeschlossen, da jede Drahtbettstelle von der anderen mehr als einen halben Meter entfernt ist, überdies auch eine geregelte nächtliche Kontrolle ohne jede Schlafstörung stattfindet. Die Obdachlosen wissen, daß man ihnen hier menschenfreundlich entgegentritt, und gehorchen daher aufs Wort. Dabei sind es im großen und ganzen ähnliche Elemente, denn wohl jeder einzelne, der die Palme auffacht, hat zuvor auch schon in der polizeireichen „Wies“ geschlafen. Wichtig ist nur, daß auch hier gelegentlich gestohlen wird, was aber auch bei der strengsten Aufsicht niemals ganz zu vermeiden ist. Die Wäsche, Gabel-, Speise- und Schlafeinrichtungen des Vereinsdachs sind so oft beschrieben worden, daß der Vergleich mit der „Palme“ wie Tag und Nacht ausfällt. Die ganze Art der Aufnahme, die strenge, doch mit vernunftgemäßer Behandlung verbundene Disziplin ist geradezu geeignet, erzieherisch oder aufmunternd zu wirken. Hier wird fast unmerklich jeder gezwungen, sich daran zu erinnern, daß er Mensch und kein Tier ist und daß er die Selbstpflicht hat, sich wieder emporzurichten. So gering auch nur die geringe materielle Hilfe für den Einzelnen ist, geht doch von dem Vereinsdach und von dem polternden, aber sozialen „Drahtbater“ etwas Wohlwollendes aus, während man nach jedem Besuch in der „Palme“ stundenlang einen unfagbaren, nicht von dem Obdachlosenstamm herrührenden Ekel empfindet. Sollte man sich in Magistratskreisen endlich entschließen, das städtische Obdach ähnlich wie die „Wiesenburg“ einzurichten, so würde das ganz gewiß keine noch größere „Anziehungskraft auf das Gesindel im ganzen Lande“ ausüben, wohl aber vielleicht auf die Moral

auch der Gefunkenen einwirken. Nur weil die Obdachlosen der Stadt die Obdachlosen als halbe Tiere behandelt, gebärden sich manche Elemente auch als Tiere."

Diese Behauptung stammt von einem Manne, der sich heute in hochgehender Stellung und sogar in guter Vermögenslage befindet. Er bezeichnet sich in der Sache als ganz unparteiisch und meint, daß es erst mal anders werden kann, wenn an der Spitze des Berliner städtischen Asylwesens ein Menschenfreund steht, der sich in das Seelenleben der Obdachlosen aller Schattierungen hineinsetzt, nicht aber mehr ein Mann, dem der Wohlstand alles und die Armut nichts ist.

Zu der magistratsmäßigen Darstellung der Obdachzustände schreibt uns Herr Fritz Schwehnert:

Wenn in einigen Freistimmorganen behauptet wird, daß das Strafverfahren gegen einen der von mir bezeichneten Päderasten deshalb hätte eingestellt werden müssen, weil ich auf dem Polizeipräsidium erklärt habe, daß ich von strafbaren Handlungen nichts gesehen hätte, so bedarf das einer Richtigstellung. Die Sache ist nämlich die, daß der Kommissar, der mich vernahm, mir einen Kommenz zum § 175 vorlas und dabei ausdrücklich betonte, daß der Tatbestand jenes Paragraphen erfüllt sei, wenn Handlungen nachgewiesen würden, die ich hier auch nicht andeutungsweise wiedergeben kann. Diejenigen ekelregenden Manipulationen, von denen ich in meinem Artikel gesprochen habe, seien dagegen nicht direkt strafbar. Dem Umstand, daß ich begreiflicherweise das „böswillige“ Unausprechliche nicht nachweisen konnte, benutzt man nun an gewisser Stelle, um den Trumpf auszuspielen, ich hätte strafbare Handlungen dieser Art überhaupt nicht gesehen oder doch die Behauptung, daß ich sie erlebt hätte, nicht aufrecht erhalten. Dieses Wanderverhalten der Verleumdungskomödie, die Herr Fritsch mit dem „Schwulen Peter“ veranstaltet hat, wärde an die Seite. — Was dagegen die Behauptung anbelangt, daß Doppelprüfchen, die zur körperlichen Verführung direkt herausfordern, nicht vorhanden gewesen seien, so wundere ich mich auch in diesem Punkte über eine — Kühnheit, die in einem Atem festgestellte Tatsachen ableugnet und Verdächtigungen — wie z. B. die gegen die „Wiesenburg“ — ausdrückt, deren Fallosigkeit im Handumdrehen nachgewiesen werden kann. Ich persönlich habe in der „Palme“ von ganz objektiv urteilenden Leuten, die auch die „Wiesenburg“ genau kannten, gerade das Gegenteil von dem gehört, was der nervöse Herr Fritsch von „jungen Asylbewohnern“ (vermutlich aus der Umgebung seines Vertrauensmannes „Peter“) über dieses Wohlfahrtsinstitut erfahren haben will. Herr Fritsch dürfte also sehr wenig Ursache haben, anderen Leuten phantastische Uebertreibungen auf Konto zu legen.

Nach Mitteilung des statistischen Amtes der Stadt Berlin sind bei den hiesigen Standesämtern in der Woche vom 13. bis einschließlich 19. Februar 943 Lebendgeborene, 287 Todesfälle, 89 Totgeborene, 508 Sterbefälle, darunter 119 Sterbefälle der Kinder im Alter bis zu 1 Jahr zur Anmeldung gekommen.

Im Berliner Lehrerverein sprach am letzten Freitag Herr Rektor Seinig-Charlottenburg über „Die Einführungsmöglichkeiten des Werkunterrichts in der Großstadt“. Der Vortragende behandelte diese Möglichkeit und unterrichtete den Nachweis durch Vorführung praktischer Beispiele aus der Schularbeit. Er vertrat nicht den Gedanken der Arbeitschule im weiteren Sinne, die Werkstättenunterricht und Werkunterricht umfaßt, sondern forderte Einführung lediglich des Werkunterrichts, der als Handbetätigung zur Unterstützung des Unterrichts in jedem Räume möglich ist und als Prinzip das ganze Schulgebäude zu durchdringen hat. Aus den Ausführungen sei noch das Folgende wiedergegeben:

Als leicht im Unterricht durchführbar haben sich von allen Handbetätigungen herausgehoben: Zeichnen, Formen oder Modellieren, Scheren- und Messerarbeiten. Die Forderung der Handbetätigung ist nichts Neues, nichts den Schulbetrieb Umwälzendes; denn zahlreiche Schulen haben diese Forderung schon in die Praxis umgesetzt. Die werktätige Betätigung läuft hinaus auf praktische, vertiefte Veranschaulichung weniger wichtiger Objekte. Deren Auswahl wird bestimmt durch die Forderungen der Wirklichkeit, Leichtförmigkeit, Leichtdarstellbarkeit und genügender unterrichtlicher Wichtigkeit. Nicht jedes Objekt muß also in jedem gegebenen Falle werktätig behandelt werden. Die Realfächer werden am meisten von dieser Unterrichtsmethode berührt; die ethischen Fächer behalten nach wie vor ihre dominierende Stellung. Die drei wichtigsten Schritte zur Einführung des Werkunterrichts in die Gemeindefschule der Großstadt sind die nötigen installatorischen Maßnahmen, ein gut durchgeführtes Sammelsystem und eine entsprechende (auch erzieherisch wirkende) Schülerorganisation. Die Einführung kostet Geld, Zeit und Kraft, und damit ist das lebhafteste Interesse der drei tätigen Faktoren Stadtbehörde, Regierung und Lehrerschaft erklärt. Der Aufwand dieser drei Genannten ist aber nicht so groß, als es den Anschein hat. Vorbereitende Maßnahmen fürs Ganze sind unbedeutend. Einleitende Vorträge und Kurse sind unumgänglich nötig, dergleichen die Einführung eines diesbezüglichen Betriebes ins Seminar.

Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Die Notwendigkeit einer Durchdringung des Schulunterrichts im Sinne des Prinzips der Handbetätigung fand allgemeine Anerkennung.

Hausbesitzervereine. Auf die in der Offenlichkeit auch in einer Sitzung der Stadtverordneten erörterte Beschwerde des Hausbesitzervereins „Süden“ gegen den Plan einer Verbindung der Alten Jakob- mit der Joffener Straße haben jetzt die Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten den beschwerdeführenden Verein beschieden. Es heißt in dem Bescheid: „Der Vorstand hat in seiner Beschwerde an den Oberpräsidenten vom 11. Mai 1909 den Vorwurf erhoben, das städtische Projekt einer Verbindung der Alten Jakob- mit der Joffener Straße sei mit Privatinteressen einflussreicher, an der Stadtverwaltung beteiligter Persönlichkeiten verquickt worden, wodurch, zumal schon ein gleicher Fall bekannt geworden sei, zum mindesten unliebsame, nicht im Interesse des Ansehens der Selbstverwaltung liegende Schlussfolgerungen ausgelöst werden müßten.“

Für diesen Vorwurf hat der Vorstand keinen Beweis erbracht, sich vielmehr mit Annahmen und Vermutungen begnügt.

Demgegenüber war der Oberpräsident durchaus im Recht, wenn er in seinem, an den Vorstand gerichteten Bescheid vom 30. Juli 1909 den gegen die hiesige Stadtverwaltung erhobenen Vorwurf als eine jeder tatsächlichen Grundlage entbehrende Verdächtigung auf das entschiedenste zurückwies.

Es kann lediglich Befremden erregen, wenn der Vorstand darauf, obwohl auch eine sachliche Klarstellung der fraglichen Verhältnisse in der Begründung des Oberpräsidentenbescheides gegeben war, in seiner weiteren Beschwerde vom 24. August 1909 abermals die Behauptung aufgestellt hat, daß Privatinteressen mitgesprochen hätten und auch hätten mitreden müssen, und wenn er noch der eingehenden Besprechung der Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung am 11. November 1909, anstatt den Vorwurf nun endlich rundweg zurückzugeben, ihn in den Eingaben vom 24. Dezember 1909 und vom 21. Januar 1910 noch immer aufrecht zu halten sucht, dabei aber nur zeigt, daß er Beweise auch nicht noch nicht vorzubringen hat.“

Der Grund der Freibeit des Hausbesitzervereins „Süden“ ist darin zu suchen, daß er ein ihm genehmtes, den Interessen seiner Mitglieder dienendes Projekt verwirklicht sehen will.

Diebe in luftiger Höhe. Unter großer Lebensgefahr verübten dreizehnburschen im Weiden der Stadt einen Diebstahl. Sie ließen sich abends in das Haus Luisenpark 18 einschließen und stiegen dann auf das Dach hinauf. Dort besichtigten sie die am Rande des Daches entlanglaufenden Bronzedrähte des Blitzableiters, die

nach dem Nebengrundstück hinüberzuführen. Die Langfinger konnten bei dem Diebstahl Gefahr laufen, jeden Augenblick in die Tiefe zu stürzen. Und dies alles, um die geringe Beute von etwa 60 Meter Bronzedraht.

Vor einem gefährlichen Rationsschwindler warnt schon wieder die Kriminalpolizei. Es handelt sich um den Kaufmann Paul Ritzdorf aus der Bismarckstr. 1 zu Steglitz. R. gibt sich als Haus- und Grundbesitzer aus und engagiert junge Leute, die er gegen Rationen anstellt. Die jungen Leute, die teilweise recht hohe Summen hinterlegen müssen, sehen von dem Gelde niemals etwas wieder. R. behält es für sich und die Betrogenen haben obendrein noch das Vergnügen, sich wieder nach einer anderen Stellung umzusehen. Auf diese Weise hat der Betrüger schon eine ganze Reihe von Opfern um erhebliche Summen gebracht.

Ein verhängnisvoller Unglücksfall ereignete sich gestern auf dem Neubaugrundstück Friedenstr. 8. Aus dem vierten Stockwerk fiel ein schwerer Mauerstein herab und unglücklichweise wurde der 29 Jahre alte Steinträger Johann Olesnjak, Grüner Weg 89 wohnhaft, der gerade unten vorüberging, getroffen und niedergeschmettert. O. brach bewußtlos zusammen und wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Er hat anscheinend einen Schädelbruch erlitten.

Totgefahren. Von einer Krafibrofsäule totgefahren wurde in der Nacht zu gestern der 30 Jahre alte Schneider August Blank aus der Straußberger Straße 42. Als er vor dem Hause Kohlringer Straße 59 den Fahrdamm überschritt, fagte ihn der Kraftwagen Nr. 8870. Blank erlitt einen Schädelbruch und Rippenbrüche. Im Lazaruskrankenhaus, wohin man ihn brachte, konnte nur noch der Tod festgestellt werden. — Totgefahren wurde ferner gestern mittag um 12 Uhr ein etwa 50 Jahre alter Mann. Er befand sich auf dem Wege von einer Armenküche nach Hause und überschritt mit einem mit Speise gefüllten Topf in der Hand den Fahrdamm der Grünauer Straße unweit der Grünauer Brücke. Er übersah die Annäherung eines Fuhrwerks der Dampfwascherei Schneewittchen von der Wiener Straße her, und wurde umgefahren. Auf der Rettungswache am Görlicher Bahnhof traf er als Leiche ein. In dem Ueberfahrenen wurde der frühere Schneider Albert Bartisch aus der Schönleinstr. 17 festgestellt, der in kinderloser Ehe lebte. Bereits vor zwei Jahren hatte er einen Strafenunfall erlitten und war arbeitsunfähig. Er bezog Armenunterstützung und Suppenmarken.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht des Genossen Burm in Naturerkenntnis muß auch an diesem Montag, den 23. d. M., ausfallen und wird erst am Montag, den 7. März, wieder beginnen. Näheres darüber sowie über die Ersatzstunden wird in der nächsten Sonntagsnummer des „Vorwärts“ bekannt gegeben werden.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt in dieser Woche der mit zahlreichen farbigen Bildern und Wandspanoramen ausgestattete Vortrag: „Im Firmenglanz des Ober-Engadin“ noch am Sonntag, Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend zur Darstellung. Am Mittwoch wird, wie bereits angekündigt, Herr Eugen Jabel einen Vortrag „Vom Aremi zur Roma“, welcher illustriert sein wird durch eine große Anzahl Lichtbilder, halten, der voraussichtlich am Freitag noch einmal wiederholt werden wird. Außerdem finden am Mittwoch und Sonnabend Wiederholungen des Vortrags „In den Dolomiten“ zu keinen Preisen statt, während Herr Hofphotograph Hans Hildenbrand aus Stuttgart seinen Vortrag „Photographie in natürlichen Farben, System Lumiere“ am Montag, nachmittags 5 Uhr, noch einmal halten wird. Im Hofsaal spricht am Dienstag Herr Dr. C. Zahn über: „Die Anfänge der Wissenschaft des Menschen“, am Mittwoch Herr Professor Rathgen über: „Schwefelsäure, Kochsalz, Salzsäure und Soda“, am Donnerstag Herr Dr. W. Bernth über: „Die Faktoren der Aufwärtsentwicklung des Menschen“ und am Sonnabend Dr. Gehlhoff über: „Die Wärmewirkungen des elektrischen Stromes“.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlin und der Bezirke veranstaltet auch in diesem Jahre wiederum hygienische Vorträge, die wie nachstehend aufgeführt stattfinden. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann unentgeltlich.

Am Donnerstag, den 3. März, sprechen in den Aulen der nachbenannten Gemeindefschulen über das Thema: „Alkohol und Gesundheit“ Herr Dr. Streder in der 247/252, Gemeindefschule, Rigoer Straße 81/82, Herr Dr. Großhahn in der 240/254, Gemeindefschule, Waldenserstr. 25, Herr Dr. Landgraf in der 117/178, Gemeindefschule, Eberwalder Straße 10, Herr Dr. Jabel in der 115/237, Gemeindefschule, Falther Straße 65/66.

Am Freitag, den 4. März, sprechen über das Thema: „Schutz und Pflege des Auges“ in der 91/101, Gemeindefschule, Gneisenaustraße 7, Herr Dr. Jacobsohn, in der 81/109, Gemeindefschule, Ziffler Straße 4/5, Herr Dr. Komalowski, in der 118/127, Gemeindefschule, Panitzstr. 17, Herr Dr. Erzelliker, in der 228/279, Gemeindefschule, Poststr. 5, Herr Dr. Mendel.

In Vorkurs-Hummelsburg, in der neuen Schule, Marktstraße, spricht am Dienstag, den 1. März, Herr Dr. War über das Thema: „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“. (Nur für Frauen.)

In Charlottenburg, in der 12, Gemeindefschule, Sophie-Charlotten-Straße 69/70, spricht am Mittwoch, den 2. März, Herr Dr. Laubach über das Thema: „Vorbeugung von Erkrankungen der oberen Luftwege und des Ohres“.

In Köpenick, im Stadtheater, Friedrichstr. 6, spricht am Dienstag, den 1. März, Herr Dr. A. Erzelliker über das Thema: „Auge und Arbeit“.

In Lichtenberg, in der Gemeindefschule, Kronprinzstr. 10, spricht am Donnerstag, den 3. März, Herr Dr. Danielsohn über das Thema: „Grundzüge zur Verhütung von Rogenerkrankungen“.

In Pankow, in der 2, Gemeindefschule, Brunowstraße, spricht am Donnerstag, den 3. März, Herr Dr. Loeb über das Thema: „Neue Behandlungsmethoden bei äußeren Verletzungen“.

In Reinickendorf, in der 3, Gemeindefschule, Pankower Allee, spricht am Mittwoch, den 2. März, Herr Sanitätsrat Dr. Dorn über das Thema: „Das gesunde und kranke Herz in der Berufstätigkeit“.

In Ritzdorf, in der 9/10, Gemeindefschule, Kaiser-Friedrich-Straße 4, am Hermannplatz, spricht am Freitag, den 4. März, Herr Dr. Reiffisch über das Thema: „Hygiene der Herzkrankheiten“.

In Schöneberg, in der 10/11, Gemeindefschule, Feuerstr. 61/62, spricht am Dienstag, den 1. März, Herr Dr. Woghscheider über das Thema: „Die Gefahren des Alkohols“.

In Tempelhof, im Restaurant Heumann, Kaiserin-Augusta-Straße 1, spricht am Freitag, den 4. März, Herr Dr. Richter über das Thema: „Gebärmuttererkrankungen“. (Nur für Frauen.)

In Weichensee, in der Gemeindefschule, Langhansstr. 120, spricht am Freitag, den 4. März, Herr Dr. Wepl über das Thema: „Alkohol und Gesundheit“.

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr abends.

Der Fahrverkehr Unter den Linden.

Der Polizeipräsident gibt bekannt: Unter Aufhebung der bisherigen Vorschriften bestimme ich hiermit, daß vom 1. März d. Jz. ab bis auf weiteres in der Straße „Unter den Linden“ von allen Fuhrwerken mit Ausnahme der Equipagen und Kraftwagen des königlichen Hauses in jeder Richtung nur der zur Rechten gelegene Fahrdamm benutzt wird.

Dementsprechend sind auch die beiden nördlichen Durchfahrten des Brandenburger Tors lediglich zur Fahrt nach Westen und die beiden südlichen Durchfahrten lediglich zur Fahrt nach Osten zu benutzen.

Befindet sich in der Straße „Unter den Linden“ das Ziel der Fahrt auf dem zur Linken gelegenen Fahrdamm, so darf erst auf der nächsten hinter dem Ziel gelegenen Durchfahrt (Querstraße) nach dem linken Fahrdamm eingebogen werden, so daß die Vorfahrt an dem Ziel in der vorgeschriebenen Fahrtrichtung erfolgt. Auch die demnächstige Abfahrt darf nur in dieser Fahrtrichtung erfolgen.

Bei der Beibehaltung in der „Neuen Welt“ ist einem Invaliden, der mit Postkarten handelte, ein großer länglicher Pappkarton, enthaltend Demonstrationskarten, Odenburgkarten sowie Serienkarten, Kragenknöpfe und andere Galanteriewaren, aus der zweiten Vorhalle des Saales abhanden gekommen. Es wird um Abgabe an Otto Berner, Bielestr. 38 II, gebeten.

Ein kleiner Schlüssel, zu einem Kunstschloß passend, bei der Beibehaltung in der „Neuen Welt“ gefunden worden und kann im Verbandsbureau, Lindenstr. 69, vorn 4 Z., abgeholt werden.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Montag abends 9 Uhr: 1. Abteilung, Dresdenstr. 45. Vortrag über gefährdende Krankheitszustände mit praktischen Uebungen. — Mittwoch: 5. Abteilung, Donnerstag: 3. und 4. Abteilung.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindefwahlbewegung.

Teplitz-Baumtschulenweg. Die Neu- und Ergänzungswahlen zur Gemeindefvertretung finden am Dienstag, den 1. März von 1—7 Uhr statt. Das Ringen um den Besitz beziehungsweise Erwerb der Mandate der dritten Abteilung wird sehr schwer werden, da nicht weniger als vier Kandidaten aufgestellt sind. Die am Donnerstag stattgefundenen Wählerberatungen, in denen die Genossen Heinig und Obst über das Thema: „Die Sozialdemokratie in der Gemeinde“ sprachen, beschäftigte sich auch des Weiteren mit der Frage, inwieweit die bürgerlichen Kandidaten (Haus- und Grundbesitzer usw.) in der Lage sein könnten, die Interessen des werktätigen Volkes in der Gemeinde zu vertreten. Die Versammelten kamen zu dem Schluß, daß dieses nur durch die Kandidaten der Sozialdemokratie wirksam geschehen könne, die auch stets die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Um nun, trotz der erschwerten Verhältnisse, die Wahlen zu einem für uns guten Abschluß zu bringen, ist es notwendig, daß jeder Genosse und Genossin die kurze Frist zu reger Agitation für unsere Kandidaten ausnützt. Um auf die Besetzung des Wahlbureaus Einfluß zu haben, ist es notwendig, daß unsere Wähler um 1/2 Uhr in den Wahllokalen anwesend sind, da die Weisiger aus der Mitte der Versammelten gewählt werden. — Alle Mitglieder, auch Nichtwählerberechtigte, die am Tage der Wahl helfen wollen, werden ersucht, um 12 Uhr in unseren Kontrollbureaus: für den 2. Wahlbezirk bei Erbe, Baumtschulenstraße 14, für den 3. Wahlbezirk bei Krause, Kieholz, Ede Marienbaler Straße, für den 4. Wahlbezirk bei Jul. Schmidt, Kieholzstraße 22, erscheinen zu wollen. Morgen Montag finden noch zwei öffentliche Wählerberatungen in der „Radrennbahn“ und in Speers Festsälen statt. Thema: „Ein letztes Wort an die Wähler!“ Referenten die Stadtverordneten Grauer, Lichtenberg und Leib-Berlin.

Steglitz, Gemeindefwahlen am 7. und 8. März. Etwas Neues hat unser Gemeindevorsteher wieder ausgefressen, was ganz gerignet erscheint, der Bürgerchaft das Wahlgeschäft nach Möglichkeit zu verkleiden. Allerdings kommen hierbei nur die Wähler der dritten Klasse in Betracht. Durch die Anderräumung der Ergänzungswahlen auf Montag, den 7. März und einer Ersatzwahl auf Dienstag, den 8. März sind die Wähler des 1. Bezirkes der dritten Klasse genötigt, an zwei Tagen zur Wahl zu gehen. Wenn durch dieses, bisher noch nie geübte Verfahren der Gemeindevorsteher eine Wahlmäßigkeit zu verurursachen wünscht, dann können wir uns nicht erklären, was er sonst damit bezwecken will. Im übrigen ist die Wahlzeit an beiden Tagen derart festgelegt, daß es wohl fast jedem Wähler möglich ist, seine Stimme abzugeben, nämlich von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 8 1/2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends. Unsere Parteigenossen haben die Vorbereitungen zur Wahl getroffen. Die Wählerversammlung am letzten Dienstag bestimmte die Kandidaten, am Mittwochabend wurde das erste Flugblatt verbreitet und am Donnerstag tagte eine öffentliche Wählerversammlung, in der Genosse Rudig-Pankow unser Gemeindeprogramm erläuterte. In der Diskussion schiederte unser Kandidat Genosse Peimbach die Steglitzer Verhältnisse. Aus seinen Ausführungen konnte man erkennen, wie dringend notwendig es für die hiesige Arbeiterchaft ist, endlich einmal wieder im Gemeindeparlament vertreten zu sein. Um das Ziel zu erreichen, ist jedoch die eifrigste Agitation sämtlicher Parteigenossen geboten. Richt öffentliche Wählerberatungen und Flugblätter allein vermögen die Interesselosen aufzurütteln, nein, hinzukommen muß die Agitation von Mund zu Mund und bei allen sich bietenden Gelegenheiten: in den Werkstätten, auf den Ganten, in Gewerkschaftsberatungen, bei geselligen Zusammenkünften usw. Darum, Genossen, müßt die kurze Zeit bis zur Wahl in diesem Sinne aus, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Grünau. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nominierte für die Gemeindefwahl einstimmig den Genossen Wignier als Kandidat für alle drei Abteilungen. Genosse Wignier teilte mit, daß diesmal die Wahl in der dritten Abteilung besonders aussichtsreich für uns sei, wenn alle Genossen ihre Pflicht tun. Der Bericht des Genossen Wignier über die Kommodienspielerei in der letzten Gemeindefvertreterwahl wurde mit großer Heiterkeit aufgenommen. Die öffentliche Wählerversammlung soll nach Festsetzung des Wahltermins stattfinden. Bis dahin hat bereits jeder Genosse seine Pflicht, dann ist der Sieg unser.

Zegel. Ein heftiger Kampf um die Nacht im Gemeindeparlament ist am hiesigen Orte ausgebrochen. „Die Bürgermeister, die Hausagrariet“ lautet der Schlagtruf. Und dieser Kampf wird mit einer persönlichen Schässigkeit schlimmster Art geführt. Die eigentlichen Aufgaben der Gemeindefvertretung werden in diesem Kampf völlig außer acht gelassen. Alles was nur möglich ist wird getan, um der Bürgermeister- oder Ordnungspartei den Sieg bei den bevorstehenden Wahlen zu sichern. Ein zu diesem Zweck gegründeter Beamtenverein übt bereits den unerhörtesten Terrorismus gegenüber den Geschäftsleuten. In Schlagsbereinen, bei Kaffeepausen, bei Vereinsgründungen, überall wird für die „Ordnungspartei“ Stimmung gemacht. Und der Grund? Die Hausagrariet sollen zu den Gemeindeflasten etwas stärker herangezogen werden. Dieselben Herren, die deshalb ganz wild geworden sind, scheuen sich jedoch nicht, einem Amdertverein 14 000 M. aus Gemeindefmitteln zur Verfügung zu stellen. Der Verein soll angeblich Schulden haben, und wohl lediglich, um die paar Beamtenstimmen zu ergattern, soll der Verein noch ein zinsloses Darlehen erhalten.

An der Zegeler Arbeiterchaft liegt es, am Dienstag, den 8. März, dem Tage der Wahl der dritten Abteilung, dafür zu sorgen, daß Vertreter gewählt werden, welche die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Gewählt wird von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends im Lokal „Alter Krug“, Hauptstr. 14. Sorge jeder dafür, daß unsere Kandidaten Rudolf Brandt und Karl Radung mit einer inposanten Stimmenzahl gewählt werden.

Die zweite Abteilung wählt am Mittwoch, den 9. März, in den „Raisstaben“ von 12 bis 6 Uhr nachmittags. Kandidat ist der Genosse Waldemar Scheidemann. Eine eifrige Agitation muß bis zu den Wahlterminen entfaltet werden. Tue jeder Klassenbewußte Arbeiter seine Pflicht.

Steglitz-Friedenau.

Der zweite Abend des Vortragskurses: „Darwinismus und Sozialismus“ findet am Montag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Heinrichshof“, Friedenau, Rheinstr. 61, statt.

Da jeder Vortragabend für sich abgeschlossen ist, können noch Teilnehmerinnen entnommen werden.

Der Bildungsausschuss veranstaltet am Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Rheinschloß“, großer Saal, einen heiteren Unterhaltungsabend mit Lichtbildern über Wilhelm Kusch. Eintrittskarten a 30 Pf., Garderobe frei, sind bei den Bezirksführern der Wahlvereine und abends dort im Lokale zu haben. Kinder, welche den Vortrag nicht hören, sind frei. Jugendliche haben zu beiden Veranstaltungen freien Zutritt.

Karlshorst.

Vier Pferde durch Gas vergiftet. Ein eigenartiger Unglücksfall hat sich auf dem Grundstück Dönhofsstraße 24 zugetragen. Durch einen der dort befindlichen Pferdehähne führt ein Gasleitungsrohr. In der Nacht wurden die Pferde unruhig, und eines der Tiere zerfiel durch einen Hufschlag das Gasrohr. Am Morgen fand der Besitzer die vier Pferde bewusstlos am Boden liegen; drei konnten wieder ins Leben zurückgerufen werden, das vierte war schon tot.

Spandau.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Beratung des Hauptetat für 1910. Einleitend gab der Stadtkommissionar Weber einen Bericht über den Stand der Gemeindefinanzverhältnisse. Aus demselben sei folgendes hervorgehoben: Das Gewerbeamt verhandelte in 28, das Kaufmannsgericht in 25 Sachen. Die unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle erteilte in 1850 Fällen Auskünfte. Eine Eingemeindung habe bis jetzt nicht stattgefunden, jedoch stehe eine größere bevor. Im Krankenhaus waren 2438 Kranken untergebracht. Mit den städtischen Betrieben könne man allgemein zufrieden sein; die Straßenbahn ist ja zurzeit noch nicht ganz rentabel, es sei aber zu hoffen, daß hierin bald eine Änderung eintreten werde. Der Schlachthof sei bedauerlicherweise zurückgegangen, namentlich weist die Schächtung der Schweine einen Rückgang von 2227 Tieren auf. Dies sei einseitig auf die hohen Vieheinlaufpreise und andererseits darauf zurückzuführen, daß die Garnison ihre Lieferung aus Berlin bezieht. Von der 81 468 000 M.-Anleihe sind bis jetzt erst aufgenommen und oben mit verrechnet 7 410 000 M. Die Zuschläge zu den Steuern sind so beibehalten worden wie im Vorjahre, nämlich 100 Proz. zur Staatseinkommensteuer, 240 Proz. Zuschlag zur Gewerbesteuer, 257,50 Proz. zur Grund- und Gebäudesteuer und 3,35 pro Mille von 221 641 791 M. Grundwert zur Grundwertsteuer. Die Wertzuwachssteuer ist mit 75 000 M. eingezahlt. — Genosse Pieper vermißt bei dem Jahresbericht die sozialen Einrichtungen; er richtet die Frage an den Magistratsvertreter, ob denn der Magistrat hierfür nichts tun wolle. So sei z. B. die Halberlohnschule für heute noch nicht eingerichtet. Auch die Volksschule bedarf der Verbesserungen. Hierfür scheinen die bürgerlichen Stadtverordneten aber nicht zu haben zu sein. Die Jubiläumshalle, an die alle Steuerzahler ein Anrecht haben, habe man dem Verein „Freie Turnerschaft“ trotz wiederholter Gesuche nicht zur Verfügung gestellt, ja, man habe dessen Gesuche gar nicht beantwortet. Auch für das Submissionswesen haben seine Freunde den Antrag gestellt, daß bei Ausführung städtischer Arbeiten der tarifmäßige Lohn gezahlt werde. Die Sache sei heute noch nicht geregelt. Auch die Einrichtung einer Badeanstalt in der Wilhelmstadt harre noch der Erledigung. — Nach weiterer Debatte wurde schließlich in die Beratung des Etats eingetreten. Der Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 11 850 240 M. gegen 8 208 140 M. im Vorjahre. Davon entfallen auf die ordentliche Verwaltung 8 333 100 M. und auf die außerordentliche Verwaltung 3 017 140 M. Bei dem Titel Polizei bringt Stadtverordneter Genosse Pieper nochmals die Angelegenheit zur Sprache, daß bei der Verdringung seines Sohnes ein bezittener Polizeiergeant auf dem Friedhof erschienen war, ferner, daß an dem darauffolgenden Sonntag bei der Verdringung des Genossen Weide ein Arminialbeamter das Hinausbringen der Kränze mit roten Schleifen verhindern wollte, trotzdem ein Stadtverordnetenbeschluss besteht, daß rote Schleifen mit einwandfreien Aufschriften nicht verboten sind. Der Oberbürgermeister, der ihm gleich in der nächsten Sitzung Auskunft geben wollte, habe bis heute noch nicht darauf geantwortet. Ferner brachte der Genosse Pieper das taktlose und provozierende Auftreten der Polizei am Tage der Wahlrechtsdemonstration zur Sprache und meinte, daß die Anruhe erst durch die Polizei entstanden sei. Ganz unmotiviert habe man den Marktplatz selbst für einzelne Personen abgesperrt; das dürfe sich die Versammlung, solange sie noch etwas bei der Polizei mitsprechen habe, nicht gefallen lassen. Oberbürgermeister Köhler bestritt zunächst der Versammlung das Recht, in Polizeisachen mitzureden. Er gab dann auf die Anfragen folgende Erklärung: Ein Stadtverordnetenbeschluss, daß Kränze mit roten Schleifen auf den Friedhof getragen werden dürfen, besteht nicht. Im Jahre 1904 habe ein Stadtverordneter der sozialdemokratischen Fraktion an den Magistrat die Anfrage gerichtet, wie er sich zu den roten Schleifen stelle. Der Magistrat habe dann in seiner nächsten Sitzung dazu erklärt, er habe nichts dagegen einzulwenden,

sofern keine Demonstration damit verbunden ist. Von diesem Standpunkt des Magistrats habe die Versammlung dann Kenntnis genommen. Was den Polizeiergeanten bei der Verdringung des Sohnes des Genossen Pieper betreffe, so erklärte der Oberbürgermeister, habe der Beamte an den Friedhofsinpektor einen Brief abgegeben. Er sei dann neugierig gewesen und habe dann bei der Verdringung zugehört. Was die Demonstrationen betreffe, so sei es Aufgabe der Polizei, Straßendemonstrationen zu verhindern. Ohne polizeiliche Genehmigung sei kein Aufzug gestattet. Die Polizei habe also mit Recht diejenigen Personen, die einen Aufzug bilden wollten, in die Nebenstraßen gedrängt. Genosse Pieper erwiderte darauf, daß bei bürgerlichen Aufzügen die Polizei sogar voraus marschiere. Nur seiner Partei werde es nicht gestattet. Bemerkenswert sind die Ausführungen des konservativen Stadtverordneten Schob hierzu. Er meinte, jeder Aufzug müsse polizeilich angemeldet werden, und wenn die Parteigenossen des Stadtverordneten Pieper einen solchen Aufzug anmelden, müsse dieser auch genehmigt werden. (Ob's wahr ist?) Auch dieser Stadtverordnete hält die Absperzung des Marktplatzes für eine allgütige Mangelhaftigkeit der Polizei. — Bei dem Titel Rechtspflege wurde allseitig lebhaft Klage geführt über die unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle, für welche die Stadt an den Verein Berliner Rechtsfreunde jährlich 800 M. zahlt. Die dort erteilten Auskünfte seien meistens falsch. Es wurde gewünscht, daß das Kuratorium der Sache näher trete. Der Oberbürgermeister ließ durchblicken, daß er wünsche, die ganze Rechtsauskunftsstelle wieder eingehen zu lassen. Der Etat wurde schließlich unverändert genehmigt. — Bei der nächsten Vorlage betreffend Weiterverpachtung der städtischen Badeanstalt wurde beschlossen, die Anstalt für 4000 M., bisher 1800 M., an die alten Pächter auf 5 Jahre weiter zu verpachten. Genosse Pieper brachte bei dieser Gelegenheit die Verunreinigung der Gabel bei der städtischen Freibadeanstalt zur Sprache, welche durch die städtische Gasanstalt erfolgt sein soll. Der Magistratsvertreter bestritt, daß die Gasanstalt die Verunreinigung herbeigerufen. — Zum Schluß teilte der stellvertretende Vorsitzende Hilfebed mit, daß von den Stadtverordneten Pieper, Göhe, Weile, Tornow, Bschalig und Weber folgender Antrag eingereicht worden sei: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Eine Petition an das Abgeordnetenhaus abzuschicken, worin vom Standpunkt der Spandauer Bürgerschaft aus die sogenannte Wahlrechtsreform in ihren Wirkungen auf die breiten Massen des Volkes dargelegt und das Haus der Abgeordneten ersucht wird, die Wahlrechtsfrage abzulehnen. 2. Den Magistrat zu ersuchen, diesem Beschlusse der Versammlung beizutreten.“ — Ein fast gleichlautender Antrag war von freisinniger Seite eingegangen. Beide Anträge werden auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt werden. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden vertagt. Die Versammlung trat dann in die geheime Sitzung ein, in welcher namentlich die Vorlage betreffend den Anlauf des Spandauer Schiffsahrtskanals für den Preis von 387 840 M. erledigt wurde.

Ueber die Rechtslosigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen wird in einer am Dienstag, den 1. März 1910, abends 8 Uhr, im Lokale von Böhle, Habelstr. 20, stattfindenden öffentlichen Versammlung Fräulein Martha Hoppe-Verlin sprechen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß ein jeder Genosse für guten Besuch der Versammlung agitiert. Im übrigen verweisen wir auf das heute für Spandau dem „Vorwärts“ beiliegende Flugblatt. Gewerkschaftsartikel Spandau.

Allgemeine Familien-Sterbefälle. Heute Sonntag von 3-6 Uhr: Badlag bei Weimle, Uferstraße 123, und bei Kreumann, Mariannenstraße 49.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Der Prophet. Montag: Salome. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag: Lombardi. Mittwoch: Der Barbier von Seville. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: Der Prophet. Freitag: Die Webersinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Der Prophet. Sonntag: Mignon. Montag: Der Freischütz. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Die Journalisten. Montag: Der deutsche König. Dienstag: Der Familienstag. Mittwoch: Strandfieber. Donnerstag: Die Welt in der man sich langweilt. Freitag: Strandfieber. Sonnabend: Hamlet. Sonntag: Strandfieber. Montag: Der Familienstag. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Neues Königl. Opern-Theater. Sonntag, den 27. Februar: Nathan der Weise. Sonntag, den 6. März: Cavalleria rusticana. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Deutsches Theater. Sonntag: Judith. Montag: Hamlet. Dienstag: Judith. Mittwoch: Der Widerspenstigen Zähmung. Donnerstag bis Sonntag: Judith. Montag: Faust. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Deutsches Theater (Kamerale). Sonntag: Der gute König Dagobert. Montag: Hölle! Ein Kind ist vom Himmel gefallen! (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag: Der gute König Dagobert. Mittwoch: Hölle! Ein Kind ist vom Himmel gefallen! Donnerstag: Der gute König Dagobert. Freitag: Hölle! Ein Kind ist vom Himmel gefallen! Sonnabend: Der gute König Dagobert. Sonntag: Hölle! Ein Kind ist vom Himmel gefallen! Montag: Der gute König Dagobert. (Anfang 8 Uhr.)

Leffing-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Gespenster. Abends: Das Konzert. Montag: Lantini der Karr. Dienstag, Mittwoch: Das Konzert. Donnerstag: Lantini der Karr. Freitag und Sonnabend: Das Konzert. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Hedda Gabler. Abends: Das Konzert. Montag: Lantini der Karr. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Doktor Eisenbart. Abends: Tullian. Montag und Dienstag: Tullian. Mittwoch: Hohe Politik. Donnerstag bis Sonnabend: Tullian. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Herodes und Mariamne. Abends und Montag: Tullian. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Theater. Abends: Der Philosoph von Camille. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Sonntag: Der Herr Verteidiger. Montag: Traummusik. Dienstag bis Sonntag: Der Herr Verteidiger. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Gebbel-Theater. Sonntag, Montag und Dienstag: Kavaliere. Mittwoch: Zwillingen ihm und ihm. Der Prosch. Trauerdiner. Donnerstag bis Montag: Kavaliere. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Romische Oper. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends: Zigeunerliebe. Montag: Tosca. Dienstag bis Donnerstag: Zigeunerliebe. Freitag: Tullian. Sonnabend: Zigeunerliebe. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Tullian. Abends: Zigeunerliebe. Montag: Hoffmanns Erzählungen. (Anfang 8 Uhr.)
Kleines Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Moral. Abends: Der große Name. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Moral. (Anfang 8 Uhr.)
Theater des Westens. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Der seltene Bauer. Abends und Montag bis Sonnabend: Die geschiedene Frau. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Der seltene Bauer. Abends: Die geschiedene Frau. Montag: Die geschiedene Frau. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller-Theater O. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Herr Ministerialdirektor. Abends: Viel Lärm um Nichts. Montag: Die Welt, in der man sich langweilt. Dienstag: Wallensteins Lager. Die Niccolomini. Mittwoch und Donnerstag: Neue Jugend. Freitag: Viel Lärm um Nichts. Sonnabend: Gespenster. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Herr Ministerialdirektor. Abends: Wallensteins Lager. Die Niccolomini. Montag: Neue Jugend. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Reineidbauer. Abends: Egmont. Montag: Des Barzors von St. Georgen. Dienstag: Nig Hobbs. Mittwoch: Egmont. Donnerstag: Der Reineidbauer. Freitag: Egmont. Sonnabend: Neue Jugend. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Reineidbauer. Abends: Neue Jugend. Montag: Egmont. (Anfang 8 Uhr.)
Friedrich-Wilhelms-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Abends: Die Jungfrau von Orléans. Montag: Der seltsame Loup. Dienstag: Die Jungfrau von Orléans. Freitag: Der seltsame Loup. Sonnabend: Im dunklen Wald. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Abends: Der seltsame Loup. Montag: Der seltsame Loup. (Anfang 8 Uhr.)
Volksoper. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Lindis. Abends 8 Uhr: Kapharnaum. Der Postillon von Constance. Montag: Cleopatra. Dienstag: Der Trabandour. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Die Africanerin. Freitag: Lindis. Sonnabend: La Traviata. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Jar und Zimmermann. Abends 8 Uhr: Martha. Montag: Martha. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luise-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Reise um die Erde in 80 Tagen. Abends: Was Gott zusammenfügt. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Operetten-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Zigeunerbaron. Abends: Der Graf von Luxemburg. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Zigeunerbaron. (Anfang 8 Uhr.)
Luise-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Was vom Ranne. Abends: Der dunkle Punkt. Sonntag, den 6. März: nachmittags 3 Uhr: Was vom Ranne. (Anfang 8 Uhr.)
Köfe-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Eisenbahnüberwacher. Abends: Bankrott Boden. Montag, Dienstag und Mittwoch: Bankrott Boden. Donnerstag: Die Ehre. Freitag: Der Eisenbahnüberwacher. Sonnabend, Sonntag und Montag: Bankrott Boden. (Anfang 8 Uhr.)
Koaks-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Dorf und Stadt. Abends und Montag: Die Tochter des Brandstifters. Dienstag: Die Frau-Lie. Mittwoch: Die Tochter des Brandstifters. Donnerstag: Lieber Grad hinaus. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabendnachmittag 3 Uhr: Kinderhochzeit. Frau Halle.
Thalia-Theater. Sonntag: Die Dollarprinzessin. Montag: Wohlthätigkeits-Vorstellung für Paris. Abends: Die Dollarprinzessin. (Anfang 8 Uhr.)
Reichens-Theater. Abends: Im Tausendjährigen. (Anfang 8 Uhr.)
Trion-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Pariser Blüten. Abends: Theobore u. Cie. (Anfang 8 Uhr.) Sonntagnachmittag 3 Uhr: Pariser Blüten.
Kalnia-Theater. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Trudens Souverette. Abends 8 Uhr: Berlin bei Nacht.
Apoll-Theater. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Der Liebeswahn. Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Wintergarten. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Vasage-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Karl Haberland-Theater. Abends: Spezialitäten.
Walhalla-Theater. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Gedr. Herrfeld-Theater. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Reine-Deine Tochter. Abends: So muß man's machen. Eine Liebergangsese. (Anfang 8 Uhr.)
Urania-Theater. Lindenstr. 48/49. Abends: Im Firmenglanz des Oberengadin. Montag, den 28. Februar, nachmittags 5 Uhr: Die Photographie in natürlichen Farben. Mittwoch und Freitag: Vom Kreml zur Roma. (Anfang 8 Uhr.)
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Berliner Uik-Trio.
Felix Schober
Wir empfehlen ein Bild von
August Bebel.
Neueste Aufnahme.
Tadellose Ausführung.
Bildgröße 30 x 40 cm
Kartongröße 60 x 90 cm
Preis 2.50 M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69, Laden.

KIOS -Alison 2 Kurprinz 3 Bismarck 3 1/2
Naxos 2 Abu Sekkim 3 Jockey 3 1/2 Pfl.
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.
Lieferant der französischen Tabak-Regie.
Ewig jung
Bleibt ein Gesicht mit weichem rosigen Teint, zarter sammetweicher Haut sowie ohne Sommerprossen und Hautunreinigkeiten, daher gebraucht man die echte
Steckenpferd-Ellienmilch-Seife
von Bergmann & Co., Badebrun. à St. 50 Pf. überall zu haben

36 Quadratmeter
Fabrik- und Arbeitsraum mit Dampf- u. Krananschluss, mit od. ohne Wohnung per sofort Wilmersstr. 50. 26/7
Dr. med. Fackelmanns Spezialärztl. Institut für Beinleiden:
Gicht, Rheuma, Krampfadern, Plattfuß, Flechten.
Moderne Behandlung mit Heißluft, Stauung, Massage, Kompression, ohne Operation und Bettruhe. Aufnahme auswärtiger Patienten.
Zimmerstr. 78. 9-12, 3-6 Mittw., Sonnt. 9-12. Tel. I. 6023.
Um zu räumen für 27 Pf. pro Pfund
Ia. Schweine-Klein-Fleisch
von 30 Pfund an: enthaltend Rippe, Schenkel, fleischige Hosen, Ohren etc. von inländischen Land Schweinen, amlich unterjucht; leicht gefalgene Ware.
10 Pfund-Roll 2,70 M., Ia Eisbein pr. Pfd. 55 Pf.
Ia Schlotropfen pr. Pfd. 45 Pf., Ia Fleischwurst pr. 65 Pf.
Ia Fleischwurst pr. Pfd. 1 M., Ia Cervelatwurst pr. Pfd. 1,20 M.
212/5* **Alb. Carstens, Altona 410.**

Am besten kaufen Sie
Hygienische Bedarfsartikel
Jeder Art
Drogerie Heinrich Bocatus,
Berlin N., Schönhauser Allee 134a.
Neuester illustrierter Katalog gratis u. franco. Versuch führt zur ständigen Kundschaft.
Teppiche
In dieser Woche
kommen große Posten Teppiche mit feinen Webeschleim zum Verkauf.
Größe ca. 200 x 300 11,75
250 x 350 16,50
300 x 400 20.-
Teppichhaus L. Lefèvre, Berlin, nur Potsdamerstr. 106b (kein Laden).
Nach anschrift per Nachnahme.

SPREEGOLD-MARGARINE
Vom Guten das Beste!
Spreegold wird hergestellt aus den feinsten, in eigener Schmelze gewonnenen Rohstoffen, mit süßer Sahne und Eigelb verbuttert, daher im Aussehen, Geruch und Geschmack bester Butter ebenbürtig
Alleinige Fabrikanten: **Margarinewerke Berolina, G. m. b. H., Lichtenberg-Berlin**
Herzbergstraße 55. Amt Lichtenberg 694. 695.
Verkaufsstelle: **BERLIN C., Dircksenstraße 26/27.** Tel. Amt 7. 4391. 25/15*

Wer heiratet besichtige die große Möbel-Ausstellung der altrenommierten Firma **BERLIN SO., Skalitzer Str. 25,** an der Hochbahn.
M. Hirschowitz,
1 Zimmer u. Küche 230.— | 2 Zimmer u. Küche 490.— | 3 Zimmer u. Küche 890.— | 10jährige Garantie!

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.
 Am 25. Februar verstarb unser langjähriges Mitglied, der Schankwirt
August Menzel
 (20. Bezirk.)
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Montag nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Rixdorfer Friedhofes (Kariendorfer Weg) aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 25. Februar verstarb unser Mitglied, Frau
Alma Schmidt
 Wappel-Wiese 64.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemani-Kirchhofes, Rieder-Schönhäuser-Rowebend, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
 Ortsverwaltung Rixdorf.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied
August Mentzel
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 28. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes (Kariendorfer Weg) aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 74/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Ristenmacher
Otto Weidler
 am 24. Februar gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 79/18 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der frühere Gastwirt
August Mentzel
 nach langem, schwerem Leiden am 29. Lebensjahre verstorben ist.
 Dies geht betrübt an
Familie Mentzel.
Familie Franke.
 Die Beerdigung findet am Montag, den 28. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Gemeindefriedhofes aus statt. 445/92

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Albert Bleichstein
 am 23. d. Mts. im Alter von 55 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen, Montag, den 28. Februar, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. 66/14
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Nieder-Barnim
Bezirk Lichtenberg.
 Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schankwirt
Paul Kluger
 verstorben ist. 14/3
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Scharnweberstr. 5, aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher
Otto Poppen
 am 24. Februar an Herzleiden gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 112/3
 Rege Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
 Ortsverwaltung Lichtenberg.
 Am Freitag, den 25. d. Mts., verstarb unser Kollege
Paul Kluger
 (Scharnweberstr. 5).
 Wir verlieren in ihm einen braven Kollegen.
 Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 89/5 Der Vorstand.

Am 24. Februar starb unser auser Vorsteher
Otto Poppen.
 Ehre seinem Andenken!
Lotteriekolleg „Lastige Brüder“.
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem alten Thomas-Kirchhof statt.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler
 (E. H. S.) Zahlstelle Lichtenberg.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Galtnist
Paul Kluger
 am 25. Februar 1910 an Wasserleiden verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Lichtenberg, Scharnweberstr. 5, aus statt.
 184/1 Die Ortsverwaltung.

Gleichzeitig die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwiegertochter und Schwester
Martha Keese
 geb. Pries
 am Freitag, den 25. Februar, nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
 Um stille Teilnahme bitten im Namen der Hinterbliebenen
Fr. Keese als Witt.
 Rummelsburg, Rossemer Str. 14.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Gemeinde Borsigagen-Rummelsburg in Friedrichshagen, Rummelsburger Str. 40, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Onkel, der Galtnist
Paul Kluger
 am Freitagvormittag 9 Uhr verstorben ist. 60/75
 Die trauernde Witwe nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Lichtenberg, Scharnweberstr. 5 aus statt.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12.3-4

Die trauernde Witwe
Hedwig Seechay.
 Wäher, Meyer, Brodhause
Lexikon handt
 Hannemanns Buchhandlung
 Berlin SW., 209 Friedrichstraße 208.
 Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Anzeigenenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Wenn er nicht am besten schmeckte,
 würde Rathreiners Malzkaffee nicht an Verbreitung alle andern Malzkaffees so riesenhaft überragen. Rathreiners Malzkaffee schmeckt nicht süßlich und fade, auch nicht bitter und scharf wie viele Nachahmungen, sondern hat einen angenehmen, vollen, mild-aromatischen Wohlgeschmack. — Dieser Vorzug, dazu seine Beliebigkeit und Billigkeit haben Rathreiners Malzkaffee in der ganzen Welt zum Lieblingsgetränk aller Bevölkerungskreise gemacht.

Von 3-100 Jahren
 Für jedes Alter, jede Figur, jede Stärke
Westmann
 sind jetzt bei
schicke Frühjahrs-Neuheiten
 darunter: Originalmodelle, Halscoats, 9 Spitzen in 100fach verschied. Auswahl a. Lager
Frühjahrs-Kostüme, Frühjahrs-Mäntel, Frühjahrs-Jackets, Frühjahrs-Kleider
 Kimonos, Beduinen, Röcke, Binasen
teilweise für die Hälfte des Preises!
 jetzt nur M. 10,50 16.- 23.- 35.- 48.- 67.- usw. bis M. 275.-
 regulär bis M. 19.- 28.- 39.- 66.- 89.- 121.- usw. bis M. 450.-
 Auf Wunsch gratis 2 1/2 m Stoff zu einem Rock
 bei einem Einkauf von nur M. 12.- ab
 Sonntags geöffnet 9-10 und 12-2 Uhr
Trauer-Westmann (gen. nach.)
 Fert. Trauerk. Hüte, Schleiher, Handsch. in vielf. Ausw. vorrät.
 Die Bestände der letzten Winterseason: Petz-, Plüsch-, As'raschen-Konfektion, Abendmäntel sollen möglichst sofort zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden.
Von 3-100 Jahren

persil
 ist das zur Zeit beliebteste überall eingeführte und bestbewährteste
selbsttätige Waschmittel
 von unerreichter Wasch- und Bleichkraft. Kein Reiben, kein Bürsten, kein Waschbrett. Garantiert unschädlich für die Wäsche und vollkommen gefahrlos im Gebrauch!
 Millionenfach erprobt! Überall erhältlich.
 Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf, auch der seit 34 Jahren weltbekannten
Henkel's Bleich-Soda
 Fabrik-Niederlage für Berlin u. Vororte: Joh. Schmalzer, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.

Porzellanfabrik Kolmar G. m. b. H.
 Berlin, Leipziger Straße 76 (am Dönhofsplatz).

Vorratsstößen 45 Pl. Vergüßmeinnicht	Goldhandtassen Paar 18 Pl.	Kaffeesevice für 2 Personen, 5 Teile Blumendekoration 1.05
Salz- u. Mehlmetzen 75 Pl. Vergüßmeinnicht	Tassen, dekoriert 18 Pl.	Kaffeesevice für 6 Personen, 9 Teile 2.25
Gewürztonnen 12 Pl. Vergüßmeinnicht	Goldsternsteller 18 Pl.	Satz Kompotts-Teile 95 Pl. dekoriert
Butterdosen 25 Pl. Blumendekoration	Teekannen, groß 55 Pl. Blumendekoration	Satz Töpfe, 6 Teile 85 Pl. dekoriert 29/3

Ludwig's Viktoria - Garten, Treptow,
 am Treptower Park 25/26.
Palmsonntag völlig frei geworden.
 Vereine, welche darauf reflektieren, möchten sich bitte bis Donnerstag melden.
 8885 Kochanigungsbock Karl Ludwig.
 Eingetroffen sind:
Muster-Coupons u. Reste
 für **Anzüge, Paletots, Kostüme** usw.
 direkt aus der Fabrik
Enorm billig! Meter 2.-, 3.-, 4.-, 5.- Mark.
 Nur Saison-Neuheiten!
Spezialhaus moderner Herren- und Damenstoffe.
 Koch & Seeland Gesellschaft m. b. H.
BERLIN C., Roßstraße 2, Sonntags geöffnet.

Heinrich Franck
 Tel.: Amt III 4352. Brunnenstraße 185. 8-7 Uhr geöffnet.
1908er Bühlerthaler Umblatt
 leicht, sehr blattig, 130 Pfg. feinste Ortschaft, flatter Brand, vorz. vorzgl. Geschmack
 Zusendung in Berlin kostenfrei und schnellstens.
 Besichtigen Sie mein großes Lager!
Sorgfältige und schnelle Bedienung.
Achtung! Bewilligte Bäckerei!
 Hiermit dem geehrten Publikum Danzigerstr. 76 eine Bäckerei zu eröffnen habe und die Herforderungen der Gesellen bewilligt sind. Es wird mein Bestreben sein, gute Brot zu liefern. Achtungsvoll Mücke, Bädermeister, Danzigerstr. 76.
 Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Gings & Co., Berlin SW.

Wir haben
 Artilleriestr. 11, 6077.,
ein Röntgen-Institut
 für Diagnostik innerer spez. Magen-, Darm- und Speiseröhren-Erkrankungen und Ambulatorium für Kassenpatienten eröffnet.
 Sprechst. 10 1/2-12. Tel. III (4417).
Dr. Alfred Alexander,
 Cranienburger Str. 68.
Dr. Kreischer,
 Gliedburger Str. 13.
 Ich habe
 Artilleriestr. 11 (Ecke Johannisstr.)
 eine **Poliklinik**
 für
 chirurgische u. Frauenkrankheiten
 eröffnet.
 Standort befindet sich jetzt mein
Röntgen-Institut.
 Tel. III (4417). Sprechst. 12-14.
Dr. Paul Roeder,
 Cranienburger Straße 68.

Syphilis-Nachweis
 in allen frisch u. voraltet zweifelhaft. Fall durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; desgl. Harn- (desgl. auf Gonorrhoe-Aiden) u. Serum-Analysen. Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189. im Kronen- und Mohrenhause, I. 6724. Berl. Rüdpr. distr. u. kostenl. Geöffnet von 8-9 Sonntags von 12-1.
Jugend-Liederbuch
 Preis: kartoniert 20 Pfennig
 Zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW.
 Lindenstraße 69 (Läden).

Vollständig kostenfrei
 erhalten Sie das reich illustrierte, wertvolle Reisetagebuch „Die Festführung im Handbuch“ zur einfachen u. leichten Selbstbereitung sämtlicher alkoholischer Getränke etc., Vorbereitung im Haushalt mittels der allbewährten „Reichel-Essenzen“ durch Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstraße 4.
 Die berühmten „Reichel-Essenzen“ sind in den bekanntesten durch Schilder damit Drogerien etc. erhältlich, aber echt nur mit Marke „Reichel“.

W. Hermann Müller,
 Berlin, Magazinstr. 14.
 Geschnittene Java-Einlage a. V. d. R. 1.15 verzollt, fertig zum Verarbeiten.
 Geschnittene Brazi-Einlage a. V. d. R. 1.30 verzollt, gute Qualität.

Briefkasten der Redaktion.

Die fertige Rede... Briefkasten der Redaktion... Die fertige Rede...

H. P. 93. Um Ihre Frage... Briefkasten der Redaktion... Um Ihre Frage...

P. 1000. Am zweckmäßigsten... Briefkasten der Redaktion... Am zweckmäßigsten...

Jedes Wort 10 Pfennig... Briefkasten der Redaktion... Jedes Wort 10 Pfennig...

Verkäufe.

Teppiche (fehlerrichte) Gelegenheitskauf... Verkäufe... Teppiche (fehlerrichte) Gelegenheitskauf...

Die Grundbegriffe der Wirtschaft... Verkäufe... Die Grundbegriffe der Wirtschaft...

Normwärtsliefer erhalten 5 Prozent... Verkäufe... Normwärtsliefer erhalten 5 Prozent...

Teppiche, Inventurhalber bis 30 Prozent herabgesetzt... Verkäufe... Teppiche, Inventurhalber bis 30 Prozent herabgesetzt...

Gardinen, Stores, Kissen... Verkäufe... Gardinen, Stores, Kissen...

Vorwärtsliefer erhalten 5 Prozent... Verkäufe... Vorwärtsliefer erhalten 5 Prozent...

Teppiche! (fehlerrichte) in allen Größen... Verkäufe... Teppiche! (fehlerrichte) in allen Größen...

Hermaunplatz 6. Grobberlin allerbilligste... Verkäufe... Hermaunplatz 6. Grobberlin allerbilligste...

Gutes Baumaterial, billig, geeignet für... Verkäufe... Gutes Baumaterial, billig, geeignet für...

Salonfröhen, dreiflammig, 15,00... Verkäufe... Salonfröhen, dreiflammig, 15,00...

Manufakturwaren, Paletots, wenig getragen... Verkäufe... Manufakturwaren, Paletots, wenig getragen...

Rauben - Baumaterialien, gebraucht und neu... Verkäufe... Rauben - Baumaterialien, gebraucht und neu...

Milchwecker, 200 Stück, billig... Verkäufe... Milchwecker, 200 Stück, billig...

Gasbronzen, Innenanstrich, Wandarmaturen... Verkäufe... Gasbronzen, Innenanstrich, Wandarmaturen...

Stoffen zu Ihren Anzügen... Verkäufe... Stoffen zu Ihren Anzügen...

Vorwärtsliefer erhalten 5 Prozent... Verkäufe... Vorwärtsliefer erhalten 5 Prozent...

Billige Damenmode, Hochelegante... Verkäufe... Billige Damenmode, Hochelegante...

Portunaleihhaus!!!... Verkäufe... Portunaleihhaus!!!...

Schöne Herrenanzüge, Sommerpaletots... Verkäufe... Schöne Herrenanzüge, Sommerpaletots...

Arbeitsanzüge, ganz gleich für... Verkäufe... Arbeitsanzüge, ganz gleich für...

Sachverhalt. - P. 910. Wir vertreten in Übereinstimmung... Sachverhalt. - P. 910. Wir vertreten in Übereinstimmung...

etwa 8 1/2 Jahre hindurch fortlaufend zu... etwa 8 1/2 Jahre hindurch fortlaufend zu...

Kleine Anzeigen

Verbandsbibliotheken empfehlen... Kleine Anzeigen... Verbandsbibliotheken empfehlen...

Grünfrangeschäft, gut gehend... Kleine Anzeigen... Grünfrangeschäft, gut gehend...

Restaurations, gutgehend, für... Kleine Anzeigen... Restaurations, gutgehend, für...

Teppiche, Inventurhalber bis 30... Kleine Anzeigen... Teppiche, Inventurhalber bis 30...

Hermaunplatz 6. Grobberlin aller... Kleine Anzeigen... Hermaunplatz 6. Grobberlin aller...

Gutes Baumaterial, billig, geeignet... Kleine Anzeigen... Gutes Baumaterial, billig, geeignet...

Salonfröhen, dreiflammig, 15,00... Kleine Anzeigen... Salonfröhen, dreiflammig, 15,00...

Manufakturwaren, Paletots, wenig... Kleine Anzeigen... Manufakturwaren, Paletots, wenig...

Rauben - Baumaterialien, gebraucht... Kleine Anzeigen... Rauben - Baumaterialien, gebraucht...

Milchwecker, 200 Stück, billig... Kleine Anzeigen... Milchwecker, 200 Stück, billig...

Gasbronzen, Innenanstrich, Wand... Kleine Anzeigen... Gasbronzen, Innenanstrich, Wand...

Stoffen zu Ihren Anzügen... Kleine Anzeigen... Stoffen zu Ihren Anzügen...

Vorwärtsliefer erhalten 5 Prozent... Kleine Anzeigen... Vorwärtsliefer erhalten 5 Prozent...

Billige Damenmode, Hochelegante... Kleine Anzeigen... Billige Damenmode, Hochelegante...

Portunaleihhaus!!!... Kleine Anzeigen... Portunaleihhaus!!!...

Schöne Herrenanzüge, Sommerpa... Kleine Anzeigen... Schöne Herrenanzüge, Sommerpa...

Arbeitsanzüge, ganz gleich für... Kleine Anzeigen... Arbeitsanzüge, ganz gleich für...

Verbandsbibliotheken empfehlen... Kleine Anzeigen... Verbandsbibliotheken empfehlen...

Grünfrangeschäft, gut gehend... Kleine Anzeigen... Grünfrangeschäft, gut gehend...

Restaurations, gutgehend, für... Kleine Anzeigen... Restaurations, gutgehend, für...

Teppiche, Inventurhalber bis 30... Kleine Anzeigen... Teppiche, Inventurhalber bis 30...

Hermaunplatz 6. Grobberlin aller... Kleine Anzeigen... Hermaunplatz 6. Grobberlin aller...

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den... ANZEIGEN... für die nächste Nummer werden in den...

Grünfrangeschäft, gut gehend... ANZEIGEN... Grünfrangeschäft, gut gehend...

Restaurations, gutgehend, für... ANZEIGEN... Restaurations, gutgehend, für...

Teppiche, Inventurhalber bis 30... ANZEIGEN... Teppiche, Inventurhalber bis 30...

Hermaunplatz 6. Grobberlin aller... ANZEIGEN... Hermaunplatz 6. Grobberlin aller...

Gutes Baumaterial, billig, geeignet... ANZEIGEN... Gutes Baumaterial, billig, geeignet...

Salonfröhen, dreiflammig, 15,00... ANZEIGEN... Salonfröhen, dreiflammig, 15,00...

Manufakturwaren, Paletots, wenig... ANZEIGEN... Manufakturwaren, Paletots, wenig...

Rauben - Baumaterialien, gebraucht... ANZEIGEN... Rauben - Baumaterialien, gebraucht...

Milchwecker, 200 Stück, billig... ANZEIGEN... Milchwecker, 200 Stück, billig...

Gasbronzen, Innenanstrich, Wand... ANZEIGEN... Gasbronzen, Innenanstrich, Wand...

Stoffen zu Ihren Anzügen... ANZEIGEN... Stoffen zu Ihren Anzügen...

Vorwärtsliefer erhalten 5 Prozent... ANZEIGEN... Vorwärtsliefer erhalten 5 Prozent...

Billige Damenmode, Hochelegante... ANZEIGEN... Billige Damenmode, Hochelegante...

Portunaleihhaus!!!... ANZEIGEN... Portunaleihhaus!!!...

Schöne Herrenanzüge, Sommerpa... ANZEIGEN... Schöne Herrenanzüge, Sommerpa...

Arbeitsanzüge, ganz gleich für... ANZEIGEN... Arbeitsanzüge, ganz gleich für...

Verbandsbibliotheken empfehlen... ANZEIGEN... Verbandsbibliotheken empfehlen...

Grünfrangeschäft, gut gehend... ANZEIGEN... Grünfrangeschäft, gut gehend...

Restaurations, gutgehend, für... ANZEIGEN... Restaurations, gutgehend, für...

Teppiche, Inventurhalber bis 30... ANZEIGEN... Teppiche, Inventurhalber bis 30...

Hermaunplatz 6. Grobberlin aller... ANZEIGEN... Hermaunplatz 6. Grobberlin aller...

